



Technology will provide a cure  
for the harms of technology.\*

\*Technologie wird ein Heilmittel gegen die Schäden der Technologie liefern.



## Impressum:

Nr. 50 September - November 22

### Kontakt:

Kontaktformular anonym und ohne Angabe einer email-Adresse auf:

[autonomesblaettchen.blackblogs.org](http://autonomesblaettchen.blackblogs.org)

oder per mail an: [autonomes-blaettchen@nadir.org](mailto:autonomes-blaettchen@nadir.org)

PGP-Key auf Anfrage und auf der Homepage

Fingerprint: 962E E3CF F873 19AA 5647 5D93 E37A 4489 E058 5969

Einsendeschluss: alle drei Monate:

1. Dezember, 1. März, 1. Juni, 1. September

### Post:

Erna Stark

Klaus-Müller-Kilian-Weg 1

30167 Hannover

### Homepage(s):

[autonomesblaettchen.noblogs.org](http://autonomesblaettchen.noblogs.org)

[autonomesblaettchen.blackblogs.org](http://autonomesblaettchen.blackblogs.org)

Alle Ausgaben dort auch online.

ViSdP: Uwe Binias, Waterloostr. 9, Hannover

Für den Fall, dass einige der linksradikalen Webseiten nicht aufzurufen sein sollten, empfehlen wir euch auf folgenden Seiten nach Informationen zu suchen. Die .onion-Seiten sind im "Darknet" (nur über den *Tor-Browser*) erreichbar.

<https://de.indymedia.org>

<http://gsxbcjvcrdl66ycimkwra2nxzwwy2idef4twi7elojuzm5zt5abqyid.onion>

<http://dvqlamnbzli62qfyt5faspxunueqdx4csrslhpc2z3haiflnm6dqd.onion>

indy-spiegel unbekannter Herkunft:

<http://hq73inugsyl5pzhnbm2uonuoq6h2veztdhicoiehflofrzbbwa57xsad.onion/>

<http://bkejyh6jkyvn7zognkjwag4xtbzy5z5mi5unudmq624vd6xlr3iudsyd.onion/>

[barrikade.info](http://barrikade.info)

<https://kontrapolis.info>

<http://kontrpoliognxrcdwwxfszih4pifyidfjgq4ktfdu6uh4nn35vjtuid.onion/>

<https://knack.news>

<http://knackriotpvczb6xja67gsmbks35n7mvwfxcdj5tlqhfictgz42vjvad.onion/>

Für sensible Veröffentlichungen raten wir dringend, ein Tails-Betriebssystem zu nutzen -> [tails.boum.org](http://tails.boum.org) Geht zusätzlich an einem Ort ins Netz, der Euch nicht zugeordnet werden kann.

## Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender\_in, bis sie der\_dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der\_dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung der\_dem Absender\_in zurückzusenden. Der Rest ist der\_dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.

## Info zu unserer Sprachpolitik

In diesem Heft finden sich verschiedene Beiträge mit verschiedenen Sprachpraxen. Einige nutzen Sterne oder Unterstriche als Darstellungsraum für jene, die sich beispielsweise jenseits von Leser und Leserin definieren oder sich in beidem wiederfinden. Wir finden das richtig und verwenden diese Schreibweise dementsprechend in unseren Beiträgen. Wir würden uns wünschen, dass diese Praxis beibehalten wird. Das gilt auch für Übersetzungen, auch wenn wir wissen, dass das nicht immer ganz einfach ist. Drucken wir jedoch externe Beiträge ab, ändern wir die Schreibweise nicht eigenhändig. Einerseits kennen wir die Beweggründe der Autor\_innen nicht und andererseits denken wir, dass die Sprachpraxis auch immer etwas über die Schreibenden und ihre Politik aussagt. Die Bewertung dieses Umstands liegt dann bei euch.

## Inhalt

radikal.news	4
Tumulte.org	4
Frieren? Enteignen? Kämpfen?	5
Wir zahlen nicht mehr!	6
Keine Militanz ist auch keine Lösung	7
Schienensabotage bei Rheinkalk	12
Pipedreams of Communismus	13
(M) Glasbruch bei Philotech und Infineon	15
Fortlaufende Sabotage und Widerstand gegen den Krieg in Russland und der Ukraine	15
Fünf Monate Teil-Belagerung	20
Der Krieg – »Vater« der Klimawende oder Brandbeschleuniger der Klimakatastrophe?	24
Mehr Krieg, um den Krieg zu beenden?	30
Und nach dem Krieg?	33
[Graz] anti-militaristischer angriff auf mercedes-zulieferer magna	36
Jane is still angry!	37
Radikaler Zweifel	38
Das letzte Zucken der interventionistischen Linken	41
Herztöne	42
Ein neuer Tag in Freiheit	45
Frankreich: Brief von Ivan aus dem Gefängnis	46
Statement zu den Entwicklungen um J. Domhöver	47
Hausdurchsuchungen in München	49
Brief aus dem Knast.	49
Erklärung der Teilnehmer*innen der 14. Anarchistischen Buchmesse des Balkans (ABB)	50
Rom: 10 Autos sind nicht genug ...	52

# Hey,

was sollen wir sagen? Wenn weiterhin so viele Treibhausgase produziert werden wie bisher, kann es sein, dass bis Ende des Jahrhunderts die Wolkenbildung über Mitteleuropa nicht mehr stattfindet und es eine Temperaturerhöhung von bis zu 8 Grad geben wird. Das sagen konservative Klimaforschende, auch die von diesem Potsdamer Institut. Hat das jemand mitbekommen? Oder lassen uns solche Prognosen gleichgültig, weil ohnehin schon Alle wissen, dass der Karren vor die Wand gefahren wird und weitermachen wie bisher. Und bis es soweit ist erleben wir Kriege, Kälte- und Hitzetod, autoritäre Versuche, die Verhältnisse zu stabilisieren, Konkurrenz ums Überleben, Hunger, Dürre... Ja, wir sind auch gelangweilt von diesen Aufzählungen, denn sie bedeuten uns oft nichts. Sie führen zu keinen Schlussfolgerungen praktischer und strategischer Art. Aber wäre nicht genau das dringend nötig? Für was kämpfen wir denn, wenn wir wissend aber mit geschlossenen Augen in die Katastrophe rennen? Und wir wissen auch: die Apokalypse, das ist jetzt. „Jetzt sind wir hier. Was jetzt geschieht, geschieht uns.“ Was einst eine sowohl ungläubige wie aufrüttelnde Erkenntnis inmitten des deutschen Faschismus war, kann angesichts der Klimawandelfolgen nicht oft genug wiederholt werden. Nichts wird bleiben wie es ist. Und wir, wie alle Menschen, sind mittendrin. Hier und Jetzt - dieses „Jetzt“, das von Sekunde zu Sekunde immer „Jetzt“ bleibt; für den Rest des Lebens.

Wir wünschen uns mehr Texte (und Praxis), die diese Wirklichkeit reflektieren und sich auf die Suche nach aktivistischen Antworten machen.

In diesem Heft findet ihr den Text „Keine Militanz ist auch keine Lösung“. Wir finden, er könnte ein guter Auftakt für eine inhaltliche Auseinandersetzung und für eine Reihe weiterführender Texte sein. Was denkt ihr?

Was Anderes: Wir freuen uns, dass es mit *radikal.news* jetzt ein deutschsprachiges linksradikales Netzwerk von Internetplattformen gibt(mehr dazu im Heft)! *radikal.news* erleichtert es ungemein, Neuigkeiten und aktuelle Debatten mitzubekommen. Wir wünschen uns nur, dass ihr auch noch Texte schreibt, die „exklusiv“ fürs Blättchen sind, denn wenn wir nur noch abdrucken müssten, was es schon woanders zu lesen gibt, dann, ja dann,... wer würde dann noch das Blättchen lesen? Warum wir es immer noch wichtig finden, unkontrollierte analoge Medien zu haben, wie das Autonome Blättchen, haben wir schon öfter geschrieben und wollen es an dieser Stelle nicht wiederholen. Unsere Meinung dazu hat sich nicht geändert. Aber erstmal: Fettes Danke und einen soldarischen Gruß an die Leute, die sich die Arbeit gemacht haben, *radikal.news* auf die Beine zu stellen und es am laufen halten!

Wir hatten einen Text zu der schwierigen Finanzierung des Autonomen Blättchens angekündigt. Den gibt es nun nicht. Anscheinend haben die kurzen Sätze im letzten Vorwort das Problem schon treffend genug beschrieben, denn wir haben einigen Zuspruch und auch ein paar Spendenzusagen erhalten. Reicht das? Nein. Aber es scheint uns gerade nicht mehr dringend, noch weiter auszuführen, warum die Existenz des Blättchens eng damit verknüpft ist, dass sich eine politische Bewegung dafür entscheidet, es (auch finanziell)tragen zu wollen. Wir wissen, dass 2500 Euro pro Ausgabe (vielleicht bald 3000) sehr viel Geld ist, von dem andere Projekte nur träumen können. Für uns ist es nach jeder Ausgabe fraglich, ob

wir die nächste finanziert bekommen. Genial wären Patenschaften. Also wenn eure WG, Politgruppe, euer Kollektiv, Kegelclub oder was auch immer eine feste Zusage über monatlich oder jährlich eine beliebige Summe macht.

Es ist also eine immer neu zu treffende Entscheidung politischer Strukturen und des/der einzelnen Leser\_in, ob es das Blättchen weiterhin geben wird. An unserem Willen, weiterhin die redaktionelle Verantwortung zu tragen, haben wir keinen Zweifel.

In dieser Ausgabe findet ihr auch Texte, von denen wir uns nicht sicher waren, ob wir sie hier veröffentlichen wollen. Es handelt sich um die Texte „Das letzte Zucken der IL“ und „Und nach dem Krieg?“. Aber wir bleiben uns treu und drucken auch Texte ab, die uns nicht 100%ig gefallen. Vielleicht regen sie ja im positiven Sinne zu Diskussionen an.

Draußen geblieben sind dieses mal: „Johannes Domhöver, du Verräterschwein!“ und die Rezension des Buches „Schwarze Saat“ (Tipp: Eine Rezension muss nicht so lang sein, wie das Buch, das es bespricht;)

Ach ja: Wenn Artikel mit Beschimpfungen gegen uns, die Autonomen im Allgemeinen oder Alle beginnen, haben wir eigentlich wenig Lust diesen ein Forum zu bieten. Wir haben es mit dem Text „Pipedreams of Communismus“ trotzdem getan, weil er eine Erwiderung auf einen Text im letzten Blättchen ist - just saying.

## *Kurze Bemerkungen:*

- Schickt uns bitte keine links, wenn ihr einen Text im Netz findet, den ihr gerne im Blättchen veröffentlicht haben wollt! Im Ernst: wir gucken nicht nach, was ihr uns da schickt. Wenn ihr einen link kopieren und in ein Kontaktformular einfügen könnt, sollte das auch mit dem Text zu schaffen sein, der euch wichtig ist.

- Wenn euer Text es nicht in eine Ausgabe geschafft hat, nützt es nicht, ihn uns noch ein- oder mehrmals zuzuschicken. Also macht das bitte nicht. Manchmal schieben wir Texte. Wir denken dann aber selber daran, sie noch zu veröffentlichen. Das wird jedoch immer im Vorwort erwähnt. Wenn es heißt: „Leider draußen gelieben...“ - dann werden wir den Text nicht später veröffentlichen, solange kein expliziter Grund vorliegt.

- Rainer, deine Briefe sind angekommen! Wir grüßen dich und wünschen dir viel Kraft! Solidarische Grüße auch an alle anderen Gefangenen, die diese Zeilen lesen können!

- Der 7-teilige Brief aus dem Norden ist angekommen! Danke!

P.S.: Einen am 17.07.22 über unseren Blog zugeschickten verschlüsselten Text konnten wir nicht entschlüsseln. Schade.

Jetzt geht's aber los!

# radikal.news

*radikal.news* ist ein Netzwerk selbstorganisierter Infoseiten im deutschsprachigen Raum. Auf diesen Seiten ermöglichen wir es Gruppen und Personen Nachrichten, Analysen, Termine und Debatten aus einer revolutionären und emanzipatorischen Perspektive zu veröffentlichen und zu lesen.

## Ein Netzwerk selbstorganisierter Medien

*radikal.news* ist ein Netzwerk selbstorganisierter Infoseiten im deutschsprachigen Raum. Auf diesen Seiten ermöglichen wir es Gruppen und Personen Nachrichten, Analysen, Termine und Debatten aus einer revolutionären und emanzipatorischen Perspektive zu veröffentlichen und zu lesen. Auf *radikal.news* findet ihr alle veröffentlichten Artikel der beteiligten Seiten ***emrawi.org***, ***knack.news***, ***tumulte.org***, ***kontrapolis.info***, ***barrikade.info***.

Die Stärke dieses Netzwerks besteht aus dem politischen und technischen Austausch der lokalen Kollektive. Wir möchten heute mit unserem Projekt erstmalig öffentlich auftreten, weil genau vor 5 Jahren, am 25.08.2017, die Plattform *linksunten.indymedia* von den deutschen Repressionsbehörden in Folge der G20 Krawalle abgeschaltet wurde. Großer Dank an die Mitstreiter\*innen, die die Seite jahrelang betrieben haben [Der Link zum Archiv: <https://linksunten.indymedia.org/index.html>]. Nach dem Abschalten von *linksunten.indymedia* blieb eine Lücke zurück. Geblieben ist: Don't hate the media, be the media!!!

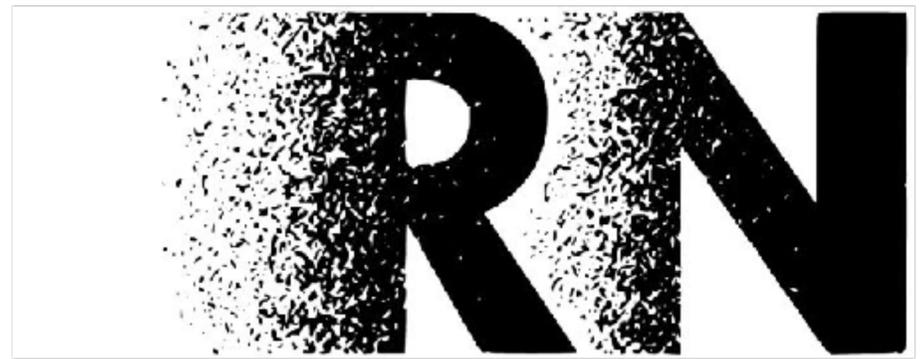
Es entstanden neue Kollektive und daraus das Netzwerk, um den Ansatz von selbstorganisierten, unabhängigen Online-Medien, von der Bewegung für die Bewegung, weiter zu verfolgen. Die Websites von *radikal.news* haben alle einen starken lokalen Fokus, der für die Sichtbarmachung der jeweiligen Schwerpunkte und Kampffelder wichtig ist. Erst durch die Kenntnis von verschiedenen Ansätzen und Analysen kann Bezugnahme unter den Regionen ermöglicht werden. Überregionale Kontakte und globale Vernetzungen sollten Ziele unserer Interventionen sein und können uns im Widerstand stärken. Berichte, Diskussionspapiere sowie politische Erklärungen sind wichtiger Bestandteil unserer Praxis. Über Kämpfe und

## Tumulte.org

Ein weiteres radikales Blogprojekt aus Bremen! Mit dem heutigen Tag veröffentlichen wir das neue Blog-Projekt *tumulte.org*.

Wir, das ist ein Kollektiv, welches es sich zur Aufgabe gemacht hat, eine digitale Plattform für die antiautoritäre, emanzipatorische, revolutionäre Bewegung in Bremen an den Start zu bringen.

Wir, das ist aber zugleich auch ein größeres Netzwerk, welches wir zusammen mit weiteren lokalen Kollektiven im deutschsprachigen Raum



politische Auseinandersetzungen können vor allem die Menschen schreiben, die sich an ihnen beteiligen. Die Praxis hinter unseren Webseiten ist nichts Starres, sie wird geprägt von euren Beiträgen und eurer Gestaltung.

Die ausschließliche Nutzung von social media kritisieren wir, da es keine unabhängigen Medien sind und beispielsweise Faktoren wie Trend, Vermarktung, Schnellebigkeit und Sensation im Vordergrund stehen. Die Kontrolle über Nachrichten und geteilte Ideen liegt dort bei kapitalistischen Konzernen. Die Nutzung dieser Plattformen stabilisiert deren Machtstellung und liefert sensible Daten an die Repressionsbehörden.

Unabhängige Medien, die anonym genutzt werden können, bleiben elementar um die für unsere Kämpfe nötigen Debatten fern von staatlicher Zensur führen zu können. Unser Zusammenschluss macht uns gegenüber staatlicher Repression stärker. Durch gegenseitige Hilfe werden wir resistenter gegen Versuche der Zensur und des Abschaltens einer einzelnen Seite oder anderer Angriffe. Als Netzwerk wollen wir spektrenübergreifend sein, sich auszutauschen kann neue Perspektiven aufzeigen und eine Vernetzung und Weiterentwicklung ermöglichen. Ein weiteres Ziel des Netzwerkes ist es, neue Kollektive bei der Gründung einer lokalen Website zu unterstützen. Wir wollen gerne Knowhow, Ressourcen und Erfahrungen an motivierte Gruppen weitergeben. Medienarbeit müssen wir in die eigenen Hände nehmen! Bildet Infobanden!

*„Bewegungen müssen Spuren ihrer Leidenschaft für zukünftige Generationen hinterlassen, denn vergessene Kämpfe sind verlorene Kämpfe.“*

(Zitiert aus dem *linksunten* Archiv)

*EmRaWi Knack[Punkt] tumulte Kontrapolis Barrikade*

gebildet haben. Gemeinsam betreiben wir *radikal.news*. Auf diesem Blog werden alle Artikel der beteiligten Projekte veröffentlicht. Hier könnt ihr mehr über das Netzwerk erfahren.

Mit unserem Vorhaben wollen wir weder bestehende Medienplattformen wie *endofroad.blackblogs.org* ersetzen, noch mit ihnen in Konkurrenz stehen. Im Gegenteil, wir sind begeistert, dass ein Blog wie *endofroad* seit über 10 Jahren immer noch Bestand hat. Mobi, Analysen, Recherchen,

Tweets, Debatten, News, Pressemitteilungen, Commuques und Hintergründe - all das soll auf [tumulte.org](http://tumulte.org) einen Platz finden.

## 5 Jahre Repression gegen [linksunten.indymedia](http://linksunten.indymedia)

Wir möchten genau heute mit unserem Projekt erstmalig öffentlich auftreten, weil vor 5 Jahren, am 25.08.2017, die Plattform [linksunten.indymedia](http://linksunten.indymedia) von den deutschen Repressionsbehörden in Folge der G20-Krawalle abgeschaltet wurde.

Wir wollen diesen Moment nutzen um im Angesicht der Repression weiter für die Ideen einzutreten, die hinter [linksunten](http://linksunten) gestanden haben. Wir sind überzeugt von der Notwendigkeit selbstorganisierter radikaler Medien, von einer eigenen unabhängigen Infrastruktur für unsere Inhalte und von Medien die nicht über uns berichten, sondern aus der Bewegung kommen und für die Bewegung arbeiten!

## Transparenz und Moderation

Wir haben den Anspruch unterschiedliche Texte aus der antiautoritären und radikalen Linken zu veröffentlichen. Uns liegen möglichst gendernneutral Sprachpraxen am Herzen. Sprache ist ein mächtvolles Instrument in unserer Gesellschaft und als ein Projekt, welches vor allem auf das geschriebene Wort setzt, wollen wir, dass sich die Kritik an den vorherrschenden Verhältnissen in unserer Sprache ausdrückt. Wir schreiben euch

aber nicht vor wie ihr zu gern dornen habt, weil wir eure Beweggründe nicht kennen und die Sprachpraxis immer auch etwas über die Autor\*innen und ihre Politik aussagt. In diesem Sinne stehen wir auch für ein solidarisches Streiten und Fehlerfreundlichkeit im Umgang miteinander. Sollten wir Texte nicht veröffentlichen, werden wir das transparent machen und erklären, warum. Dies wollen wir gesammelt einmal im Monat machen. Nazi-Spam, unverständliches sowie jegliche Partei-Propaganda werden ignoriert.

## tumulte.org ist eine Baustelle

Projekte, sind Projekte, weil die Arbeit an ihnen nicht abgeschlossen ist und sie sich weiterentwickeln. [tumulte.org](http://tumulte.org) ist dabei bewusst keine Ausnahme. Falls eine Funktion noch nicht gänzlich funktionieren sollte, oder der eine oder andere Ablauf unsererseits noch nicht reibungsfrei läuft, habt ein wenig Nachsicht mit uns. Nicht nur das, sondern schickt uns darüberhinaus gerne Infos über Dinge, die euch auffallen, die sich vielleicht nicht wie geplant verhalten oder wiederum Funktionen, die ihr gerne als Teil der Plattform haben würdet. [tumulte.org](http://tumulte.org) lebt nicht nur von euren eingesendeten Postings, sondern ebenso von euren Wünschen und Ideen.

In diesem Sinne: AUF IN TUMULTE!

*tumulte*

# Frieren? Enteignen? Kämpfen?

Wir werden am Ende des kommenden Winters unsere Gasrechnungen nicht mehr zahlen können. Die Meisten von uns verschließen davor die Augen. Werden wir im Kalten sitzen? Schaffen wir es den Verbrauch ernsthaft zu senken? In unserer WG leben viele Menschen, die wenig Geld haben. Es wird keine finanzielle Lösung geben. Man kann nicht würdevoll frieren. Werden wir kämpfen?

Jetzt finden überall Treffen statt, wie mit der „Gaskrise“ umzugehen sei. Uns langweilt schon der Gedanke an all die nutzlosen Demos, die hier und da erdacht werden. Es gibt keine „Gaskrise“. Es gibt auch keine Gasknappheit. Es gibt jetzt einfach für Energiekonzerne die Möglichkeit, mehr Geld für Gas zu verlangen. Der ganz gewöhnliche Kapitalismus wird dazu führen, dass wir frieren werden.

In Deutschland lässt sich nicht mehr nach Gas und Öl bohren. Hier ist der Boden schon durchgewühlt und geplündert worden. Hier ist nicht mehr viel zu holen. 200 Jahre Industrialisierung haben ganze Landstriche verheert und Millionen das Leben gekostet. Zuvor waren die Wälder gerodet. Die Armen hatten zu wenig Geld fürs Brennholz - heute fürs Gas. Nichts ist neu daran. Nur für uns, wir waren bisher reich genug. Jetzt sind wir es nicht mehr - das hat sich geändert. Uns trifft es dieses mal.

Was nützen die Rufe nach Enteignung der Konzerne, wenn dann der Staat den Profit machen wollte? Wollen wir wirklich eine staatskapitalistische Planwirtschaft? Wir denken, kapitalistische Planwirtschaft kann es nur im

Paket mit autoritärer Herrschaft geben. Und wenn Staaten zu kapitalistischen Akteuren werden, ist Krieg vorprogrammiert. Denn Konkurrenz belebt dann kein Geschäft mehr, sie wird zum Kriegsgrund. Die Forderung nach Enteignung der Energiekonzerne ist verlockend, aber kurzsichtig. Wir denken, sie führt in die falsche Richtung. Zwar wäre bei Staatskonzernen theoretisch mehr gesellschaftliche Kontrolle über das Geschäftsgebaren möglich als bei Privatkonzernen, aber wir sehen zur Zeit gar keine gesellschaftlichen Strukturen, die das leisten könnten.

Wir haben viele Fragen, aber wenige Antworten.

Vielleicht können diese Antworten aber auch nur aus einer lebendigen Auseinandersetzung kommen; einer von der Straße, nicht aus den Hinterzimmern. Wir brauchen Feuertonnen auf den Straßen und Plätzen an denen sich gewärmt und diskutiert werden kann; von denen Aktionen ausgehen.

- Für was wird Energie verbraucht? Wie wohnen wir? Was konsumieren wir? Welchen Energieverbrauch legitimieren wir durch Schweigen?
- Einer der größten Energieverbraucher ist das Militär. Das müsste Thema sein.
- Das Wohnen alleine zu zweit oder in der Kleinfamilie verbraucht mehr Energie, als wenn gemeinschaftlich gewohnt und gelebt würde. Wie wir wohnen, was für Häuser gebaut werden, muss Thema sein.

- Viel Energie geht für überflüssigen und hirnrissigen Konsum drauf. Die Produktion dieser Produkte und unser Kaufverhalten muss Thema sein.
- Unser Mobilitätsverhalten muss Thema sein.
- Die industrielle Landwirtschaft muss Thema sein.
- Dieses ganze beschissene System und unser korruptes Verhältnis zu ihm muss Thema sein.

Die Enteignung der Konzern verbesserte nicht die Verhältnisse, wenn nicht gleichzeitig all diese Themen radikal angegangen werden. Wenn jetzt einfach billigere Energie gefordert wird, werden wir uns dem nicht anschließen. Solange nicht in Frage gestellt wird, wofür überhaupt Energie verwendet wird, wird keine emanzipatorische Bewegung entstehen können. Im Gegenteil: das reine Beharren auf billiger Energie unter kapitalistischen Verhältnissen (auch staatskapitalistischen) zerstört weiter die Biosphäre und manifestiert globale Ausbeutungsverhältnisse.

Wir werden auch nicht Teil einer Bewegung werden, deren Protagonist\_innen aus ihren gut beheizten, allein bewohnten, Wohnungen heraus die

Armen umgarnen, weil es ansonsten die AfD täte. Wir lassen uns nicht zur taktischen Manövriermasse von unterbeschäftigten Bewegungsmanger\_innen machen.

Stattdessen rufen wir alle dazu auf, sich in die Diskussionen zu stürzen, gemeinsam mit den vielen Anderen, die nicht wissen, wie sie die Rechnungen bezahlen können. Wir werden uns vielleicht einfach weigern, höhere Energierechnungen zu zahlen und dies öffentlich propagieren. Wir werden vielleicht die Energiefirmen angreifen, die weiter Gewinne abschöpfen...

Nur wenn die Gaspreisproteste als Teil der Klimagerechtigkeitsbewegung gedacht werden und wenn sie gemeinsam mit den tatsächlich Frierenden durchgeführt werden, sehen wir uns als Teil von ihnen. Dass gehandelt werden muss, steht für uns aber außer Zweifel. Auf geht's.

*anonym*

## Wir zahlen nicht mehr!



Die Energiekosten steigen im Herbst massiv. Viele von uns werden die ab Oktober steigenden Preise insbesondere für Strom und Gas, aber auch für Öl, Holz und Kohle nicht bezahlen können. Die Energiekrise trifft uns dabei doppelt, denn zusätzlich steigen damit auch die Preise für Produkte des täglichen Bedarfs und Dienstleistungen – es wird ein Anstieg der Teuerungsrate auf über zehn Prozent erwartet.

Insbesondere Menschen, die sowieso an den Rand der Gesellschaft gedrückt werden, Ältere mit einer kleinen Rente, alleinerziehende Mütter, Menschen die als „behindert“ diskriminiert werden sowie Menschen die durch den Rassismus in schlechteren Wohnungen leben, trifft die Explosion der Kosten des Alltäglichen Lebens besonders hart und gerade sie verdienen unsere Solidarität.

Und während wir uns fragen sollen, wo wir sparen und ein bisschen mehr frieren können, streichen die Energieversorger und die Rüstungsindustrie als Gewinner der Ukraine-Krise milliardenschwere Zusatzgewinne ein – ohne zur Finanzierung der explodierenden Energiekosten herangezogen zu werden. Im Gegenteil: gleich mehrere der Energieunternehmen, die weiter an den gestiegenen Preisen verdienen und hervorragende Bilanzen aufweisen, beanspruchen nun den „Rettungsschirm“ der Gasumlage, der uns ab Oktober zusätzlich zu den weiter steigenden Energiekosten aufgedrückt wird. Geht's noch?

Die Preistreiber sind unter anderem genau jene fossilen Energieunternehmen, die jahrzehntlang ihre Profite mit russischem Gas statt erneuerbaren Energien gemacht haben und auch jetzt statt Klimaschutz und sozialer Preisgestaltung mit dem Anwerfen von Kohlekraftwerken und dem Bau neuer Gasinfrastruktur die Klimakatastrophe weiter eskalieren. Eine Katastrophe, die schon jetzt die Lebensgrundlage von Menschen im globalen Süden zerstört und in Europa für immer mehr Hitzetote verantwortlich ist.

### Unsere Armut kotzt uns an!

Kölns größter Energieversorger Rheinenergie will trotz deutlicher Warnungen von Armutsforschern an Gas- und Stromsperren festhalten: Wer nicht zahlen kann, soll frieren! Eine gefährliche Ansage, denn selbstgebaute, offene Feuerstellen bedeuten Rauchvergiftungen und Wohnungsbrände. Die schon jetzt hohe Zahl an Zwangsräumungen derer, die ihre Miete nicht mehr zahlen können, wird weiter steigen.

Wollen wir das einfach so hinnehmen, oder sehen wir eine Chance, uns gemeinsam in solidarischer Nachbarschaftshilfe gegen diese eklatant unsoziale Politik zu wehren?

Wir wollen mit Euch zusammen politischen Druck machen gegen unsere Verarmung und für ein würdevolles Leben – und zwar für alle, egal welcher Herkunft! Damit schon mal klar ist, dass wir mit rechten Verschwörern nichts am Hut haben!

Lasst uns zusammenkommen, uns kennenlernen bei einem gemeinsamen, offenen Essen. Lasst uns gemeinsam diskutieren über solidarische Hilfe bei drohender Zwangsräumung, Strom-, oder Gassperren. Über einen Zahlungsboykott der Energiemehrkosten. Über die soziale Frage

„Warum geht’s den einen gut und vielen anderen schlecht?“ Über Möglichkeiten, Druck aufzubauen – für eine soziale Klimagerechtigkeit!

### Holen wir uns die Zukunft zurück!

Wir machen unsere erste Offene Versammlung bewusst in Köln-Ostheim, denn hier wurde im August der Musiker und russische Militärdienstverweigerer *LouzeFB*. bei seiner Zwangsäumung von der Polizei erschossen. Verzweifelt und durch die Pandemie in die Zahlungsunfähigkeit gerutscht erhielt er statt dringend benötigter Hilfe die Räumungsaufforderung von seinem Vermieter (LEG).

Ein Gerichtsvollzieher der Stadt Köln hat diese zusammen mit der Polizei ‚konsequent‘ durchgesetzt: Erneut ein Toter, der statt der Polizei, Hilfe gebraucht hätte.

Offene Versammlung | Samstag 17.9. ab 14 Uhr | Ecke Frankfurter Str. / Rösrather Str. | Köln-Ostheim

[wirzahlennichtmehr22@riseup.net](mailto:wirzahlennichtmehr22@riseup.net)

## Keine Militanz ist auch keine Lösung

Debattenbeitrag zur Klimagerechtigkeitsbewegung

Liebe Genoss\*innen, Freund\*innen und Gefährt\*innen der Klimagerechtigkeitsbewegung (KGB) und darüber hinaus, Mitte letzten Jahres haben wir\* uns als ein loser Zusammenhang von Aktivist\*innen zusammengesetzt, um uns näher mit dem aktuellen Stand der KGB auseinander zu setzen und uns\* zu überlegen, ob diese nicht mehr Militanz bräuchte. Seit dem ist viel passiert und die Debatte um Militanz, friedliche Sabotage oder ZU+ schon voll im Gange – nice! Wir wollen an der Stelle gerne unsere\* Gedanken zu der Debatte mit euch teilen und die ein oder andere unschlüssige Person davon überzeugen, dass wir als KGB weiter gehen sollten.

### Wer wir\* sind und was wir\* wollen:

Liebe Genoss\*innen, Freund\*innen und Gefährt\*innen der Klimagerechtigkeitsbewegung (KGB) und darüber hinaus,

Mitte letzten Jahres haben wir\* uns als ein loser Zusammenhang von Aktivist\*innen zusammengesetzt, um uns näher mit dem aktuellen Stand der KGB auseinander zu setzen und uns\* zu überlegen, ob diese nicht mehr Militanz bräuchte. Seit dem ist viel passiert und die Debatte um Militanz, friedliche Sabotage oder ZU+ schon voll im Gange – nice! Wir wollen an der Stelle gerne unsere\* Gedanken zu der Debatte mit euch teilen und die ein oder andere unschlüssige Person davon überzeugen, dass wir als KGB weiter gehen sollten. Um mit unseren Aktionen den sich zuspitzenden Verhältnissen durch die (Klima)Krise gerecht zu werden, sehen wir\* es als einen von mehreren relevanten Punkten, die Aktionsformen zu verändern. Wir\* sind davon überzeugt, dass wir mehr Militanz aus der KGB heraus brauchen. Wir brauchen sie um in einen gesellschaftlichen Klima-Diskurs mit einer radikalen Perspektive intervenieren zu können, um zum Investitionsrisiko der Konzerne zu werden, um ein revolutionäres Bewusstsein zu stärken, um „Den Wandel selbst in die Hand nehmen“ zur tatsächlichen Praxis zu machen und letztendlich um die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu überwinden. Hierbei konzentrieren wir\* uns, aufgrund unserer eigenen politischen Arbeit, vor allem auf den Teil der KGB, der in zivilem Ungehorsam ihre dominante Handlungsform gefunden hat.



Dabei sind wir\* in keinem Fall die kampferprobten Militanz-Expert\*innen, nach denen der folgende Text klingen mag und wollen keine Personen von oben herab belehren. Auch wir\* müssen diesen Weg erst beschreiten, halten ihn aber für unbedingt nötig und wollen mit euch gemeinsam überlegen und diskutieren, wie wir dies tun können.

### Wie wir\* vorgehen:

Wir\* betrachten den Wandel hin zur Abschaffung des Kapitalismus als einen dynamischen Prozess, dessen Weg wir uns gemeinsam erschließen müssen und auf dem wir gemeinsam lernen können. Dabei starten wir\* zunächst mit einer Analyse des Bestehenden. Diese beziehen wir\* vordergründig auf die kapitalistische deutsche Gesellschaft, als eine der hauptsächlichen Verursacher\*innen der Klimakrise und auf die spezifischen Rolle der radikalen Linken hierzulande. Als Problem sehen wir\* natürlich das kapitalistische System. Unzufrieden sind wir\* an der Stelle aber vor allem mit der Art und Weise, wie die radikale Linke dieses in den letzten Jahren zu bekämpfen versucht. In den bisherigen Diskussionen um Aktionsformen der KGB, fehlte uns\* ein klarer Bezug zu Militanz, denn diese bricht explizit mit der Systemlogik.

Auch wenn wir\* uns im Folgenden auf die Kritik an Aktionsformen konzentrieren, sollten wir an anderen Diskussionspunkten nicht stehenbleiben. Wir müssen uns im Gesamten, also in Analyse und Praxis, wieder auf den Antagonismus zur bestehenden Systemlogik konzentrieren. Darüber hinaus ist es notwendig, weitere Transformationsstrategien zu entwickeln und Gesellschaftsutopien zu zeichnen. Lasst uns wieder unserer Rolle als Teil der radikalen Linken bewusst werden!

Und für diese ist auch dieser Text geschrieben - für die radikale Linke im Allgemeinen und die Klimagerechtigkeitsbewegung im Speziellen. Mit „wir\*“ meinen wir uns als Autor\*innen dieses Textes, während „wir“ für uns als Bewegung steht.

## Gesellschaftsanalyse

Es steht ziemlich schlecht um diese Welt: Sich zuspitzende Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft, entmenschlichende Migrationspolitik, die Pandemie und die damit sichtbar werdende Krise der Carearbeit, anhaltende und neue Konflikte und Kriege sowie die Klimakrise dominieren die Schlagzeilen. All diese Krisen hängen im kapitalistischen System miteinander zusammen und müssen gemeinsam bekämpft werden, das wird innerhalb der radikalen Linken immer wieder betont. Um den Kapitalismus in seiner Gänze anzugreifen, müssen wir uns jedoch auf bestimmte Hebel konzentrieren, die ihn aus den Angeln heben können. Die Klimakrise ist eine Krise, die unserer\* Einschätzung nach in den nächsten Jahren linksradikale politische Arbeit dominieren und andere Krisen massiv bedingen wird. Daher wollen wir\* uns im Folgenden mit einer konsequent antikapitalistischen Perspektive mit diesem Bereich beschäftigen.

## Erfolge der Klimagerechtigkeitsbewegung

In den letzten Jahren hat die gesellschaftliche Auseinandersetzung um die Klimakrise stark an Fahrt aufgenommen. Der unermüdlichen KGB ist es zu verdanken, dass die Bedrohung der menschengemachten Erderwärmung als solche erkannt wird. Auch die dringende Notwendigkeit zur Handlung wird stetig betont und gefordert. Selten ist so viel Einigkeit zwischen den verschiedensten gesellschaftlichen Akteur\*innen vernommen worden, wie hinsichtlich der mit der Klimakrise einhergehenden Gefahren. Besonders deutlich sieht man dies an der jüngsten Bundestagswahl, in der sowohl im Wahlkampf als auch in den Koalitionsverhandlungen die Bekämpfung der Klimakrise – durch fast alle Parteien hinweg – eine zentrale Stellung einnahm. Man könnte also annehmen, dass bald vieles besser wird und wir dem Klimakollaps gerade noch so entkommen.

## Der Schein einer Veränderung: Grüner Kapitalismus

Doch weit gefehlt: Die CO<sup>2</sup>-Emissionen sind so hoch wie nie und beim Blick auf das Ergebnis der letzten Weltklimakonferenz oder dem lahmen Ausbau erneuerbarer Energien wird auch nicht ersichtlich, dass sich dies bald ändern wird. Doch wie kommt das? Ein herausstechender Grund ist, dass all die Debatten, Bemühungen, Ziele und Versprechen, die auf parlamentarischer Ebene geführt und formuliert werden, nicht den engen Korridor des Kapitalismus verlassen. Ein enger Korridor aus Privateigentum, Konkurrenz und Profitlogik. Somit sind Staaten und Unternehmen strukturell nicht in der Lage, die notwendigen tiefgreifenden sozialen und ökologischen Veränderungen anzugehen. Solange Profit das entscheidende Kriterium in der Produktion und Verteilung von Gütern ist, wird sich dies auch nicht ändern.

Darüber hinaus verharrt der Kapitalismus nicht stillschweigend in seiner jetzigen Verfassung: Nein, er ist dabei, Anlauf zu nehmen und mit einem großen Satz in eine neue Phase zu hechten. Das Reden vom grünen Kapitalismus ist groß, denn so ganz ungelegen kommt ihm dieser Wandel nicht. Unternehmen und Staaten auf der ganzen Welt erhoffen sich die lang ersehnten Wachstumssprünge. Dies zeigt, dass an der Logik von Privateigentum, Konkurrenz und Wachstum nicht gerüttelt wird und somit die eigentlichen Ursachen der Misere nicht angegangen werden.

## Das muss unsere Perspektive sein:

Es zeichnet sich nicht ab, dass diese Erkenntnis von den Herrschenden kommen wird und von ihnen der notwendige radikale gesellschaftliche Umbau getragen wird, da die Herrschenden ohnehin kein Interesse daran hätten diesen Wandel voranzutreiben. Dieser Wandel muss also von unten angestoßen werden – also auch von uns als KGB. Doch wie verhalten wir uns? Lehnen wir uns der herrschenden bürgerlichen Logik radikal entgegen und versuchen diese aufzubrechen? Mit Blick auf die Klimabewegung, von NGOs über FFF zu Ende Gelände und autonomen Gruppen, lässt sich dies unserer\* Meinung nach nicht erkennen. Im großen Ganzen sind die Bewegung und ihre Akteur\*innen eingezogen in das bestehende System.

## Bewegungsanalyse

Als Bewegung haben wir in den letzten Jahren viel erreicht. Wir bekommen von allen Seiten Zuspruch, unsere Demos und Aktionen sind riesig und in den Medien sind wir stark vertreten. Doch reicht all dies für einen radikalen Kampf zur Befreiung von Mensch und Natur? Der Zweifel daran wächst. Protest, der sich insbesondere an der positiven Berichterstattung bürgerlicher Presse orientiert, bricht nicht mit der Logik des Bestehenden. Stattdessen kann er stabilisierend wirken: Mit unseren Aktionen sind wir fester und berechenbarer Bestandteil des bürgerlichen Protestschauspiels geworden und dienen hierbei lediglich der Besänftigung unserer schlechteren Gewissen. Was wir durch die Geschichte der sozialen Bewegungen sehen ist, dass der Kapitalismus ausgezeichnet darin ist, Widerstand einzuhegen und unschädlich zu machen.

Wir\* befürchten, dass der viel umworbene „System Change“ momentan nur kosmetische Eingriffe an der Logik des Systems vornimmt, statt es wirklich aufzubrechen. Dabei laufen wir Gefahr, zur Modernisierung hin zum grünen Kapitalismus beizutragen.





Schauen wir\* uns die vergangene Zeit an, so sehen wir\*, dass sich die KGB vor allem auf Diskursintervention konzentriert hat. Durch Demos, Wald- und Baggerbesetzungen, Großaktionen zur IAA oder im Rheinland und dem Widerstand in Lützerath wurden imposante und symbolträchtige Bilder geschaffen. So hatten wir, bis zu einem gewissen Grad, einen großen Einfluss auf den herrschenden Diskurs. Es konnte zum Beispiel die Dringlichkeit der Klimakrise und der Handlungsbedarf angesichts dieser bestärkt werden. Die hohe mediale Präsenz ist auch ein wichtiger Faktor dafür, dass wir in den letzten Jahren so stark gewachsen sind. Wir haben dieser Strategie viel Positives zu verdanken!

Militante Aktionen jedoch, die ebenfalls jetzt schon aus der KGB heraus passieren, bleiben demgegenüber häufig im Abseits, außerhalb der Blicke der Öffentlichkeit.

## **Aber was heißt hier für uns\* Militanz?**

Die folgende Definition beschreibt sowohl die hinter den aktiven Handlungen liegende Motivation, als auch eine Vorstellung davon, welche Rahmenbedingungen die Handlung selber erfüllen sollte. Wir\* adressieren mit dieser Begriffsdefinition die KGB:

### **1. Motivation hinter militanten Handlungen**

Unserem\* Verständnis nach ist Militanz ein Mittel, welches nur im Kampf für eine radikal emanzipatorische Gesellschaft Anwendung finden sollte. Eine politische Handlung ist für uns\* immer dann militant, wenn sie sich antagonistisch zur bestehenden Ordnung verhält. Militante Aktionen versuchen die herrschende Logik aufzubrechen und lassen sich von dieser nicht einhegen. Bei all dem ist es notwendig, die Bedingungen für militantes Handeln als dynamisch zu verstehen. Eine ständige Reflexion der bestehenden Verhältnisse und eine hierauf aufbauende Anpassung der Aktionsform ist notwendig. Die Militanz ist demnach ein Mittel zur Erreichung eines radikal emanzipatorischen Lebens.

### **2. Aktionistische Ebene von militanten Handlungen**

Auf der aktionistischen Ebene bedeutet militantes Handeln die Erzeugung eines nachhaltigen Schadens - also einen über die physische Anwesenheit der Aktivist:innen hinaus bestehenden. Dieser Schaden kann finanziell sein, aber beispielsweise auch auf die Angst seitens der kapitalistischen Konzerne und Akteur\*innen, Investitionen zu tätigen, abzielen.

### **3. Verhältnis zum politischen Gegner**

Zudem wollen wir\* uns von Aktionen abwenden, die auf die (moralischen) Entscheidungen derjenigen aufbauen, die wir anstreben anzugreifen (z.B. Staat oder Konzern). Solche Aktionen können durchaus militant sein, dennoch widerstrebt es uns\*, das Gelingen einer Aktion an die Entscheidungen der Polizei oder eines Konzerns zu knüpfen. Für die Aktivist\*innen sollte eine militante Aktion eine selbstermächtigende Erfahrung sein.

Wir\* möchten hier betonen, dass auch für uns\* diese Definition nicht endgültig ist. Sie wird bestimmte Lücken und Widersprüche aufweisen. Wir\* verstehen sie eher als Anregung und laden euch dazu ein, sie mit uns\* zu diskutieren und weiterzuentwickeln.

## **Wie grenzt sich unsere Militanz-Vorstellung von den aktuellen Aktionsformen der KGB ab?**

### **1. Motivation hinter militanten Handlungen**

Herausstechend ist für uns\*, dass die momentan dominanten Aktionsformen der KGB daher nicht militant sind. Hiermit beziehen wir uns\* auf Protestformen, wie Demonstrationen, (FFF-)Streiks und besonders den mittlerweile weit verbreiteten zivilen Ungehorsam (ZU), der sich zum Beispiel in großen Massenaktionen, wie denen von Ende Gelände und Sand im Getriebe, aber auch in Kleingruppenaktionen, wie Baggerbesetzungen und Schienenblockaden oder in Waldbesetzungen ausdrückt. Das heißt für uns\* nicht, dass diese Protestformen an sich falsch sind.

Sie haben in der Vergangenheit der KGB zu Größe sowie einer relativen Diskursverschiebung verholfen und haben dabei durchaus störend gewirkt und mit der Logik des Bestehenden gebrochen. Die groß angelegten FridaysForFuture-Streiks beispielsweise sind anfangs auf starken Widerstand gestoßen und haben für Verärgerung gesorgt. Erst nach und nach haben politische Akteur\*innen gelernt die Situation für sich zu nutzen, wodurch die Protestform an Akzeptanz gewann und in die bestehende Logik eingebettet werden konnte. Auch dadurch haben die Proteste zunehmend an Zulauf verloren. Aber nicht nur hier zeigt sich, dass ZU mittlerweile eingehegt, berechenbar, aber in den seltensten Fällen wirklich antagonistisch ist.

Ein weiteres anschauliches Beispiel dafür ist, wie RWE einem Schaden durch die Ende Gelände Massenaktion 2019, die als reine ZU-Aktion - ohne militante Intervention - ohnehin keine hohe finanzielle Tragweite gehabt hätte, damit entgegenwirkte, anfallende Wartungsarbeiten in dem Aktionszeitraum anzusetzen. Außerdem konnten die Bullen auf die professionalisierte und immer ähnliche Choreografie so reagieren, dass die meisten Aktivist\*innen gar nicht erst losgehen konnten.

Dieses Phänomen findet sich innerhalb unserer Aktionsformen immer wieder: Sowohl der Repressionsapparat als auch die Konzerne wissen, in was für einem Rahmen wir welche Arten von ZU nutzen und können so selbst unangekündigten Protest, kontrollieren. Neben der Berechenbarkeit sind unsere Aktionen ebenfalls Ausdruck davon, dass wir uns in einem Rahmen bewegen, in dem wir nicht mit dem System brechen, sondern vielmehr einen tolerierten Platz im gesellschaftlichen Diskurs gefunden haben. Das wird unter anderem deutlich durch den fast durchweg positiven Zuspruch in der Presse und vieler Politiker\*innen, die als Verfechter\*innen eines grünen Kapitalismus gelten. Mehr als ein bisschen Ärger wird auch auf der Seite des Konzerns nicht angerichtet und die Bullen können ihren Einsatz als Erfolg nach innen und nach außen verbuchen.

Auf Seiten der Aktivist\*innen bleiben nicht viel mehr als gute Bilder, ein bisschen Spaß, aber auch immer mehr gegen sie gerichtete Repressionen.

Eine Folge dessen ist, dass unsere Aktionen kein revolutionäres Bewusstsein erzeugen. Dies wird dadurch verstärkt, dass wir\* sie zunehmend als passive, nicht selbstermächtigende und wirkungsarme Erfahrungen sehen. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass wir im Versuch, den Aktivist\*innen eine möglichst sichere, vorhersagbare und bilderstarke Aktion zu organisieren, diese Aktionen einen Großteil ihres übersprudelnden, kreativen und kämpferischen Potentials eingebüßt haben und der allgegenwärtigen Wut über die Umstände keinen angemessenen Ausdruck verleihen.

## 2. Aktionistische Ebene von militanten Handlungen

Aber nicht nur der fehlende Antagonismus lässt für uns\* ZU als unzureichend (nicht falsch) erscheinen, sondern auch der mangelnde nachhaltige Schaden. Wir schaffen es zwar ein Kraftwerk zu drosseln und zwingen durch Lock-Ons den Konzern seine Züge zu stoppen, dieser „Schaden“ verschwindet aber nahezu unmittelbar nachdem wir unsere Aktion beendet haben, da unser Blockadeerfolg davon abhängig ist, dass wir selbst über die ganze Dauer der Störung vor Ort sind. Der nicht vorhandene nachhaltige Schaden sorgt dafür, dass die Aktionen für den Aufwand, den wir aufbringen müssen, nicht wirkungsvoll genug sind.

Das unser Blockadeerfolg davon abhängig ist, dass wir selbst über die ganze Dauer der Störung vor Ort sind, sorgt dafür, dass sie nicht wirkungsvoll genug sind.

Wir\* sehen auch, dass es bereits aus aktionistischer Sicht militante Aktionen aus der KGB heraus gibt, jedoch finden diese meist im Abseits und außerhalb der öffentlichen Blicke statt. Sie werden weder öffentlich noch medial aufgegriffen, geschweige denn breit diskutiert. Wer weiß denn z.B. noch, dass im April 2016 eine Kleingruppe den Tagebau Hambach durch einen Kabelbrand lahmgelegt hat?

Aber besonders werden sie politisch wenig genutzt. Sie sind nicht die dominante Aktionsform, wodurch wir als gesamte Bewegung keine antagonistische Position einnehmen können.

## 3. Verhältnis zum politischen Gegner

Bei den zur Zeit dominanten Aktionsformen sind wir auf die Entscheidungen von Polizei, Staat und Konzern angewiesen. Das Rechtssystem zwingt die Polizei zwar dazu, die Aktivist\*innen aus den Locks zu befreien und der Konzern darf auch nicht einfach einen Zug über die Aktivist\*innen fahren lassen – rechtlich wie auch moralisch. Die Aktionen bauen allerdings auf ein Vertrauen darin auf, dass die Herrschenden sich an die Spielregeln halten, wenn es darum geht uns wegzutragen oder uns aus dem Lock-On zu lösen. Wir machen uns abhängig von den Entscheidungen anderer und häufig treten wir sogar mit der Polizei aus strategischen Gründen in Verhandlung. Hierbei weichen wir zugunsten des Pragmatismus unsere antagonistische Haltung zum Staat und seiner Exekutive (Bullen) auf.

Eine Pipeline zu sabotieren, Schienen zu verbiegen oder einen Stromkasten anzuzünden sind demnach für uns\* auf der aktionistischen Ebene



militante Aktionen, denn sie haben unmittelbar und aus sich heraus, eine nachhaltige Wirkung, die nicht von Handlungen von Staat, Polizei oder Konzernen abhängt.

## Wie aber militante Aktionen im Bewegungskontext umsetzen?

Militante Aktionsformen sind auch in der Umweltbewegung nicht neu. Sie wurden bereits im großen Stil im Kontext der Anti-Atom-Proteste praktiziert und werden auch heute immer wieder (zum Beispiel durch Sabotageaktionen an Pumpen beim Hambach), jedoch ohne besondere Öffentlichkeitswirksamkeit, ausgeübt. So ist die Kenntnis über diese Aktionen häufig nicht einmal innerhalb der KGB verbreitet. Unserer\* Meinung nach müssen sie aus dem Sporadischen heraus geholt werden und in die dominante Aktionsform übersetzt werden. Darüber, wie militante Aktionen am besten in unsere Strategien integrierbar sind, besteht auch bei uns\* noch keine Einigung. Wir\* sehen verschiedene Wege, dass militante Elemente in Massenaktionen ihren Platz finden oder aber auch, dass es eine Vielzahl an militanten Kleingruppenaktionen gibt, die koordiniert passieren und veröffentlicht werden. Wichtig ist aber, dass die Hemmschwelle gegenüber militanten Handlungen insgesamt sinkt. Das heißt nicht, dass wir nun alle jederzeit nur noch militante Aktionen machen sollten. Wir\* glauben, dass es ein Nebeneinander verschiedener Formen braucht. Wir\* wollen uns aber für ein Überdenken und Bereichern unseres bisherigen Handelns aussprechen.

## Warum ist Militanz das Mittel der Wahl?

Was fehlt ist eine Sprengkraft ;) der KGB, eine weitere Steigerung der Eskalation des Protests entsprechend der Zuspitzung der Krisen. Wir\* haben das Gefühl, dass wir in unseren Aktionsformen ein narratives Maximum erreicht haben. Außerdem scheint auch eine Steigerung der Teilnehmendenzahl keine wesentlich stärkere Wirkung zu haben. Um diesen Konflikt zu lösen, brauchen wir eine neue Art von - militanten - Aktionen, die aus einer linken Perspektive die eskalierende Situation beantworten können. Damit bauen wir uns ein Potential, dass die Möglichkeit hat, eine effektive Gefahr für den fossilen Kapitalismus zu werden.

## Militanz birgt dabei folgende Chancen:

### 1. „Wir sind das Investitionsrisiko“ zur Praxis machen

Sabotage der Produktionsmittel in größerer Anzahl kann, im Gegensatz zu den kurzfristigen Blockaden, ein tatsächliches Investitionsrisiko sein.

Fossilkapitalistische Konzerne können heute abwägen, ob und mit was für Aktionen sie aus der KGB rechnen müssen und sich dementsprechend vorbereiten. Ein immer wiederkehrendes Zerstören kann jedoch relevanten finanziellen Schaden anrichten. Nicht nur durch den Sachschaden, den wir verursachen, sondern auch durch Folgeschäden, wie ausbleibende Investitionen wegen größerer Unsicherheiten aus Angst vor militanten Aktionen. Und ja, es kann sein, dass Konzerne sich auch für neue Aktionsformen Mittel überlegen werden, die diesen Schaden klein halten, aber dann müssen wir eben auch immer wieder kreativ und unberechenbar werden. ;)

## 2. Intervention in den stagnierenden gesellschaftlichen Diskurs

Breit gestreute militante Aktionen bieten das Potential aufzuzeigen, dass es eben keine Einigung bezüglich der Bekämpfung des Klimawandels gibt – so wie es uns durch parlamentarisch politische Diskussionen weisgemacht wird. Die Klimagerechtigkeit, die wir fordern, kann nicht durch Klimapolitik innerhalb eines kapitalistischen Systems erreicht werden, da sie im Widerspruch zur Profitlogik dieses Systems steht.

## 3. Förderung des eigenen revolutionären Bewusstseins

Militanz ist aber auch auf der Ebene des revolutionären Bewusstseins ein Schritt in die richtige Richtung. Die Beteiligten üben einen direkten Einfluss auf den Handlungsspielraum des politischen Feindes aus und werden damit selbst zu Akteur\*innen. Dies folgt – auch wenn es ähnlich erscheint – einer anderen Logik als wenn zum Beispiel dieser politische Feind die Schienen, an die wir uns gekettet haben, zersägt um uns zu „retten“ (oder wenn er sogar nur unsere Körper aus dem Weg räumt). Dieser Schritt hin zum aktiven Handeln, statt eines passiven Im-Weg-Sitzens, ermöglicht es uns, zumindest im kleinen Rahmen, unsere Selbstbestimmung zurück zu erlangen.

Er gibt uns also die Möglichkeit sich in Widerspruch zum bestehenden System zu stellen. Dadurch können wir die strukturelle, systemische Gewalt erkennen und streben nach der notwendigen revolutionären Befreiung aus derselben, anstatt nur innerhalb des Systems an die Herrschenden zu appellieren.

# Welche negative Folgen kann eine Militanzsteigerung haben?

## 1. steigende Repression

Wir sind uns\* bewusst, dass eine Steigerung der Radikalität mit der strategischen Nutzung von Militanz zu einer Repressionssteigerung führen wird. Eine Steigerung von Repression ist jedoch schon seit längerer Zeit gegen die radikale Linke und vermehrt auch explizit gegen die KGB zu beobachten. Besonders Fälle wie die Verurteilung von Ella aus dem Danni oder das harte Vorgehen des Repressionsapparats gegen die Aktivist\*innen, die im Sommer 2021 eine Zufahrt des Leipziger Flughafens blockiert haben, zeigen, dass die KGB zur Zielscheibe dieses Apparats geworden ist und aktiv Exempel statuiert werden sollen. Statt unser Handeln von Repression bestimmen zu lassen, müssen wir unsere Strukturen auf kommende Repression vorbereiten, so dass wir in unserer Praxis die Möglichkeit haben, notwendige Aktionen auch durchzuführen. Einen entscheidenden Vorteil, den viele militante Aktionen gegenüber dem Blockieren mit dem eigenen Körper haben ist dabei, dass sie keine direkte Konfrontation mit den Bullen voraussetzen.

Potentielle Repression ist eine Konsequenz aus unserem Antagonismus gegenüber Staat und Kapitalismus. Wenn wir ernsthaft vom Umsturz der gesellschaftlichen Verhältnisse sprechen, müssen wir dieser Tatsache ins Auge blicken und für uns selbst im Einzelnen überlegen, wo wir in diesem Kampf unsere Rolle sehen.

Auch wenn wir einen Umgang mit Repressionen finden müssen, sehen wir diese nicht als Teil unserer Aktionen. Sie stellen für uns\* keinen strategischen Nutzen á la „lasst uns die Gefängnisse füllen und es ihnen zeigen!“ dar. Jede\*r freie Aktivist\*in ist besser als eine\*r im Knast!

## 2. Notwendigkeit zur Reflektion

Auch wenn wir\* mit diesem Paper zu einer strategischen Auseinandersetzung mit militanten Aktionsformen aufrufen wollen und uns\* ganz konkret mehr Militanz aus der KGB heraus wünschen, heißt das nicht, dass wir\* jede Art der Zerstörung um ihrer selbst Willen richtig finden. Wie schon in unserer\* Militanzdefinition beschrieben, soll Militanz uns letzten Endes einen Weg in eine radikal emanzipatorische Gesellschaft ebnen.

Jede einzelne Aktion sollte daher dahingehend reflektiert werden, ob sie ein solches Ziel verfolgt. Wir müssen kritisch mit uns selbst sein und uns auch der Kritik anderer Genoss\*innen aus der Bewegung annehmen. Wir\* wollen als militante Aktivist\*innen nicht außerhalb der Bewegung agieren, sondern mit ihr.

Das soll nicht heißen, dass es falsch war eine, im Nachhinein schlecht bewertete, Aktion überhaupt durchzuführen. Wir\* wollen lediglich, dass die eigenen Handlungen reflektiert werden und so vermeiden, dass Zerstörung eine Dynamik annimmt, die uns von unserem gewünschten Ziel abbringt.

## 3. Verlust der Akzeptanz in der „gesellschaftlichen Mitte“



Wir\* wissen, dass wir mit einer Militanzsteigerung der KGB eine Debatte in der „gesellschaftlichen Mitte“ neu aufmachen werden, da diese Militanz als illegitim abstempelt. Unser politisches Ziel ist aber keine bürgerliche Mitte, die uns feiert. Von deren gutem Willen wollen wir\* uns nicht abhängig machen. Wir müssen das Risiko eingehen auf bestimmter Ebene Zustimmung zu verlieren, um an anderer Stelle Handlungsfähigkeit zu gewinnen. Dabei müssen wir auch damit leben, Kritik aus unserem nahen, persönlichen Umfeld zu bekommen.

## Fazit

Trotz aller Herausforderungen, die militantes Handeln mit sich bringt, sehen wir, dass wir Militanz aus der KGB heraus brauchen um aus der stagnierenden politischen Situation zu entkommen und wieder politisch handlungsfähig zu werden, um uns klar zu werden, dass wir eine Handlungsperspektive haben und in relevantem Ausmaß durch unterschiedliche Aktionen Schaden für Konzerne und in einem zweiten Schritt hoffentlich auch am System zu verursachen!

# Schiensabotage bei Rheinkalk

## Dokumentation:

In der Nacht vom 03.08.2022 auf den 04.08.2022 haben wir, in einem militanter Zusammenhang, mithilfe verschiedener Methoden die Schienen von „Lhoist Germany Rheinkalk GmbH“ bei Wülfrath durch Sabotage verbogen und damit unbenutzbar gemacht. Dabei haben wir darauf geachtet, dass keine unbeteiligten Personen zu Schaden kommen. Wir haben uns dabei bewusst für militante Mittel entschieden, da wir denken, dass diese Aktionsformen in der Klimagerechtigkeitsbewegung wieder groß werden müssen. Als Ergänzung zu bestehenden Aktionsformen bieten sie uns eine Möglichkeit aus der stagnierenden politischen Situation zu entkommen und sowohl den Konzernen, als auch in weiteren Schritten dem System Schaden zuzufügen. Mit der Sabotage der Schienen haben wir den größten Kalksteinbruch in Europa effektiv von seinem relevantesten Gütertransportweg abgeschnitten. Die beiden Hauptabnehmer des Kalkwerks sind die Milliardenkonzerne RWE und Thyssenkrupp.

## Warum gerade dieses Ziel?

Der fossile Energiekonzern RWE betreibt im Rheinland mehrere Braunkohletagebaue (unter anderem den größten Braunkohletagebau Europas, den Tagebau Hambach). Doch das reicht ihm nicht: Trotz beschlossener und längst überfälligem Kohleausstieg ist er dabei, das Dorf Lützerath beim Tagebau Garzweiler 2 zu enteignen, um diesen noch weiter zu expandieren. Für den Betrieb der Tagebaue und der Kraftwerke werden enorme Mengen Kalk benötigt. Der Kalk wird für gesetzlich vorgeschriebene Aufbereitungsprozesse benötigt, ohne die die Produktion eingestellt werden muss.

Auf politischer Ebene lobbyiert RWE seit Jahrzehnten gegen eine effektive Klimapolitik. Das Unternehmen beteiligte sich sogar an der Formulierung von Energiegesetzen, selbstverständlich zugunsten des eigenen Profites.

Wir\* hoffen, mit diesem Paper sowohl Gedanken und Diskussionen anzuregen, als auch Überlegungen, die Genoss\*innen schon länger beschäftigen, ausformuliert zu haben. Wir\* möchten uns zusammen mit der gesamten KGB auf neue, unbekannte Wege wagen, Einzelpersonen und Bezugsgruppen hierzu ermutigen und gemeinsam Aktionsformen finden, die unserer Wut über die beschissenen Zustände in angemessener Weise Ausdruck verleihen! Auch wir\* selbst sind gerade dabei, uns\* Gedanken dazu zu machen, wie wir unsere\* eigenen Forderungen nach Militanz in die Praxis umsetzen können und werden dabei noch viel Lernen und Probieren müssen. Wir\* sind sehr gespannt darauf, was die Zukunft bringt und freuen uns darauf, mit euch gemeinsam neues auszuprobieren, zu diskutieren und zu kämpfen! Denn: Keine Militanz ist auch keine Lösung! Lasst uns Richtung befreite Gesellschaft vorWEg gehen!

*Anonyme Militante Aktivist\*innen,  
die um Ende Gelände herum aktiv waren und sind*

Der Übergang zur parlamentarisch gewählten Politik ist dabei fließend: So wechselte der ehemalige Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, Wolfgang Clement, unmittelbar nach Ende seiner Amtszeit, in der er besonders durch kohlefreundliche Politik auffiel, in den Aufsichtsrat von RWE.

Seit der Konzern im Zuge der sich erheitzenden Debatte um die Klimakrise immer mehr in Erklärungsnot gerät, versucht er seit ca. 2011 sein Image aufzupolieren und sich als Klimaretter aufzuspielen. Dies erscheint angesichts der Geschichte von RWEs Lobbyarbeit besonders zynisch (1).

Den nun langfristig unvermeidbaren Umstieg auf erneuerbare Energien soll RWE reich vergütet bekommen: 2,6 Mrd. € Kompensationszahlungen sind angedacht. Wie es um die von RWE beteuerten Bemühungen um mehr Klimaschutz aussieht, sobald diese „Kompensationszahlungen“ wegfallen, sieht man am Beispiel der Niederlande: Dort hat RWE erst vor einem Jahr gegen den geplanten Kohleausstieg geklagt (2), ermöglicht durch den Energiecharta-Vertrag.

All dies ist von der immer weiter erstarkenden Klimagerechtigkeitsbewegung nicht unbemerkt geblieben: Seit 2015 blockiert Ende Gelände regelmäßig RWE Infrastruktur und in den bedrohten Dörfern regt sich immer mehr Widerstand, Lützerath ist vollständig besetzt und bereitet sich darauf vor, die Zerstörung zu verhindern. Auch FFF und verschiedene NGOs thematisieren RWE und seine Rolle immer stärker.

Weniger Gegenwind bekommt der Zweite Abnehmer der von uns sabotierten Kalklieferungen: Thyssenkrupp. Die Umtriebe dieses Konzerns sind dabei allerdings nicht weniger brisant: Da steht zum einen die, bei deutschen Konzernen fast schon obligatorische, zweifelhaft aufgearbeitete nationalsozialistische Vergangenheit. Sie ging einher mit einer Festigung der Wirtschaftsmacht, Zwangsarbeiter\*innen und direkter finanzieller Unterstützung der NSDAP (3). Desweiteren ist der Konzern durch Verwicklung in

Menschenrechtsverletzungen wie Zwangsumsiedlungen zahlreicher Familien in Mosambik aufgefallen. Und nicht zuletzt ist Thyssenkrupp einer der größten (und ein oft vergessenen) Rüstungsproduzenten. Thyssenkrupp verdient somit genau wie Rheinmetall & Co. massiv Geld an Kriegen und profitiert von dem geplanten Sondervermögen für Aufrüstung, indem sie unter anderem mit ihrem Tochterunternehmen „Thyssenkrupp Marine Systems“ U-Boote und anderes militärisches Gerät für die Bundeswehr / NATO herstellen sollen. Auch das Erdogan-Regime, das derzeit Kurdistan angreift, ist ein guter Kunde dieses Tochterunternehmens.

### Warum wählen wir militante Mittel?

Krisen und Kriege sind im Kapitalismus keine Unfälle. Sie sind logische Konsequenzen seiner Gesetzmäßigkeiten und Teil seines „Normalbetriebs“ (4). Der einzige Ausweg aus diesem Teufelskreis der Zerstörung ist somit die Überwindung dieses Wirtschafts- und Gesellschaftssystems.

Die akute, existenzielle Gefahr für alle, die durch die rasant voranschreitende Klimakrise sowie durch globale Aufrüstung, fortwährende Kriege wie im Jemen, in Kurdistan und in der Ukraine - mit immer realistischerem Eskalationspotenzial in einem Welt- bzw. Atomkrieg zu enden - sind für uns alle sichtbar. Aus der zusätzlichen Erkenntnis, dass die Herrschenden diese Probleme weder lösen können noch wollen, folgt, dass wir im hier und jetzt tätig werden müssen. Auch wenn wir wissen, dass nur eine postkapitalistische Gesellschaft die Entstehung von Krieg und Krise langfristig verhindern werden, wollen wir schon jetzt durch militante Aktionen intervenieren, denn so wollen wir die Kampffelder einer radikalen antagonistischen Linken bedienen. Diese sind zum Einen die Schaffung eines revolutionären Bewusstseins, um den Grundstein für eine andere Gesellschaft zu legen.

Zum Anderen ist es die Sabotage der Zerstörung unserer Welt, um überhaupt eine materielle Grundlage für diese andere Gesellschaft zu behalten. Damit Aktionen wie die unsere aber nicht nur Tropfen auf einen im-

mer heißer werdenden Stein sind, braucht es eine ganz andere Skalierung und Eskalation.

Unsere militante Aktion soll sich antagonistisch zur bestehenden Ordnung verhalten und versuchen die herrschende Logik aufzubrechen, indem sie sich nicht von dieser einhegen lässt.

Hiermit beziehen wir uns auch auf das Mitte Juni veröffentlichte Paper, dass durch Teile der Bewegung ging (5) und das für mehr Militanz in zukünftigen Aktionen geworben hat. Dabei sind wir ein Zusammenhang, der selbst dabei ist, sich erste Erfahrungen in militanten Aktionsformen anzueignen und definitiv kein Expert\*innenwissen hat. Diese Aktion war für uns ein erstes Ausprobieren, wobei im Fokus steht auch andere zu animieren Schritte in diese Richtung zu gehen.

Mit Freunde verweisen wir auch auf das gelungene Beispiel der Genoss\*innen aus der Lausitz, die mithilfe einer Hakenkralle die Oberleitung der LEAG sabotiert haben (6).

Wir fordern daher den Rest der radikalen Linken und der Klimagerechtigkeitsbewegung zur Nachahmung auf! Egal ob in größer werdenden Kleingruppenaktionen oder in Massenaktionen, zum Beispiel diese Woche bei Ende Gelände in Hamburg: Lasst uns aus unseren etablierten, oft zahnlosen Protestformen ausbrechen und Neues sowie Vergessenes wagen und uns der Zerstörung in den Weg stellen! Lasst uns die von uns gewählten Mittel immer kritisch prüfen und in den Austausch miteinander gehen! Lasst uns in Zeiten von Krieg, Krise und Zerstörung das richtige, das Notwendige tun!

*anonym*

#### Quellen / Weiterer Lesestoff:

- (1): <https://lobbypedia.de/wiki/RWE>
- (2): <https://www.energiezukunft.eu/wirtschaft/rwe-klagt-gegen-kohleausstieg/>
- (3): [http://www.verbrechen-der-wirtschaft.de/texte/0100\\_thyssen.htm](http://www.verbrechen-der-wirtschaft.de/texte/0100_thyssen.htm)
- (4): <https://www.rosalux.de/publikation/id/897/kapitalismus-krise-und-krieg/>
- (5): <https://de.indymedia.org/node/198862>
- (6): <https://de.indymedia.org/node/213515>

## Pipedreams of Communism

Erschrocken musste ich feststellen, dass im letzten Autonomen Blättchen (Nr. 49, Juni-August 2022) dem autoritären Spinner Andreas Malm Platz zur Veröffentlichung eingeräumt wurde. Nein, das wäre geheuchelt, ich war überhaupt nicht erschrocken. Leider. Denn es scheint in autonomen Kreisen Usus zu sein, Positionen hochzuhalten sobald sie mit Militanz kokettieren, bzw. den Anschein erwecken dies zu tun, oft ohne sich damit auseinanderzusetzen, was die genauen Inhalte sind, die da abseits des militanten Scheins vertreten werden, so auch mit Malm. Um das zu ändern, habe ich eine polemische Rezension aus der In der Tat (Nr. 11 – Frühling 2021) abgetippt.

Außerdem will ich hier noch auf eine ausführlichere Kritik von Malms autoritären Fantasien verweisen. Sie ist hier auf Englisch unter dem Titel „Green Desperation Fuels Red Fascism“ also „Grüne Verzweiflung nährt ro-

ten Faschismus“ zu finden: <https://returnfire.noblogs.org/files/2021/12/Green-Desperation-Fuels-Red-Fascism-Return-Fire-vol.6-chap.3-supplementCORRECTED.pdf>

Ich wollte wissen, wie man eine Pipeline in die Luft jagt. Spoiler: Andreas Malm hat es mir nicht verraten. Scherz beiseite. Wie man eine Pipeline in die Luft jagt: Kämpfen lernen in einer Welt in Flammen ist gefährlich, auch wenn Andreas Malm seinem reißerischen Titel den entsprechenden Inhalt schuldig bleibt. Jedoch ist es weder gefährlich für die Herrschenden noch für die Verantwortlichen und Profiteure der Umweltzerstörung. Es ist eine Gefahr für alle, die deren Ende wünschen bzw. selbst zu deren Ende beitragen wollen.

„Aber“, fragt der naive linke Aktivist, „wieso?“. Es ist doch klasse, dass Malm leicht und verständlich gegen moralischen und strategischen Pazifismus argumentiert! „Außerdem ist das Buch voll zugänglich und vermittelbar“, meint er weiter, wobei er in seinen linken Sektenjargon verfällt „für ‚Bürgis‘.“ Naja, wer wie Malm schon auf Philosophen zurückgreifen muss, um seine Gewalt in Anbetracht von Verwüstung, Auslöschung und Vernichtung zu rechtfertigen, ist mit Günther Anders Gewalt Ja oder Nein? um einiges besser beraten, als mit den Langweilern, die Malm zitiert, aber das ist nicht der Punkt. Der Punkt ist, dass Malm den Boden bereitet Sabotagen und Angriffe gegen das techno-industrielle System für das System rekuperierbar und letztlich wohl auch nutzbar zu machen – als eine weitere Triebfeder für seinen Fortschritt.

„Wie, was soll das jetzt wieder heißen?“, murrte der Linke. Was Andreas Malm abliefern, ist nicht mehr als ein ergänzender Beitrag zur Transformationsoffensive des grünen Flügels des Kapitals, welcher den Klimawandel nutzen will, um Staat und Kapital nachhaltig zu restrukturieren. Um Malms Ergänzung dazu zu verstehen, muss man leider noch ein zweites Buch von ihm lesen, das er nur einen Monat nach dem Pipeline-Buch im April 2020 fertiggestellt hat. Das Buch heißt Corona, Climate, Chronic Emergency: War Communism in the Twenty-First Century und im Gegensatz zum Pipeline-Buch, wo er zwar vage Andeutungen macht, lässt Malm hier die Katze aus dem Sack. Um den Klimawandel zu stoppen oder zumindest zu mitigieren – also eine Verlangsamung schädlicher Effekte bzw. eine Schadensbegrenzung herbeizuführen – braucht es eine Mobilisierung wie im zweiten Weltkrieg. Der Staat muss die ganze Industrie dazu bringen die Produktion auf „nachhaltige Technologien und Energie“ umzustellen, wie einst Ford und General Motors auf Kriegsflugzeuge umgestellt haben. Das ist der Referenzrahmen, den die linksprogressiven Apologeten des „Green New Deal“ propagieren. Dabei muss der Krieg gegen den Klimawandel nicht nur als Krieg, nein, er muss als Weltkrieg verstanden werden! An diesem Rahmen hat Malm rein gar nichts auszusetzen, einzig die Analogie zum zweiten Weltkrieg stört ihn, denn als Verehrer Lenins orientiert sich Malm lieber am Kriegskommunismus, der das Sowjetregime ins Leben gerufen hat. Um den



Klimawandel zu besiegen, folgert Malm, braucht es einen starken Staat, der in der Lage ist drakonische Maßnahmen durchzusetzen. Die Corona-Maßnahmen dienen Malm dabei als Vorbild, denn sie zeigen, wie schnell ein Staat das Verhalten seiner Bürger gezielt umformen kann. Entsprechend bringt Malm auch verschiedene Vorschläge zur Verhaltensmodifikation der Bevölkerung, darunter z.B. eine verpflichtende vegane Ernährung für alle, genauso wie er eine von chinesischen Wissenschaftlern vorgeschlagene lebenslange Haft für Wildern und Jagen begrüßenswert findet – auch für Indigene[1].

Jedoch sind Allmachts- und Planungsfantasien, wie die Bevölkerung zu verwalten sei und wie sie sich zu verhalten habe, keine neuen Erfindung von unserem Andreas und das ist letztlich

auch nicht sein wesentlicher Beitrag zum „Green New Deal“. Malms innovative Ergänzung ist wohl einzig der Vorschlag an geneigte Klima-Aktivisten, dass diese auch Sabotage in ihr Repertoire aufnehmen sollten. Aber natürlich nur als allerletztes Mittel, wenn alle anderen versagt haben. Und auch nicht als Mittel um die Umweltzerstörer aus unseren Leben zu vertreiben, sondern um den bürgerlichen Staat genau zu dieser Mobilisierung der Gesellschaft und Industrie zu drängen. Also um eine Erneuerung von Staat und Kapital herbeizuführen indem für sie überkommene Lebens-, Arbeits- und Produktionsformen ein frühzeitigeres Ende bereitet wird.

In seiner vermeintlich radikalen, also behauptetermaßen an die Wurzel gehenden, Rhetorik liegt dabei der meiste Schaden den ein Akademiker wie Andreas Malm anrichten kann. Wenn er lang und breit im Kriegskommunismus-Buch darüber lamentiert wie das techno-industrielle System durch das Abholzen und die Zerstörung von Habitaten das Überspringen von Krankheitserregern von Tieren auf Menschen begünstigt, dann nur um dessen Verewigung und bessere technokratische Verwaltung vorzuschlagen. Genauso wie der Tanzgulag „Fusion“ sich mit seinem Maßnahmenkonzept dieses Jahr [2021][2] versucht den Herrschenden anzudienen und sich so zum Pionier einer neuen Weltordnung macht, zeigt Andreas Malm dass Linke nie mehr sein können und waren als der linke Flügel von Staat und Kapital, immer treue Diener und ergebene Innovatoren des techno-industriellen Systems.

[1] Anmerkung des Abtippers: Im Text „Green Desperation Fuels Red Fascism: Andreas Malm’s Authoritarian Leftist Agenda“ wird dies wie folgt kurz ausgeführt: „Malm’s authoritarian desires continue in Corona, Climate, Chronic Emergency [: War Communism in the Twenty-First Century, Verso Books, Seite 89]. Here he plays with ideas such as “mandatory global veganism” (S.89) and invokes the “duty” of the “richest countries” to “lead and assist a global turn to plant-based protein” to oppose the consumption of “bushmeat” (S.89) in other parts of the world. “Bushmeat” here, refers to how Indigenous people, farmers and low-income households hunt and subsist on local animals (e.g. rabbits, snakes, iguanas, deer, gazelle, etc.), as they have for centuries. Malm exhibits colonial hubris, meanwhile demonstrating an uncritical belief in industrial food systems and the relationships they engender.“

[2] Anmerkung des Abtippers: Wer zum Maßnahmen-Konzept der Fusion 2021 mehr wissen will, sei auf folgenden Text verwiesen „Offener Brief an die Fusion und ihre Crews!“ in Autonomes Blättchen Nr. 45 Juni – August 2021.

# (M) Glasbruch bei Philotech und Infineon

## Dokumentation:

Im Münchner Südosten gingen bereits Ende März, Anfang April bei den Rüstungsprofiteuren Philotech und Infineon die Scheiben zu Bruch. Das Softwareunternehmen Philotech in der Eschenstraße 2 in Taufkirchen zählt alle namhaften deutschen Rüstungsunternehmen zu seinen Kunden, besondere Erfahrung hat es laut eigener Angabe im Bereich „Military Aircraft“, „Military Vehicle“, „Border Control“ und „Naval Systems“.

Ende März gingen eines Nachts mehrere Fensterscheiben dieses Unternehmens zu Bruch. Infineon ist einer der Giganten in der Halbleiter- und Chipherstellung. Infineon hat nicht nur zahlreiche Rüstungsunternehmen auf seiner Kundenliste, Halbleiter sind für die Pläne einer vollständig vernetzten Welt unerlässlich. Ob Internet of Things, E-Autos, Smartphones,

Personalausweise, für alle Anwendungen des smarten Totalitarismus 4.0 braucht es Halbleiter. Viele gute Gründe also, warum Infineon Feinde haben könnte.

Anfang April traf es in München zwei Bürogebäude von Infineon in der Raiffeisenallee 12a & 14 in Oberhaching, was ebenfalls im Münchner Südosten gelegen ist. Die Fenster sowie Eingangstüren und Treppenhausbeglasung an zwei Fronten wurden an zwei Gebäuden zerstört.

Gegen ihren Krieg, gegen ihren Frieden.  
Rüstungsprofiteure angreifen! Für die Anarchie!

*anonym*

## Fortlaufende Sabotage und Widerstand gegen den Krieg in Russland und der Ukraine

Interview mit BOAK/Anarchist Communist Combat Organization

Ein Interview von The Final Straw Radio Show mit BOAK, der Anarchist Communist Combat Organization, einer in Russland ansässigen Gruppe, die Sabotage und Guerillakampf sowie die Entwicklung einer sozialen Revolution gegen autoritäre Regime in Osteuropa anstrebt.

*Ursprünglich veröffentlicht von The Final Straw Radio Show. Übersetzt von Riot Turtle.*

**The Final Straw Radio Show (TFSR):** Würdet ihr euch bitte mit dem Namen vorstellen, den ihr verwenden möchtet, mit der philosophischen oder organisatorischen Zugehörigkeit, die ihr preisgeben möchtet, und ganz allgemein mit der Frage, woher ihr kommt?

**ACCO/BOAK:** Wir verstehen uns als Revolutionär\*innen und Kämpfer\*innen gegen das autoritäre Regime Putins und alle anderen Unterdrücker\*innen in Osteuropa. Wir kämpfen für eine horizontale, selbstverwaltete Gesellschaft, die auf Solidarität, Freiheit, Gleichheit und radikaler Ökologie basiert. Wir glauben, dass revolutionäre Organisation ein notwendiges Mittel ist, um dieses Ziel zu erreichen, und wir sind seit langem in anarchistischen Bewegungen aktiv. Wir sind Mitglieder\*innen der Anarcho-Communist Combat Organization und des Kollektivs der Informationskanäle „Anarchist Fighter“.

**TFSR:** Was ist die Anarcho-Communist Combat Organization? Was macht ihr, wer beteiligt sich und was sind eure kurz- und langfristigen Ziele?

**BOAK:** BOAK (Anarcho-Communist Combat Organization) ist eine Gruppe von Anarchist\*innen, die für direkte Aktionen und Guerilla-Methoden des Kampfes als den geeignetsten, wenn auch nicht einzigen Weg zur Erreichung sozialrevolutionärer Ziele eintritt, insbesondere gegen eindeutig autoritäre Staaten wie das heutige Russland oder Belarus.

Der Guerillakampf wie auch jede andere Art von revolutionären Aktivitäten (auch die „friedlichsten“ und legalsten) sollten organisiert, strukturiert und kämpferisch durchgeführt werden. Anarchist\*innen brauchen eine politische Organisation von engagierten Revolutionär\*innen mit kämpferischem Potential. Das Gleiche gilt für die breiteren Oppositionsbewegungen in Russland und Belarus. Wir versuchen diese Vision bei unseren Aktivitäten in die Tat umzusetzen.

Wir können über unsere kurz- und langfristigen Ziele sprechen.

Als kurzfristige Ziele können wir die weitere Entwicklung unserer Organisation, die Entwicklung der Kommunikation mit anderen Organisationen und Gruppen nennen, damit wir stark genug werden, um einen Unterschied in einem mittelfristigen Ziel zu machen – dem Aufbau einer sozialen anarchistischen Revolution in Russland.

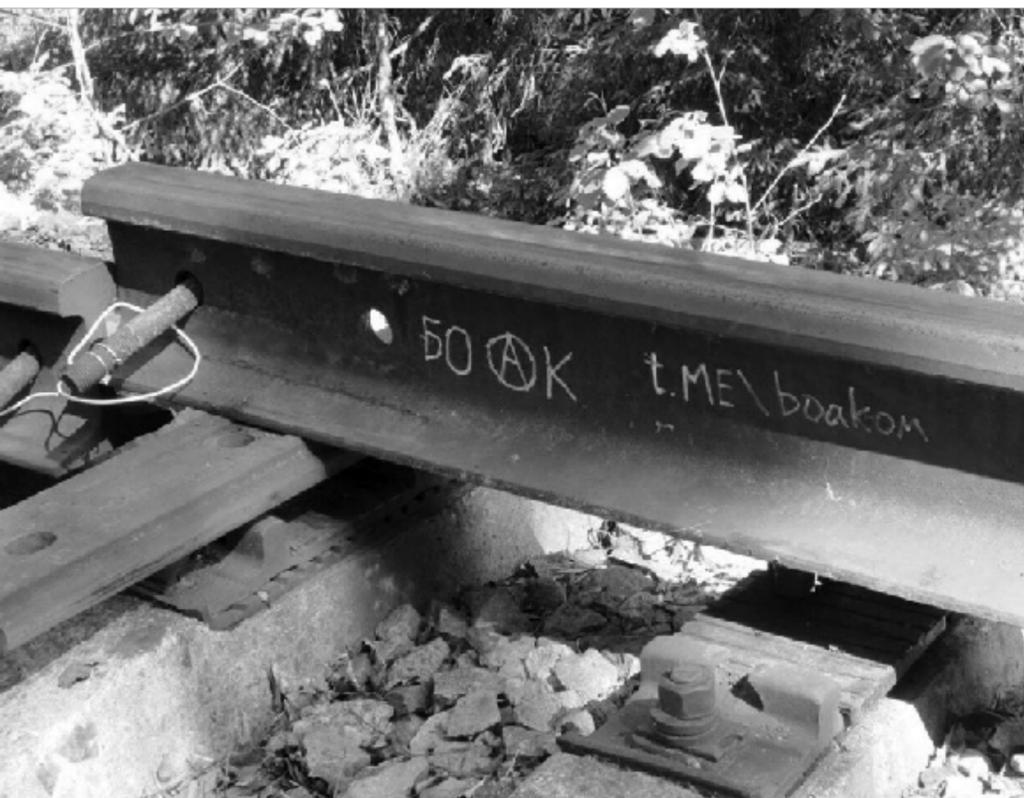
Und unser langfristiges Ziel wäre die Vollendung dieser Revolution und der Aufbau einer neuen, freien und gerechten Gesellschaft, die unseren Idealen entspricht.

**TFSR:** Wie seid ihr zu anarchistischer Politik in einem Land gekommen, in dem diese zunehmend kriminalisiert wird und eine linke Bewegung scheinbar ausgeradiert ist? Und wie reagiert ihr auf westliche „Antiimperialisten“, die den russischen Staat als Bollwerk gegen den Imperialismus hochstilisieren?

**BOAK:** Wir sind vor mehreren Generationen zur anarchistischen Bewegung gekommen. Vor der aktuellen, harten Repressionswelle, die seit Ende 2017 bis heute ihren Höhepunkt erreicht hat. Verschiedene Mitglieder\*innen unseres Kollektivs kamen auf unterschiedlichen Wegen zu anarchistischen Ideen. Aber irgendwann war es unsere Militanz, die uns

zusammenbrachte, und seitdem analysieren und praktizieren wir kollektiv weiter.

Doch auch wenn unsere Bewegung Gefahr läuft, kriminalisiert oder beseitigt zu werden, kann sie immer noch neue Generationen von Revolutionär\*innen zum Mitmachen bewegen. Ein deutliches Beispiel ist der Fall Kansk in Sibirien, wo die Geheimdienste junge Leute verfolgten, die sich für militanten Anarchismus interessierten. Wir glauben, dass es im ganzen Land viele potenzielle Genoss\*innen gibt, denn der Anarchismus hat den Nimbus, die Bewegung der konsequenten und entschlossenen Kämpfer\*inn gegen das herrschende Regime zu sein.



Wir sind der Meinung, dass alle Menschen mit antiimperialistischen Ansichten verstehen müssen, dass es mehr als einen imperialisten Akteur\*in auf dieser Welt gibt. Und das putinistische Russland ist definitiv eine imperialistische Kraft, die eine noch größere unmittelbare Bedrohung für die Völker der Region darstellt als der US-Imperialismus (siehe Kasachstan diesen Januar oder die Ukraine jetzt).

**TFSR:** Könnt ihr mehr darüber sagen, was eure Vision einer sozialen Revolution ist und wie sie andere oppositionelle Bewegungen, die sich nicht als anarchistisch verstehen, einbeziehen könnte? Sich unter einem repressiven Regime zu organisieren, das Rede- und Versammlungsfreiheit kriminalisiert, scheint schwierig.

**BOAK:** Nun, ganz verallgemeinert und verkürzt formuliert, ist eine Revolution der Prozess eines tiefgreifenden politischen Wandels, der unter Beteiligung breiter gesellschaftlicher Schichten und außerhalb bestehender rechtlicher Rahmenbedingungen vollzogen wird. Eine soziale Revolution bedeutet darüber hinaus erhebliche gesellschaftliche Veränderungen. Es kann sich nicht um eine einfache Auswechslung der Herrschenden handeln. Im Moment verspricht der Sturz der herrschenden Cliquen in Russland und Belarus bedeutende Veränderungen in unseren Gesellschaften.

Natürlich würden wir es vorziehen, wenn diese Veränderungen eine libertäre Richtung einschlagen würden. Dafür ist eine starke revolutionäre Organisation notwendig. Gleichzeitig wird der Sturz der autoritären Regime in unseren Ländern definitiv die Aufgabe einer breiten Massenbewegung sein, nicht einer einzelnen politischen Partei oder Organisation.

Innerhalb dieser Bewegung gibt es erwartungsgemäß einen harten Wettbewerb zwischen verschiedenen politischen Gruppen und ihren Projekten. Wenn Anarchist\*innen es mit der libertären Revolution ernst meinen, müssen wir uns darauf vorbereiten, diesen Kampf zu führen.

Wir sind der Meinung, dass es zumindest am Anfang zu einer Koordination sehr unterschiedlicher politischer Initiativen kommen wird, die durch ein gemeinsames Ziel verbunden sind.

Auf dem Weg zu diesem Ziel werden die Vor- und Nachteile der verschiedenen Ideologien und ihrer Ansätze deutlich werden. Und wir denken, dass die anarchistische Ideologie diejenige sein wird, die besser als die übrigen auf die Probleme reagieren wird und den Menschen die Möglichkeit geben wird, eine neue Gesellschaft ohne die üblen Krankheiten der alten Gesellschaft aufzubauen.

**TFSR:** Sieht es so aus, dass es in Russland einen Aufschwung in anarchistischer Theorie und Politik gibt, oder eher eine Zunahme von Taktiken und staatsfeindlicher Organisation, ohne sich auf Anarchismus zu beziehen?

**BOAK:** Es wäre nicht ganz korrekt, von einem Aufschwung der anarchistischen Theorie in Russland zu sprechen. Sie befindet sich tatsächlich in einer Krise und es wird intensiv nach dem Licht am Ende des Tunnels gesucht. Allerdings kann eine solche Situation zusammen mit dramatischen historischen Ereignissen, an denen wir beteiligt sind, neue Wege und Verständnisse dafür bringen, wie anarchistische Ideen und Praxis vorangetrieben werden können. Vielleicht kann die libertäre Idee der Konföderation an Boden gewinnen, da der blutige Horror, den wir jetzt erleben, ein direktes Ergebnis der unterdrückerischen und ungerechten sozialen Modelle des Empires und des Nationalstaates ist.

**TFSR:** Seid ihr mit der Eskalation des Krieges in der Ukraine im Februar entstanden oder gab es eure Gruppe schon vorher?

**BOAK:** Die Gruppe gibt es schon seit Jahren, ebenso wie die Anarchist Fighter Seite und die dazugehörigen Kanäle. Wir haben beschlossen, dass der Moment der Wahrheit, nämlich dieser Krieg um unsere Region, der richtige Zeitpunkt ist, um die Existenz der Organisation und ihren Namen öffentlich bekannt zu geben.

**TFSR:** Aufgrund der Art und Weise, wie der Nachrichtenzyklus hier in den USA funktioniert, sorgen die Nachrichten über den russischen Krieg gegen die Ukraine nicht mehr für so viele Schlagzeilen. Wo steht der Konflikt im Moment, da die Ukraine mehr westliche Waffen bekommt, und was ist euer Eindruck von der öffentlichen Meinung und dem Verständnis des Konflikts?

**BOAK:** Es ist offensichtlich, dass sich der Krieg in einer sehr scharfen, vielleicht entscheidenden Phase befindet. Die große Schlacht im Donbass tobt nun schon seit Wochen, und es sieht so aus, als ob sie sich in der Kulminationsphase befindet. Auch wenn die westlichen Medien begonnen haben, diesen Krieg zu „vergessen“, ist er keineswegs weniger intensiv als in den ersten Monaten und nicht weniger entscheidend für unsere Region.

**TFSR:** Gibt es eine Antikriegsbewegung in den von der Russischen Föderation kontrollierten Gebieten? Wir haben von der Zensur der Medien, der

Kriminalisierung der Bezeichnung „Krieg“ in den Nachrichten und den brutalen Verhaftungen von Demonstrant\*innen in Städten wie Moskau und St. Petersburg gehört. Ist dies immer noch der Fall oder wurde der öffentliche Protest durch die Gewalt niedergeschlagen?

**BOAK:** Ja, die Repression ist auf einem hohen Niveau. Zensur, Verhaftungen, Folter und Gefängnisstrafen sind an der Tagesordnung. Die lautstarken und massenhaften Proteste der ersten Kriegstage in Russland wurden im allgemeinen von der Regierung niedergeschlagen. Einzelne Aktionen anderer Art werden jedoch durchgeführt, oft von mutigen Künstler\*innen oder Aktivist\*innen. Diese finden nach wie vor mehr oder weniger regelmäßig statt.

Noch wichtiger scheint zu sein, dass kurz nach Kriegsbeginn eine andere Strömung des Widerstands aufkam – spontane und dezentralisierte Sabotageaktionen gegen verschiedene staatliche Einrichtungen, vor allem gegen die Rekrutierungszentren. Das ist wirklich ein Phänomen und wir hoffen, dass es bald organisierte, massenhafte und radikale Formen annehmen wird. Wie ihr wisst, haben wir uns auch in diesem Bereich des Kampfes engagiert.

**TFSR:** Geht bitte davon aus, dass unsere Hörer\*innen keine Nachrichten über die Aktionen gegen die repressiven Regime in Belarus und Russland mitbekommen haben. Könnt ihr etwas über einige der Aktionen einzelner Künstler\*innen und Aktivist\*innen sagen, die euch inspiriert haben? Und was ist mit den Aktionen gegen die Rekrutierungszentren? Wie sehen sie aus, wie viele, und wie reagiert die Bevölkerung darauf?

**BOAK:** Direkte Aktionen gegen repressive Regime in unseren Ländern haben eine sehr lange Geschichte.

Angefangen bei der NRA (Neue Revolutionäre Alternative), die 1999 das Hauptgebäude des FSB sowie mehrere militärische Rekrutierungszentren in die Luft gejagt hat. Später gab es den „Black Bloc“, der mehrere Jahre lang eine anarchistische Guerillagruppe anführte und nie gefasst wurde. Mikhail Zhlobitsky, der das FSB-Gebäude in Archangelsk bombardierte, bezahlte mit seinem Leben. Oder die vier Anarchist\*innen, die 2020 nach Belarus zurückkehrten, um gegen Lukaschenkos Unterdrückung zu kämpfen, bekannt als der Fall der anarchistischen Partisan\*innen. Und so weiter, und so weiter. Wir können deutlich sehen, dass der Widerstand immer da war.

Aber jetzt, wo der tyrannische Charakter von Putins Regime für jeden offensichtlich geworden ist, wurde die direkte Aktion zu einer Methode für sehr breite Bevölkerungsschichten.

In den letzten Monaten gab es 18 Brandanschläge auf militärische Rekrutierungszentren in ganz Russland. Nicht alle waren sehr erfolgreich – manchmal war das Feuer zu schwach. Aber in mehreren Fällen – z.B. in Mordowien – wurden Dokumente von jungen Menschen zerstört, die zum Militärdienst gezwungen werden sollten. In Nischnewartowsk, Luhowitz und Omsk wurden einige Räume von Militäreinrichtungen niedergebrannt. Wie bereits erwähnt, wurde direkte Aktion auch zu einer Tätigkeit von Nicht-Aktivist\*innen. Das führte anfangs zu einigen Verhaftungen, aber die Leute lernen sehr schnell, so dass es bei den letzten Aktionen fast keine Verhaftungen mehr gab.

Die Reaktionen der Menschen sind unterschiedlich, manche sind zum Beispiel der Militärpropaganda ausgesetzt. Aber viele von ihnen verstehen, dass dieser Krieg zum Tod vieler Menschen führt, einschließlich ihrer Söhne und Ehemänner, die in die Ukraine geschickt werden, um in Putins Krieg zu sterben.

Neben den Brandanschlägen auf Rekrutierungszentren gibt es auch andere Aktionen. Zum Beispiel gab es mehrere Fälle von Zugentgleisungen. Außerdem wurden Anschläge auf elektrische Anlagen von Eisenbahnen und Mobilfunkmasten in den Grenzregionen verübt.



**TFSR:** Wie unterstützt ihr andere Gruppen oder Einzelpersonen, mit deren Aktionen ihr euch identifizieren könnt?

**BOAK:** Wir unterstützen alle Menschen guten Willens, die sich in dem aktuellen, scharfen Konflikt auf der Seite des Kampfes für die Freiheit engagieren. Alle, die sich dem Putin- und Lukaschenko-Regime entgegenstellen, insbesondere diejenigen, die dies innerhalb dieser Länder tun. Wir unterstützen auch alle anarchistischen und anderen antiautoritären Revolutionär\*innen, die weltweit für Freiheit und Gerechtigkeit kämpfen.

Was die konkreten Schritte angeht, so nutzen wir unsere Infokanäle sowohl für den Austausch von Fähigkeiten, die für direkte Aktionen nützlich sind, als auch für die Verbreitung von Informationen über verschiedene Gruppen von Genoss\*innen, die uns Berichte und Mitteilungen über ihre Aktionen schicken. Nach dem Beginn des Krieges haben wir auch begonnen, Spenden zu sammeln, um verschiedene Revolutionär\*innen und Gruppen zu unterstützen, die finanzielle Mittel für ihre Aktivitäten benötigen. Wir haben bereits unsere ersten kleinen Zuschüsse auf Anfrage verschickt, die auf Vertrauen basieren.

**TFSR:** Könnt ihr mehr über diese Informationskanäle sagen? Auch in diesem Zusammenhang haben Einzelpersonen Geldstrafen und andere Strafen für die Teilnahme an angeblich privaten Telegram-Chats im Zusammenhang mit Protesten, direkten Aktionen und Solidarität auferlegt bekommen. Da wir wissen, dass Telegram keine sichere Methode ist, um der Überwachung durch den russischen und belarussischen Staat zu entgehen, wie habt ihr die Notwendigkeit einer Sicherheitskultur angesprochen und gleichzeitig die Widerstandskultur gefördert?



**BOAK:** Wir begannen unsere Propagandaaktivitäten mit der Website *bo-ak.org*. Wir wissen aber auch, dass die Menschen heute eher soziale Netzwerke nutzen, um sich zu informieren. Um ein breiteres Spektrum von Menschen anzusprechen, haben wir auch mehrere social Media Accounts eröffnet – bei vk.com (einem russischen sozialen Netzwerk), Telegram, Twitter, Youtube usw.

Einige unserer Kanäle wurden verboten und andere hatten nicht viel Erfolg (und wir waren auch gezwungen, unsere Website ins Darknet zu verlegen), also schreiben wir jetzt auf den folgenden Kanälen:

- [boakor7dmr63zguccltp6nki56ou4oppirhyllfck7yd3sifywinhkyd.onion/](https://boakor7dmr63zguccltp6nki56ou4oppirhyllfck7yd3sifywinhkyd.onion/) – unsere Hauptseite. Dort findet man vor allem theoretische Artikel, aber auch unsere wichtigsten Nachrichten und Mitteilungen über unsere Aktionen.
- <https://boakmirror.noblogs.org/> – ist ein Spiegel der Website, nicht im Dark Web.
- [https://t.me/BO\\_AK\\_reborn](https://t.me/BO_AK_reborn) – ist unser Hauptkanal auf Telegram
- Hier posten wir nützliche Hinweise, wie man direkte Aktionen organisiert, unsere ideologischen Artikel, Nachrichten über den Widerstand und Mitteilungen über unsere Aktionen.
- [https://vk.com/bo\\_ak](https://vk.com/bo_ak) und <https://vk.com/zloyancom> – unsere Kanäle auf VK.com

Zum Thema Sicherheit – VK ist die unsicherste Plattform von allen. Das ist schade, denn es gibt eine Menge Leute, die es noch benutzen, und um sie

nicht zu verlieren, posten wir unsere wichtigsten Nachrichten dort. Aber wir knüpfen keine Kontakte und wir raten allen dringend davon ab, über VK zu kommunizieren und zumindest zu Telegram zu wechseln.

Telegram ist natürlich auch nicht absolut sicher. So ist unsere Methode – verwendet Burner-Handys (und, vorzugsweise, verwendet virtuelle Zahlen anonym mit Kryptowährungen erworben). Wir empfehlen außerdem, Telegram nur über TOR oder VPN zu nutzen. Vertraue nie jemandem im Internet und gib niemandem Informationen über dich, von denen du nicht willst, dass sie der Polizei in die Hände fallen. Und wir vermitteln unseren Leser\*innen diesen Ansatz, wann immer wir können.

Außerdem verwenden wir für wichtige Diskussionen E-Mail mit pgp-Verschlüsselung und schlagen dies auch anderen vor. Wir glauben, dass es sicherer ist als Telegramm – zumindest muss man sich nur um die Person am anderen Ende der Konversation sorgen, und nicht um den Messenger, der sie überträgt.

**TFSR:** Ein ehemaliger Gast von uns aus Russland erwähnte, dass sich viele Russ\*innen der Wehrpflicht entziehen und die Soldat\*innen daher oft aus benachbarten, zentralasiatischen Ländern kommen, die auf den russischen Handel und die russischen Waren angewiesen sind. Wer kämpft im Allgemeinen im russischen Militär in der Ukraine?

**BOAK:** Bei den russischen Besatzungstruppen können wir zwei Gruppen grob unterscheiden. Die erste Gruppe sind die wahren „Kampfhunde“, Kämpfer\*innen von Wagner, verschiedenen Spetsnaz-Eliteeinheiten und Vertragssoldat\*innen, für die der Krieg zum Lebensstil gehört. Sie sind in hohem Maße von der chauvinistischen reaktionären Ideologie des Regimes indoktriniert. Bei der zweiten Gruppe handelt es sich um Soldat\*innen, die noch freiwillig einen Vertrag unterschrieben haben, aber in armen, wirtschaftlich schwachen Regionen rekrutiert wurden, in denen der Militärdienst eine der wenigen Möglichkeiten für einen sozialen Aufstieg darstellt. Auch diese Menschen sind Opfer der imperialistischen Ambitionen von Putins Clique. Es ist kein Zufall, dass diese Leute oft aus russischen „internen Kolonien“ oder so genannten nationalen Republiken kommen, die unterentwickelt und von der Metropole ausgeraubt sind, aus Orten wie Burjatien, Dagestan und anderswo.

Wir hören zum ersten Mal von ausländischen Personen aus Zentralasien in der russischen Armee, und es klingt unwahrscheinlich. Dies ist nicht zu verwechseln mit den Soldat\*innen aus den von der russischen Regierung benannten nationalen Regionen. Außerdem gab es vor einiger Zeit die Nachricht, dass Russland in Syrien Soldat\*innen rekrutiert, aber wir haben dafür keine Beweise gesehen.

**TFSR:** Wie wirken sich die Sanktionen weiter auf die normale Bevölkerung aus, und könnt ihr etwas zum Verhältnis zwischen der staatlichen Rhetorik über die kapitalistische Selbstversorgung Russlands und der Realität des Klimawandels (Dürreperioden mit Auswirkungen auf die Nahrungsmittelproduktion usw.) sagen?

**BOAK:** Die Auswirkungen von Sanktionen treffen normale Menschen nicht so schnell. Zunächst mag es so aussehen, als sei alles in Ordnung. Aber dann geht man in den Laden und stellt fest, dass einige Produkte, die man braucht (und nicht irgendwelche Luxusartikel), das Dreifache von

dem kosten, was sie vorher gekostet haben, und andere Dinge kann man überhaupt nicht mehr kaufen.

Wir können sehen, dass die Menschen in Russland begonnen haben, unter den Sanktionen zu leiden, aber im Moment ist es eher so, dass Wut in der Luft liegt und die Menschen fragen: „Warum ist alles so teuer?!“ Die meisten von ihnen glauben immer noch, dass die Situation irgendwie wieder normal werden wird (auch wenn sie keine Ideen haben, wie genau). Die Regierung spürt also noch keine Gegenreaktion. Aber die Situation ändert sich jeden Tag.

Auf die Frage, ob Russland sich selbst versorgen kann, lautet unsere Antwort: „Unter dem herrschenden Regime auf keinen Fall“. Ohne Sanktionen, mit so hohen Ölpreisen und Geldüberschüssen könnte es das nicht werden – es gibt also keinerlei Chancen, dass es das jetzt tut. Vielleicht könnte die russische Gesellschaft autarker werden, wenn sie sich an der Basis für partizipative wirtschaftliche Ansätze engagieren würde.

Mit dem derzeitigen System kann Russland vielleicht einen Teil seines Bedarfs an Lebensmitteln oder Kleidung decken. Aber bei etwas Komplizierterem – Elektronik, Autos, Maschinen – sieht es nicht so aus. Russland könnte versuchen, sie aus China oder über andere Länder zu kaufen (bekannt als „graue“ Importe). Aber Russland ist sehr groß, und es braucht eine Menge verschiedener Dinge.

Wir glauben nicht, dass die Grauimporte alles abdecken können. Und natürlich spielt auch hier die Zeit eine wichtige Rolle – die Lager sind nicht mehr gefüllt, und Russland hat nicht jahrelang Zeit, Handelsketten aufzubauen. Wir glauben daher, dass die Menschen in Russland den Mangel sehr bald wieder spüren werden, und zwar noch stärker als zu Zeiten der Sowjetunion.

**TFSR:** Inwiefern führt eine größere Anzahl von Beweisen für staatliche Repression dazu, dass die Menschen von einer pro- oder neutralen Haltung zu einer Antikriegshaltung wechseln? Oder tut sie das nicht? Und wenn ja, entwickelt sich die staatliche Propaganda als Reaktion auf diese Veränderungen oder verlässt sie sich nur auf Angst usw., um die Kontrolle zu behalten? (Es gab in letzter Zeit mehrere Nachrichten über Armeefoffiziere, die Soldat\*innen gewaltsam verletzten und tatsächlich von Gerichten verurteilt wurden – aber vielleicht werden sie nur als Beispiele für den Staat benutzt, um zu sagen: „Natürlich wären wir niemals damit einverstanden“ – so wie die Verurteilung von Derek Chauvin in den USA wegen des Mordes an George Floyd, um zu beweisen, dass „das Justizsystem funktioniert“)

**BOAK:** Wir haben den Eindruck, dass es in Russland keine große Veränderung in der Propaganda gibt, wie du sie beschreibst (z. B. wenn der Staat versucht, eine Situation so darzustellen, als ob es einige schlechte Menschen im System gäbe, das System aber insgesamt gut funktioniert).

Selbst nach der Aufklärung der Ereignisse in Butscha in der Ukraine hat Russland die Position eingenommen, dass „das alles gelogen ist, unsere Soldat\*innen sind Heilige“. Und leider ziehen es viele Menschen vor, dies zu glauben. Denn wenn man es nicht glaubt, dann muss man etwas tun, denn „dein“ Staat ist das pure Böse. Und es ist sehr beängstigend, in Zeiten wie diesen etwas zu tun.

Es ist schade, dass die Beweise für die staatliche Repression selbst die Masse der Menschen in Russland nicht zu einer Anti-Kriegs-Haltung bewegen konnten. Zumindest, wenn die Propagandamaschine so hart daran arbeitet, „das ist alles eine Lüge“ zu erzählen.

Aber es funktioniert zusammen mit anderen Tatsachen – dass Ihre Lebensqualität schlechter ist als vorher, dass Ihr Sohn tot aus dem Krieg zurückgekehrt ist (oder schlimmer – überhaupt nicht nach Hause gekommen ist, und die Verantwortlichen tun so, als wüssten sie von nichts und wollen nur, dass man verschwindet). Und all dies zusammen kann die Haltung der Menschen tatsächlich verändern.

**TFSR:** Ich denke, in den USA und anderswo geht man davon aus, dass Russland sich der glücklichen Menagerie der liberalen kapitalistischen Republiken anschließen könnte, wenn Putin aus dem Amt scheidet oder abgesetzt wird (wie Joe Biden einmal angedroht hat). Könnt ihr sagen, was ein „Machtwechsel“ ohne eine soziale Revolution in Russland oder Belarus bedeuten könnte?

**BOAK:** Der „Wechsel des starken Mannes“ in Russland kann in sehr unterschiedlichen Zusammenhängen stattfinden. Im schlimmsten Fall handelt es sich nur um einen internen Austausch von Personen an der Macht innerhalb der herrschenden Clique, und das System wird sich kaum ändern (was wiederum zu weiteren Aufständen führen könnte). Eine andere Möglichkeit ist der Sturz der herrschenden Elite oder zumindest eine Änderung ihres Kurses in die eine oder andere Richtung. In der postsowjetischen Periode haben wir am Beispiel von Präsident Jelzin gesehen, dass eine liberale Wirtschaftspolitik problemlos mit ziemlich autokratischen politischen Schritten kombiniert werden kann. Eine neue „liberalere“ Führungspersönlichkeit, sei es aus dem derzeitigen Establishment oder aus der Opposition, würde also kaum einen wirklichen sozialpolitischen Wandel garantieren.

Wirkliche Veränderungen erfordern nicht den „Wechsel des Machthaber\*ins“, sondern die Befreiung von allen Machthaber\*innen. Die Umsetzung der Praxis der Selbstverwaltung. Allerdings können wir auch eine „Übergangszeit“ nicht ausschließen, in der der Regierungswechsel zu einer Schwächung des Staates im Allgemeinen führen und den Weg für weitere soziale Veränderungen freimachen könnte. Libertäre Revolutionär\*innen müssen darauf vorbereitet sein, in diesem Moment so viel sozialen Boden wie möglich zu gewinnen.

In jedem Fall gibt es für Russland keinen Platz in der „westlichen Welt“, weil die globalen Eliten und die Bedingungen des Weltmarktes keinen Massenwohlstand außerhalb der Zone der globalen Metropole zulassen. Die russische Gesellschaft steht also unweigerlich vor der Herausforderung, Wege zu ihrem Wohlstand außerhalb der falschen Rezepte zu finden, die von der „glücklichen Menagerie der liberalen kapitalistischen Republiken“ vorgeschlagen werden.

Was Belarus betrifft, so scheint das derzeitige politische System des Landes noch stärker von genau einer Person abhängig zu sein als das russische. Wenn Lukaschenko das Land verlässt, würde Belarus entweder den Versuch unternehmen, vollständig von den russischen Imperialist\*innen geschluckt zu werden, oder einen Weg durch intensive Veränderungen mit ungeschriebenem Kurs einschlagen.

**TFSR:** In den letzten zehn Jahren haben wir in den USA erlebt, wie Desinformation Familien und Gemeinschaften polarisiert hat. Beobachtet ihr ähnliche Auswirkungen in Bezug auf den Unterschied zwischen „Sondereinsatz zur Beseitigung der Nazis und zur Befreiung unserer kleinen Brüder in der Ukraine“ und „imperialistische Invasion zur Wiederherstellung des verlorenen Reiches“? Gibt es Strategien/Ressourcen für den Umgang mit der Wirkung staatlicher Propaganda auf der zwischenmenschlichen Ebene (um zu vermeiden, dass die Dissonanz toxisch und unüberwindbar wird)? Werden staatliche Machtmittel in zwischenmenschlichen Konflikten auch gegeneinander eingesetzt, indem man staatliche Dienste wie zu Sowjetzeiten in Anspruch nimmt? (diese Frage wurde von einem russisch-amerikanischen anarchistischen Genossen vorgeschlagen)

**BOAK:** Ja, so ist es auch in Russland und den Nachbarländern mit den Familien und Freundeskreisen. Vielleicht kann man sagen, dass ältere Generationen manchmal eher bereit sind, die Agenda des Regimes zu übernehmen (natürlich mit unzähligen Ausnahmen). Wir sind der Meinung, dass man dem auf zwischenmenschlicher Ebene entgegenzutreten sollte – alle Konsument\*innen der Staatspropaganda sollten mit eigenen Augen sehen, dass die Menschen, die sie ablehnen, ihre Angehörigen sind und nicht irgendwelche bösen Porträts aus dem Fernsehen. Wenn man seine Position ruhig, mit guten Argumenten, freundlichem Umgang und schließlich mit Liebe verteidigt, hat man gute Chancen, gehört zu werden.

**TFSR:** Wie können Hörer\*innen außerhalb Russlands, Belarus und der Ukraine solidarisch mit den Bewegungen des Widerstands gegen Luka-

schenko, Putin und den Krieg in der Ukraine handeln und sich äußern? Wie können wir diejenigen unterstützen, die direkte Aktionen durchführen und diejenigen, die kriminalisiert wurden? Und wie können wir auf dem Laufenden bleiben?

**BOAK:** Direkte Aktionen gegen autoritäre Regime in Osteuropa können weltweit durchgeführt werden. Wir sind sehr inspiriert von den Besetzungen westlicher Genoss\*innen in den Häusern russischer Oligarchen. Alle ihre Geschäftsinteressen, Ländereien und westlichen Partner\*innen sind in diesem Zusammenhang legitime Ziele. Alle öffentlichen, symbolischen Aktionen der Solidarität sind ebenfalls sehr willkommen. Jede Äußerung ist wichtig, anregend und aner kennenswert.

Nicht zuletzt geht es um den Informationsfluss. Wir bitten Genoss\*innen, unsere Botschaft in ihren Kreisen und Räumen zu verbreiten. Insbesondere, um das Kreml-Bullshit-Narrativ vom „antifaschistischen Kampf gegen ukrainische Nazis und die NATO“ zu bekämpfen. Auch eine Spendenkampagne und die Sammlung von materieller Hilfe für libertäre Strukturen in Osteuropa ist wirklich eine starke Basis für die Nachhaltigkeit unseres Kampfes hier.

Wir empfehlen einige Informationsquellen, die mehr oder weniger regelmäßig auf Englisch aktualisiert werden: *avtonom.org* für Russland; Resistance Committee für die Ukraine und Pramen für Belarus. Wir, als „Anarcho-Communists Combat Organization“, versuchen auch, wichtige Nachrichten und Texte ins Englische zu übersetzen.

## Fünf Monate Teil-Belagerung

Ein Interview mit einer libertären Nachrichtenseite aus Charkiw [Ukraine]

Ein Interview von The Final Straw Radio Show mit Assembly.Org.UA, einer Nachrichtenseite aus Charkiw, über ihren Journalismus, Katastrophenkapitalismus inmitten von Pandemie und Krieg, Widerstand gegen die Zwangseinberufung durch das ukrainische Militär und Informationen über Sabotageaktionen gegen den Krieg in Russland.

*Ursprünglich veröffentlicht von The Final Straw Radio Show. Übersetzt von Riot Turtle.*

**The Final Straw Radio Show (TFSR):** Würdest du dich bitte vorstellen (oder, falls du ein Pseudonym benutzt, mit Namen, politischer Zugehörigkeit und Geschlechtspronomen) und sagen, wo du ungefähr wohnst? Wie würdest du deine politische Perspektive beschreiben und mit welchen Projekten beschäftigst du dich?

**Cheh:** Hallo an alle, liebe Bursts, liebe Hörer\*innen. . . Ich bin Cheh und Mitgründer\*innen der Gegeninformationsgruppe in Charkiw namens *assembly.org.ua*. Charkiw ist die größte ukrainische Stadt nach Kyiv, etwa 45 km (oder 30 Meilen) von der russischen Grenze entfernt und wird seit dem ersten Morgen der Invasion von Norden her belagert. Persönlich bin ich seit etwa 10 Jahren Anarcho-Kommunist. Die redaktionelle Politik der Assembly steht im Allgemeinen dem sozialen Anarchismus nahe, und in

diesem Sinne sind wir die ersten Medien dieser Art in Charkiw seit der Zeitung Nabat im Jahr 1920. Gleichzeitig gibt es bei uns keine strengen Ideologie- und Theorieprüfungen, wie sie bei der Aufnahme in eine marxistische Partei üblich sind. Wir sind bereit, mit verschiedenen Personen und Initiativen zusammenzuarbeiten, wenn sie nicht von Politiker\*innen oder bürokratischen Strukturen kontrolliert werden, wenn sie die horizontale direkte Aktion von unten unterstützen und sich für die lokale Gemeinschaft einsetzen wollen. . . im Allgemeinen also.

**TFSR:** Kannst du etwas über Assembly.Org.Ua sagen, das sich selbst als Portal für unabhängigen Journalismus und Basisinitiativen in der Region Charkiw bezeichnet? Ich sehe Beiträge, die bis ins Jahr 2020 zurückreichen, also in die Anfangszeit der Covid-Pandemie. Kannst du etwas über die Geschichte des Projekts erzählen, welchen Zweck es erfüllte und wie sich das und die Leser\*innenschaft mit der russischen Invasion verändert haben?

**Cheh:** Ja, wir sind seit dem 30. März 2020 wirklich aktiv – und zwar ab dem Zeitpunkt, als das Gefühl in der Luft lag, dass dieser gewohnte Status quo endlich einen Knacks bekommen hat. Der Beginn einer globalen Pandemie hat uns überrascht! Es war ungewohnt, die ganze Zeit zu Hause zu bleiben. An einigen Arbeitsplätzen unserer Genoss\*innen wurden die

Gehälter um 20 % gekürzt, und es wurde befürchtet, dass Mitarbeiter\*innen entlassen werden könnten. Aber ein paar Wochen nach Beginn der Quarantäne entwickelte sie unsere Website und begann damit, über akute soziale Probleme zu sprechen und den Menschen zu helfen, sich zusammenzuschließen, um einander angesichts einer Krise direkt zu helfen.

Unsere Überlegung war in etwa so: Wenn mindestens 10 % der Bevölkerung unserer Stadt z.B. das öffentliche Verkehrssystem besser verstehen als der Bürgermeister und der Stadtrat, wozu brauchen wir dann deren Verwaltung? So in etwa... Unsere Publikation wurde bald zu einem Ort, an dem sich der friedliche Teil des sozialen Kampfes und der Selbstorganisation mit dem radikalen Untergrund treffen konnte, und begann, ihrem Namen alle Ehre zu machen. Wir berichteten über Ereignisse auf der Straße, Kämpfe am Arbeitsplatz und Fragen der Stadtentwicklung in unserer Metropole. Wir haben auch versucht, die historische Erinnerung an die revolutionären Arbeiter\*innentraditionen wiederherzustellen.

Seit dem Ausbruch der Feindseligkeiten ist unsere Webseite zu einer Plattform geworden, auf der selbstorganisierte humanitäre Aktivitäten vorgestellt und koordiniert werden und auf der aufgezeigt wird, wie die lokale herrschende Klasse von diesem Massaker profitiert. Und während wir im letzten Jahr 20-30 Tausend Zugriffe pro Monat hatten, sind es seit Beginn des Frühlings zwischen 80 und 120 Tausend geworden!

**TFSR:** Seit dem Beginn des Krieges mit Russland haben wir in der Sendung mit einigen Leuten aus Charkiw gesprochen, aber das ist schon ein paar Monate her. Kannst du ein wenig über die Stadt und das Gebiet oder die Region, in der sie liegt, in der Zeit vor dem Krieg erzählen?

**Cheh:** Generell hat sich die Ukraine, vor allem mit dem Abnehmen jeglicher Lebensperspektiven nach dem Maidan-Aufstand, in ein Land der Alkonaut\*innen [1] und Rentner\*innen verwandelt, und Charkiw ist selbst für ukrainische Verhältnisse als „Stadt der langweiligen Gesichter“ bekannt. Dementsprechend ist das politische Klima im Allgemeinen depressiv und konservativ, und es ist äußerst schwierig, über etwas anderes als das tägliche Überleben zu sprechen – selbst die Kapitalist\*innen in der Ukraine haben einen sehr kurzen Planungszeitraum. Kann der wirtschaftliche Wiederaufbau nach dem Krieg an dieser Situation etwas ändern? Ich weiß es nicht. Wir werden sehen...

**TFSR:** Wenn du in dieser Zeit in der Stadt oder in der Nähe warst, kannst du den Hörer\*innen ein wenig davon erzählen, wie es war? Obwohl ihr so nahe an der russischen Grenze seid und die Stadt die Zurückschlagung der russischen Invasion überstanden hat, geht der Beschuss weiter, oder? (Ich kann mir nicht vorstellen, wie traumatisch das war, und unser Projekt drückt euch auf jeden Fall unsere Solidarität und unser Beileid für eure Opfer aus).

**Cheh:** Mit wenigen Worten: Unsere Stadt ist aufgrund ihrer Lage ein einziger großer Schießplatz für die Invasor\*innen. Ballistische Raketen fliegen jede Nacht, sobald die Menschen zu Bett gehen (oder im Morgenrauen, gegen 3 bis 4 Uhr). Und mehrere Raketen schlagen mitten am Tag ein, wenn viele Menschen auf den Straßen sind – wiederum, um so viele Zivilist\*innen wie möglich zu töten. Keine Luftabwehr der Welt kann Hyperschall-Island-Raketen auf so kurze Distanz abfangen – selbst der Luftalarm hat keine Zeit, uns zu benachrichtigen, und fängt nach den ers-



ten Explosionen an zu heulen (nicht immer, aber oft). Das russische Militär will die ukrainischen Autoritäten um jeden Preis zu Verhandlungen bewegen und hofft, dass zivile Opfer die Bevölkerung zwingen werden, von der politischen Führung des Landes Zugeständnisse zu Gunsten Russlands zu verlangen. Natürlich könnten die ukrainischen HIMARS alle Feuerstellungen in wenigen Minuten zerstören, aber die amerikanischen Partner verbieten ausdrücklich Angriffe auf russisches Territorium, egal wie viele sie von dort aus auf uns abfeuern, weil dies als ukrainische Aggression gegen die Russische Föderation betrachtet wird und die russisch-amerikanischen Beziehungen verschlechtern wird... Das ist unser Leben.

**TFSR:** Einige der jüngsten Berichte auf Assembly.Org.Ua haben sich darauf konzentriert, wie lokale Eliten, Spekulantinnen, Kapitalistinnen und Banken auf nationaler Ebene (in Russland und der Ukraine) entweder versuchen, einen Vorteil aus der Instabilität oder Zerstörung zu ziehen oder ihre wirtschaftliche Gewalt gegen eine wirtschaftlich immer instabilere Bevölkerung zu erhöhen. Wie hast du den Katastrophenkapitalismus in diesem Kriegsgebiet erlebt und welche Zukunftsvisionen verfolgt er?

**Cheh:** Oh, es gibt eine große Anzahl solcher Beispiele. Der Verkauf von humanitären Gütern, der Diebstahl von Arbeitnehmer\*innenlöhnen oder der von Ihnen erwähnte Gesetzentwurf zur Aussetzung der Zahlungen für Hypotheken und Autokredite für die Dauer des Krieges, der am 9. Juli in erster Lesung verabschiedet wurde. Dieser Gesetzesentwurf setzt nicht das Auflaufen des Kredits und die Zinsen für den Kredit aus. Deshalb werden die Kreditnehmer\*innen nach dem Ende des Kriegsrechts gezwungen sein, hohe Beträge ausstehender Schulden zu zahlen – andernfalls drohen ihnen Sanktionen, die im Gesetz oder in einem Kreditvertrag festgelegt sind. In diesem Zusammenhang sei auch an die horrenden Mietpreise in den sichereren Regionen erinnert. Oder an die Pläne der Behörden von

Charkiw (und der mit ihnen verbundenen Bauträger\*innen), historische Gebäude, die durch Bombenangriffe beschädigt wurden, abzureißen, um dort kommerzielle Objekte zu errichten, anstatt sie wieder aufzubauen. Übrigens hat der Stadtrat von Charkiw im Frühjahr eine so genannte freiwillige Initiative zur Restaurierung der Stadt vorgestellt, die nicht von einem Architekt\*in oder Stadtplaner\*in, sondern von einem mit dem Stadtrat verbundenen Modedesigner\*in (Jabrone) geleitet wird – offensichtlich, um unter diesem Deckmantel die Haushaltsmittel zu plündern –, aber nachdem wir veröffentlicht hatten, wer dieser Jabrone ist und was über seine Rolle bekannt ist, zog er sich aus diesem Projekt zurück.

**TFSR:** Kannst du etwas über die Erfahrungen mit dem Kriegsrecht und der Einberufung zum Militär in Charkiw erzählen?

**Cheh:** Im Großen und Ganzen nichts Bemerkenswertes. Von 22.00 bis 6.00 Uhr gilt eine Ausgangssperre, die Polizei versucht, jeden zu erwischen, der sich ohne Sondergenehmigung auf der Straße aufhält, aber in den Außenbezirken sind die Patrouillen fast unsichtbar. Vorladungen zur Armee werden an vielen öffentlichen Orten verteilt – an den Eingängen von U-Bahn-Stationen, Supermärkten, Unternehmen, Parks –, aber da sie laut Gesetz im Voraus und nicht in Anwesenheit der Beamten ausgefüllt werden müssen, ist es illegal, sie auf der Straße auszufüllen, und die Leute ignorieren solche Papiere oft. Da das Gerichtssystem praktisch lahmgelegt ist, kann niemand mehr ein Bußgeld gegen einen solchen Zuwiderhandelnden verhängen. Am Ende des Frühjahrs erschien ein Telegram-Kanal mit 65.000 Abonnent\*innen, auf dem jetzt Vorladungen ausgestellt werden. Daher erfahren die Einwohner\*innen von solchen Razzien im Voraus und versuchen, sie zu umgehen.

Offensichtlich besteht die Aufgabe der Wehrbeauftragten nicht nur darin, die Armee aufzustocken, sondern so viele Wehrpflichtige wie möglich zu drängen, in der Hoffnung, dass wenigstens einige Angst bekommen und Geld bieten, damit sie in Ruhe gelassen werden. Aus demselben Grund können viele, die aus eigenem Antrieb zu den Melde- und Einberufungsbüros kommen, nicht in die Armee eintreten, und die Ausreise ist für alle gesunden, als männlich eingestuften Personen im Alter von 18 bis 60 Jahren verboten. Selbst wenn es einen legalen Grund für die Ausreise gibt, lassen die Grenzbeamt\*innen dies nicht immer zu.

Im Allgemeinen ist die Beherrschung der militärischen Grundlagen durch die Bevölkerung keine schlechte Sache, denn schon 1905 hat sich gezeigt, dass wir ohne dies die Revolution vergessen können. Und die Zurückschlagung der Invasion ist auch notwendig, aber wir sollten nicht dazu beitragen, dass unser Staat durch den Sieg stärker wird, denn dann wird er zu einer ähnlichen Diktatur wie die russische. Deshalb unterstützen wir sowohl die Anti-Kriegs-Sabotage in Russland, als auch einige anarchistische Weggefährter\*innen in den ukrainischen Streitkräften und die Forderung nach Öffnung der ukrainischen Grenzen für die freie Ausreise aller, die nicht in der Armee dienen wollen.

**TFSR:** Kannst du etwas über die Initiativen der gegenseitigen Hilfe an der Basis sagen, die du beobachtet hast oder über die du berichten konntest, die gegen und trotz der Invasion in der Region Charkiw stattfinden?

**Cheh:** Nun, eine dieser Initiativen habe ich bereits in meiner vorherigen Antwort erwähnt. Außerdem organisiert unser Team von Zeit zu Zeit Reisen in die Grauzone der Region oder in die Vororte von Charkiw, um zu erfahren, wie die Menschen, die dort festsitzen, außerhalb der staatlichen Ordnung leben, und um humanitäre Lebensmittel oder Medikamente an sie zu verteilen. Darüber hinaus haben wir einen Plan für eine horizontale Kampagne zur kollektiven Wiederherstellung zerstörter Wohnblocks ausgearbeitet (zusammen mit einigen befreundeten Gruppen, wie z.B. der Bauhilfe). Natürlich können wir erst mit der Umsetzung beginnen, wenn die Raketenangriffe vollständig beendet wurden. . .

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der anarchistische Kampf in einem so peripheren Land aufgrund der Besonderheiten der ukrainischen Verhältnisse eine globale internationale Solidarität erfordert. Die technologische Primitivität der ukrainischen Wirtschaft und die Tatsache, dass die Hälfte davon im Untergrund ist, bedeutet paradoxerweise, dass es einfacher ist, sich in Krisenzeiten anzupassen. Gleichzeitig herrscht hier aber auch eine Atmosphäre der Gleichgültigkeit gegenüber großartigen Zukunftsprojekten, da sich die gesamte Bevölkerung auf ihre momentanen, alltäglichen Probleme konzentriert. Und da das soziale Denken in der Peripherie weitgehend von der Situation im kapitalistischen Kern abhängt, werden die Erfolge der westlichen Genoss\*innen zur Verbreitung des revolutionären Anarchismus in der Ukraine beitragen, wo die Arbei-



ter\*innenklasse in diesen wenigen, blutigen Monaten bereits eine hervorragende Fähigkeit zur Selbstorganisation bewiesen hat.

**TFSR:** Wir haben von eurem journalistischen Projekt durch englischsprachige Beiträge auf Libcom und anderen Seiten erfahren, in denen über das Ausmaß des Widerstands gegen den Krieg in Form von Sabotage und De-Rekrutierung des russischen Militärs berichtet wird. Wir haben seit März Fotos und Videos von Angriffen auf Rekrutierungszentren in Russland gesehen, Geschichten von Sabotageakten an Zügen gehört und von wachsendem Misstrauen und Abneigung innerhalb des russischen Militärs gegenüber diesem Krieg gegen die Ukrainer gehört. Es ist schwer einzuschätzen, was in den USA als Propaganda des US-Regimes gilt. Kannst du uns etwas über eure Berichterstattung zu diesem Thema erzählen, welche Quellen ihr verwendet (wobei ihr natürlich darauf achtet, dass die Menschen bei eurer Antwort sicher sind) und welchen Eindruck ihr von diesem wachsenden Widerstand in Russland habt?

**Cheh:** Oh, unsere englischsprachige Berichterstattung über militärische Themen auf Libcom unterscheidet sich stark vom Inhalt unserer eigenen Webseite. Auf Assembly veröffentlichen wir exklusive Beiträge zu lokalen Nachrichten aus unseren eigenen lokalen Quellen, aber wir haben keine Insider\*innen in Russland und Belarus. Wir nehmen alle Informationen für diese Rubrik mit Hilfe offener Daten in sozialen und Massenmedien auf und leisten selbst nur einen Beitrag zur Systematisierung und zu einigen Schlussfolgerungen.

Unsere britischen Leser\*innen haben sehr treffend ausgedrückt, was dort geschieht. Sie sagen: „Es wird zwar oft behauptet, dass viele Russ\*innen diesen Krieg unterstützen, aber ein solches Ausmaß an Widerstand war in den Ländern der Koalition nicht zu beobachten, als diese Staaten in Afghanistan und im Irak einmarschierten, selbst in den Staaten, in denen die Bevölkerung generell gegen den Krieg war“. Meiner Meinung nach sehr coole Worte.

**TFSR:** Wir haben mit der Anarcho-kommunistischen Kampforganisation (BOAK) aus Russland ein Gespräch über Widerstand und Sabotage innerhalb Russlands geführt. Sie haben die klare Hoffnung, dass sich nicht nur Sabotage und Widerstand gegen das Blutvergießen in der Ukraine von Russland aus entwickeln werden, sondern dass dies eine Zeit ist, in der der Widerstand gegen den autoritären Kapitalismus in der Region, einschließlich Belarus, wächst. Siehst du im Widerstand gegen den Krieg und die Diktaturen Chancen für eine antiautoritäre linke Politik in der Region?

**Cheh:** Diese Angriffe werden eine ernsthafte Bedrohung für das gesamte System des totalitären russischen Staates darstellen, wenn der Repressionsapparat versagt, wie im Februar 1917. Grob gesagt, wenn die Massen sehen, dass die Polizei, die Geheimdienste und die Gerichte nicht länger wie bisher funktionieren, wird sich der revolutionäre Kampf in einer geometrischen Progression entwickeln. Im Moment gibt es noch keine solchen Anzeichen – denn selbst wenn man sich nur gegen den Krieg ausspricht, hindert den russischen Staat nichts daran, einen Menschen für 15

Jahre ins Gefängnis zu stecken. Man kann definitiv sagen, dass die direkte Aktion gegen den Krieg von unten wächst, aber niemand kann heute sagen, wie weit sie gehen wird, weil niemand weiß, wie lange dieses Gemetzel dauern wird.

Und wir müssen auch berücksichtigen, dass die nationale Einheit der Ukrainer\*innen um Zelenskys Macht nur auf der Angst vor einer äußeren Bedrohung beruht. Wie wir bereits gesagt haben, sind die sozialen Widersprüche hier während des Krieges nicht verschwunden, sondern im Gegenteil, sie haben sich verschärft. Und je eher die Invasionskräfte ihr Offensivpotential verlieren, desto besser für die sozialen Kämpfe in der Ukraine. Deshalb ist die Anti-Kriegs-Sabotage in Russland indirekt auch eine Bedrohung für die ukrainische herrschende Klasse, und deshalb betrachten wir ihre informelle Unterstützung als ein internationalistischer Akt.

**TFSR:** Gibt es etwas, das du uns mitteilen kannst, das dir in diesen gefährlichen Zeiten, die von Verlust und Gewalt geprägt sind, Hoffnung gibt?

**Cheh:** In erster Linie ist es das Interesse von Menschen aus der ganzen Welt an unseren Aktivitäten. Und das Studieren der bunten, revolutionären Geschichte unserer Stadt und Region, das Wiederherstellen der Erinnerung, was eigentlich nur wir vor dem Krieg getan haben. Und, natürlich, die wunderbare lokale Natur – in dem Maße, wie sie jetzt verfügbar ist. . .

**TFSR:** Wie können unsere Hörer\*innen eure Arbeit bei Assembly.Org.Ua verfolgen und unterstützen und gibt es weitere Initiativen, die ihr hier empfehlen wollt?

**Cheh:** Ihr seid herzlich willkommen zu unseren Ressourcen, sowohl dort als auch auf dem gleichnamigen Tag auf Libcom.Org. Um unsere Arbeit weiter zu verbreiten, systematischer und qualitativ hochwertiger zu machen, können ihr uns auf der GlobalGiving-Seite Mutual Aid Alert for East Ukraine finanziell unterstützen. Bitte besucht die Seite! Und wir möchten Black Flag erwähnen – eine Gruppe von Genoss\*innen aus der West- und Zentralukraine, über die ihr in unserer Libcom-Kolumne lesen könnt, ihr Telegram-Kanal ist dort ebenfalls hinzugefügt. Auch sind wir der Solidaritätsinitiative Olga Taratuta in Frankreich, [alabarricadas.org](http://alabarricadas.org) in Spanien, [aitrus.info](http://aitrus.info) in Russland und allen anderen Mitstreiter\*innen, die unsere Inhalte überall verbreiten, unendlich dankbar! Vielen Dank an euch alle, wenn ihr dieses Gespräch verfolgt!

Bei dieser Gelegenheit möchten wir auch die großen US-amerikanischen anarchistischen Medien wie It's Going Down oder Crimethinc grüßen, die uns und andere ukrainische Anarchist\*innen weiterhin ignorieren, abgesehen von einer Handvoll Subkulturst\*innen, die nie in irgendwelchen sozialen Aktivismus zu sehen waren. Ja. So ungefähr. . . Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit!

[1] лконавт м [alkonavt] Alkoholiker\*in, „Alkonaut“, Kreuzung aus Alkoholiker\*in und Kosmonaut\*in.

# Der Krieg – ›Vater‹ der Klimawende oder Brandbeschleuniger der Klimakatastrophe?

Anmerkungen zu diskursiven Verknotungen von Sicherheits-, Notstands- und Klimapolitik.

Dieser Artikel von Tino Heim stammt aus dem Heft „Für eine andere Zeitenwende!“ (Juli 2022) der Zeitschrift *kulturrevolution*.

## Klimaschutz mitten im Krieg! Eine harte nationale Aufgabe für ›deutsche Männer‹?

Frei nach dem Heraklit zugeschriebenen Denkspruch, der Krieg sei der ›Vater aller Dinge‹, knüpfen sich an Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und die in der deutschen Politik ausgerufenen Zeitenwende erstaunliche Hoffnungen, der Krieg könne auch der Klimawende auf die Sprünge helfen (siehe exemplarisch: Walsh 2022). Entlang des Leitmotivs eines Kampfs um nationale Energieautarkie, verschalten die Regierungsparteien (v.a. die Grünen) Topoi bellizistischer Sicherheits- und Verantwortungspolitik mit der Klimawende. Robert Habeck (2022) flaggte die Unabhängigkeit von fossiler Energie und ihren Lieferanten als Freiheitskampf aus. Annalena Baerbock erklärte die Prüfung globaler Wirtschaftsverflechtungen und ihr fallweises Zurückfahren zum Eckstein ihrer außenpolitischen Sicherheitsstrategie, wobei kürzere Lieferketten auch Emissionen reduzieren. Verstärkt wird das durch einen Heroismus nationaler Selbstbehauptung, der auf dem Weg zur Energie- und Ressourcensicherheit ›vollen Einsatz‹ von Politik, Wirtschaft und Bevölkerung fordert. Die Energiewende wird nahezu ein Synonym nationaler Stärke, Resilienz und letztlich Wehrhaftigkeit – deutlich etwa in der Wortprägung »Freiheitsenergien«. Das Argument, wer jetzt den Infrastrukturbau behindere, helfe als ›Komplize Putins‹ dem ›Feind‹, bewegt selbst hartnäckige Gegenspieler (in der bayrischen Landesregierung wie in der Koalition) zur zumindest verbalen Kehrtwende.

Solche Positionen korrespondierten mit einer längerfristigen Tendenz zur Verknotungen von Diskurssträngen der Sicherheits- und Notstandspolitik mit dem Klimaschutz und fanden im mediopolitischen Interdiskurs entsprechende Resonanz. Wie schon in Kurzschlüssen zwischen Pandemie- und Klimanotstand im Coronadiskurs (vgl. Meer 2020; Heim 2020) sind hier Erwartungen verbreitet, eine Einübung der Politik in und eine Gewöhnung der Bevölkerung an notstandspolitische Maßnahmen, käme mittelfristig auch dem Klimaschutz zu Gute. Fallweise müsse im Krieg (ob gegen Putin oder das Virus) das Klimathema zwar auch mal zurückstehen, wäre danach aber umso konsequenter anzugehen: Die Corona- und Kriegserfahrung, dass zuvor als unmöglich geltende wirtschafts-, finanz-, sozial- und infrastrukturpolitische Maßnahmen im Notstand umsetzbar werden, eröffne auch neue Möglichkeiten ökologischer Notstandspolitik. Denn wo das Wissen, dass die »fossile Lebensweise« langfristig Existenzgrundlagen zerstört keine Transformationen motiviert, ergäbe die Erkenntnis, dass sie »Hier und Jetzt [...] unsere Feinde finanziert«, einen Antrieb, den gordischen Knoten der mit dem fossilen Wachstum verknüpften sozialen, ökologischen, geopolitischen und ökonomischen Krisen zu durchschlagen (so Ulrich 2022a). Dabei seien Klima- und Umweltschutz in der Sicht »deutscher Männer« endlich »keine weichen Themen mehr«, sondern echt »harte« – halt irgendwas »mit Krieg« (Ulrich 2022b).

Tatsächlich war die Kopplung von Klima mit Krieg und Sicherheitspolitik im Parteiendiskurs wie bei Ulrich entlang von historisch ›männlich‹ konnotierten Attributen organisiert und im neuen Alltagsheroismus war ›der deutsche Mann‹ permanent gehalten, sich als Held im Kampf gegen Putin zu bewähren – ob beim Heizung runterdrehen oder beim Gärtnern (auch das ein Weg zur Autarkie). Ulrich assoziierte mit Klimapolitik »Selbstbehauptung«, »Führung«, »Kraft«, aber vor allem leidenswillige Askese: Die »sicherheitspolitische und freiheitskämpferische Veredelung des Verzichts« befreie dabei »die ökologische Transformation, die ohne Veränderungsschmerzen nicht realisierbar ist, von einer Fessel« (ebd.), indem sie uns Opferbereitschaft für das kollektiv Notwendige abverlangt.

Solche Verzichts- und Notstandspredigten wiesen ökologische Politik primär als ›Politik der Härte‹ aus. Fehlt der Verzichtswille muss der Staat die hedonistische Bevölkerung zwingen, den ›Gürtel enger zu schnallen‹. Das konnte an ökodiktatorische Motive anknüpfen, die schon im Diskurs der Ökologiebewegung der 1970er und 80er Jahre ausbuchstabiert waren. Anders als etwa bei Rudolf Bahro oder Hans Jonas, die solche Erwägungen mit der Notwendigkeit radikaler Transformationen der Wirtschaftsform verbanden, wird die Frage nach den Bedingungen einer ökologischen Lebensweise hier aber auf Individualverhalten und Verzichtsethos verkürzt. Die Moralisation verschiebt den Focus von gesellschaftlichen Strukturantagonismen – entgrenztes monetäres Wachstum vs. sozialökologische Reproduktionszyklen auf einem begrenzten Planeten – auf Fragen individueller und kollektiver Haltungen. Das umgeht Systemfragen und rückt gesellschaftsstrukturell bedingte Konfliktlagen aus dem Blick. Obwohl Ulrichs Artikel globale Verflechtungen multipler Krisendynamiken klar akzentuiert, wird die moralische Engführung daran deutlich, wer genau zum ›Verzicht‹ aufgerufen ist und wer nicht. Wie ein Kommentar sarkastisch bemerkt: »Am besten verzichten wir auf die Profiteure der Wirtschaft: Die Öl- und Gasfirmen, die Autoindustrie, die Waffenfabrikanten und die ganzen Bullshit-Produzenten und ihrer Logistik. Deren Gewinne gehen gerade durch die Decke! Verzicht sollen immer nur die sozial Schwachen. Produzieren wir für die Menschen, und nicht für den Profit, werden wir bald einig sein, was wir wirklich brauchen und was wir uns ökologisch leisten können.«<sup>4</sup> Obwohl die Lösung nicht ganz so einfach sein dürfte, verweist dies prägnant auf die Einseitigkeiten der Verzichtsdebatte.

Zu ähnlichen Schlagseiten tendiert die Adressierung der Bevölkerung im Autarkiediskurs. Ein Hauptgewicht liegt auf individueller Sparsamkeit (›wer friert, bekämpft Putin‹) und Individual-Autarkie. Schon bei Corona und jüngeren Naturkatastrophen war der Notstandsdiskurs nicht so sehr um bessere kollektive Absicherung zentriert, vielmehr um individualisierende Aufrufe: ›Bevorratet euch!‹ Eigene Nahrungs-, Wasser- und Medizinvorräte aufzurüsten, schützt beim möglichen Ausfall staatlicher Infrastrukturen. Ergänzt wird das auch Bevölkerungsseitig durch Bemühungen um individuelle Energieausfallsicherheit: Wo der Infrastrukturausbau für regenerative Energien stockt und Anreize zur Einspeisung in kollektive

Netze sinken, tritt an deren Stelle das betriebs- und volkswirtschaftlich, aber auch ökologisch unsinnige (da mit Energieverlust verbundene) Befüllen häuslicher Speicher, um im Katastrophen-/Kriegsfall etwas länger durchzuhalten. Die Renaissance der Industrie für private Atomschutzkeller (die in den USA der 1950er/60er Jahre ihre Hochzeit hatte) wäre wohl der nächste Schritt. Dazu passen mediale Erwägungen, ob die einst belächelten ›Prepper‹ nicht auch ein Vorbild verantwortlicher Staatsbürgerlichkeit seien (vgl. Praschl 2022). Obwohl Selbstbewaffnung noch unerwünscht ist, hat das Ideal autarker Monaden große Schnittmengen mit anarcho-liberalen Leitbildern oder mit anarchofaschistischen Selbstverständnissen in der Reichsbürgerszene. In Differenz dazu soll die Individualautarkie hier aber auf Linie mit dem ›Staatsziel‹ bleiben. Die so adressierte Subjektposition lässt an die Botschaft des ›Durchhaltefilms‹ Kolberg denken, der 1945 ›das Volk‹ auf Fortsetzung des ethnonationalen Freiheitskampfes beim Versagen der militärischen Führung einstimmen sollte.

Letztlich geht es hier um Versuche der Re-Etablierung von mit Notstandspolitiken vereinbaren protonormalistischen Subjektivitäten. Angesichts des Primats nationaler Autarkie sowie individualisierter Verzichts- und Verantwortungszuweisung sind aber Zweifel angebracht, ob diese Notstandspolitik auch ein Mittel der ökologischen Wende (sprich globaler gesellschaftsstruktureller Umbrüche) sein kann. Fraglich ist zudem, ob hegemoniale Männlichkeit, die sich über Jahrhunderte als Medium der Unterwerfung der inneren und äußeren Natur unter kapitalistische Verwertungsimperative entfaltet hat, tatsächlich eine Haltung abgibt, um sozialökologische Probleme zu lösen. Zumindest verfolgt der ›männliche‹ ökonationale ›Selbstbehauptungskampf‹ andere Ziele und erfordert effizientere Waffen, als sie langfristige ökologische Strukturumbauten böten.

### **Grüne Ausnahmen zur Sicherung der Vorfahrt fossiler »Freiheitsenergien«**

Ein Standardargument, um den Klimaschutz auf ›später‹ zu vertagen, ist es, dieser brauche als Langzeitprojekt eben Zeit, die wir im je aktuellen Notstand nie haben. Aktuell führen zudem corona- und kriegsbedingte Störungen fragiler globaler Liefer- und Arbeitskraftketten zu Engpässen und Unwägbarkeiten beim Infrastrukturumbau – z.B. benötigen deutsche Offshore-Windparks osteuropäische (Billig)Arbeitskraft. Das bremst die einzige halbwegs konsistente Programmatik des Green-New-Deal aus. Die Energiewende wird erneut eher langfristiges Ideal als tagespolitische Aufgabe. Eine grüne Kriegswirtschaft braucht Alternativen zu regenerativen Energien. Daher ist der Aufbau neuer fossiler Infrastrukturen zu beschleunigen, die dann langfristig nutzbar sind. Einen Monat vor der russischen Ukraine-Offensive rief Wirtschaftsminister Habeck im Januar die deutsche »Flüssiggas-Offensive« zum Ausbau von LNG-Terminals aus, bei der Umweltschutz »ausnahmsweise hintenan« stehe (Theurer 2022). Bezüglich dadurch bedrohter Arten outete sich der Mensch Habeck vor dem feierlichen ersten Rammschlag im Mai zwar als leidenschaftlicher Phocoenaphiler: »Ich liebe Schweinswale. [...] Ich bin der größte Schweinswal-Fan in der Bundesregierung« (zit. in Baumüller 2022). Aber auch die größte individuelle Liebe hat bei ›deutschen Männern‹ Grenzen, wo sie im Krieg die nationale Stärke gefährdet: Der Wirtschaftsminister forderte daher im selben Atemzug, der Tierschutz dürfe den Bau der Terminals nicht behindern, denn das helfe »nur Putin« (ebd.). Dem stimmte selbst die einst öko-pazifistische TAZ zu: Umweltverbände lägen »falsch«, wenn sie beim LNG-Ausbau auch nur »Transparenz und Rechtsstaatsprinzip« anmahnten:

Juristische »Verfahren würde den Bau der Terminals unnötig verlängern. Sorry, liebe Schweinswale, es ist Krieg, diese Ausnahme muss sein.« (Schönberg 2022) Da Umweltverbände und Schweinswale (quasi als ›fünfte Kolonne Moskaus‹) den deutschen Freiheitskampf hintertreiben, soll nun ein vom Ministerium entworfenes LNG-Beschleunigungsgesetz die Einspruchsmöglichkeiten eindämmen.

Freilich ist eine Ausnahme zu wenig. »Im Zweifel« sei »Sicherheit wichtiger als Klimaschutz« und für die deutsche Versorgungssicherheit müsse »Pragmatismus jede politische Festlegung schlagen«, betonte Habeck beim US-Antrittsbesuch am 2.3.2022, um u.a. längere Laufzeiten für Kohlekraftwerke anzukündigen. Im Sinne der Energieautarkie wittern ostdeutsche Ministerpräsidenten hier zu Recht Chancen, den Braunkohleabbau nach dem beschlossenen Ausstiegstermin fortsetzen zu können. Die FDP nutzt unterdessen das im Hohelied auf Wind und Sonne geprägte Wort »Freiheitsenergien« für den Lobpreis der Öl- und Gasvorkommen in der Nordsee. Mit einer Träne für die deutsche See und das deutsche Watt befürworten auch die Grünen Bohrungen durch den Konzern Wintershall Dea ab 2024. Es bleibt abzuwarten, wie lange die Partei dem lockenden FDP-Gesang widersteht, wer teures Fracking-Gas aus dem Ausland beziehe, könne ruhig auch den eigenen Boden fracken. Schließlich hat Putin gezeigt, dass wir uns energiepolitisch nicht abhängig machen dürfen, schon gar nicht von Autokratien! Da Autarkie Grenzen hat, bedarf es freilich hier ebenso einiger Ausnahmen: In rascher Folge geschlossene neue Rohstoff-Deals mit diversen fossilen Autokratien, treiben durch ›Diversifizierung der Bezugsquellen‹ die Entkopplung von Russland voran. Auch hier trifft grüner Pragmatismus auf breite mediale Resonanz: Es sei »utopisch, dass Deutschland alle seine Rohstoffe aus funktionierenden Demokratien bezieht« – es gäbe schlicht zu wenige. Auch sei ja nie garantiert, dass »Länder die heute demokratisch sind, es auch morgen noch bleiben« (Pinzler et al. 2022). Der tagesaktuelle Demokratiestand ist so beim Eingehen langfristiger Partnerschaften gleichgültig.

Während die Regierungs-Ampel für fossile Energien aus dem In- und Ausland dauerhaft auf Grün geschaltet ist und selbst der beschlossene Kohleausstieg wieder zur Disposition steht, sind auch einfachste Maßnahmen zur Senkung des Ressourcenverbrauchs undenkbar. Ein Tempolimit etwa, das Flüssiggasstoff signifikant einsparen könnte, ist mit der FDP nicht diskutabel. Stattdessen garantiert der ›Tankrabit‹ (von dem v.a. Öl-Konzerne profitieren) die ›Freie Fahrt für freie Bürger‹ trotz Spritpreisexplosion. Von zumindest symbolischen Begrenzungen des Fleischkonsums – auch ein Hauptemissionsfaktor, von den Haltungsbedingungen nicht zu reden – haben sich die Grünen schon 2014 (nach dem der ›Vegi-Day-Debatte‹ folgenden Wahldebakel) verabschiedet. Der grüne Agrarminister überbietet seine CDU-Vorgängerin heute generell im Aufschieben der Agrarwende. Eine grüne Pauschalantwort auf leidige Frage hat der Bayer-Agrarvorstand aber bereits lanciert: »Muss der Naturschutz warten?« Nein! In der Lebensmittelknappheit im Zuge des Ukrainekriegs müssen wir nur »Ernährungssicherheit und Nachhaltigkeit« neu »zusammendenken« (Santos 2022). Konkret wird dazu etwa Glyphosat als zentrales Mittel der Ernährungssicherheit, des Klimaschutzes und des Erhalts der Biodiversität neu ausgeflaggt (vgl. ebd.).

Hoffnungen, der Krieg werde (bei allen Schrecken) ein Segen für die ökologische Wende, führt all dies ersichtlich ad absurdum. Selbst tragende Stimmen der Verschränkung von Klima- und Sicherheitspolitik konstatie-

ren inzwischen, die »offenkundige Fusion von Freiheitsschutz und Klimaschutz« beschleunige »die Abkehr von der fossilen Sucht nicht«; sie führe nur zur »hektischen Suche nach anderen Dealern« (Engel/Ulrich 2022). Im Kontext der Geschichte der Wechselwirkungen von Klima- und Krisenpolitik ist das allerdings wenig überraschend und das Projekt eines grünen Wachstums im deutschen Nationalkapitalismus war von jeher ein paradoxes Unterfangen mit verheerenden ökologischen Konsequenzen.

### **Eine kurze Realgeschichte des Verhältnisses von Klima und Notstandspolitik und globale Kollateralschäden hegemonialer Klimapolitik made in Germany**

Ökologische Destruktiveffekte von Kriegen, die CO<sub>2</sub> Bilanzen des Wiederaufbaus oder der Umstand, dass das Militär der größte globale »Klimakiller« ist, sprechen eigentlich hinreichend gegen ökologische Positiveffekte von Krieg und Notstandspolitik. Aktuelle Ambitionen, »Militär und Klimaschutz« für eine grüne Aufrüstung zusammen zu denken, um die Bundeswehr zur »Öko-Truppe« umzubauen (Cwiertnia et al. 2022), ändern daran wenig. Jenseits dieser unmittelbaren Effekte, führten disruptive Schocks bislang stets nur zur Vertagung der Klimawende oder führten die avisierten Maßnahmen ad absurdum.

Die auf der Konferenz von Rio (1992) in der Agenda 21 und der Klimarahmenkonvention verankerten Ziele (inklusive Ausgleich des Nord-Süd-Gefälles und klimapolitischer Generationengerechtigkeit) gerieten unter die Räder der durch Wettbewerbsförderung, Deregulierung und staatlicher Wachstumsstimulation bestimmten neoliberalen Restrukturierung der Weltwirtschaft und der nationalen Wettbewerbsstaaten. In der BRD wurden solche Reformen unter Grüner Regierungsbeteiligung durchgesetzt, wobei einige nationalökologische Erfolge (v.a. das EEG) an der globalen Gesamtbilanz wenig ändern. Als die lange verzögerte Endformulierung des Kyoto-Protokolls (1997) im Sommer 2001 endlich zur Ratifizierung vorlag, wurde das als »Sternstunde« multilateraler Klimapolitik gefeiert. Kurz darauf verschoben die Anschläge des 11. September und der folgende »War on Terror« den geopolitischen Fokus grundlegend. Den USA ermöglichte das den endgültigen Rückzug von der Ratifizierung des Protokolls. Dieses trat erst 2005 in einer weiter entkernten Fassung in Kraft, die v.a. Interessen der russischen Kohle-, Gas- und Ölwirtschaft berücksichtigte, um Russland zur Ratifizierung zu bewegen. Restambitionen, wenigstens die weichgespülten Kyoto-Beschlüsse umzusetzen, erhielten ihren Todesstoß dann ab 2007 im Notstand der Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise. Kurzfristige nationale Wirtschaftsrettungs-, Konjunktur- und Wachstumsimpulse (in der BRD etwa »Abwrackprämie« und »Wachstumsbeschleunigungsgesetz«) und langfristige Restrukturierungen der Weltwirtschaft verschärften die ökologischen Destruktionseffekte. Die engere Kopplung von Agrar- und Finanzsektor kurbelte etwa die Land- und Agrargüterspekulation an, wobei die Bio-Kraftstoff-Produktion (ein Eckpfeiler deutscher Klimapolitik) zur Haupttriebkraft des globalen Landgrabbing wurde. Großflächige Buschlandrodungen und die Zerstörung kleinteiliger Anbauflächen trugen hier zur Vernichtung von Biodiversität sowie von wichtigen Quellen des Abbaus und der Bindung von CO<sub>2</sub> bei. Abgesehen von den sozialen, politischen und ökonomischen Verheerungen in den Zielregionen, verschärfte diese Form von Klimaschutz also die Klimakrise. 2015 galten die Sustainable Development Goals der UN und das Pariser Klimaabkommen als Neubeginn globaler Klimapolitik. Sie wurden aber durch die Migrationskrise, den Aufstieg des Rechtspopulis-

mus und verstärkte Renationalisierung der Interessenpolitiken überlagert. Trotz des Wissens, dass der Klimawandel ein Hauptfaktor des wachsenden Migrationsdrucks ist, stand die Klimapolitik erneut zurück. Als die Prognosen des Weltklimarats immer drastischer ausfielen, die sich anbahnende Klimakatastrophe in vermehrten Wetterextremen spürbare Gegenwart wurde und fast allen Parteien die Fridays for Future Bewegung verbal umarmten, verschoben dann die Corona-Krise und die Folgelasten der Lockdowns die mediale Aufmerksamkeit und die politische Gestaltungsergie auf das Prinzip »Corona First« (Meer 2020).

Ein Rückblick auf 30 Jahre Klimapolitik – in deren Effekt der globale CO<sub>2</sub> Ausstoß von ca. 22 Milliarden Tonnen (1992) auf ca. 36 Milliarden Tonnen (2021) jährlich stieg – kommt zum Fazit: »Immer war was anderes«; Klimapolitik wurde stets »anderen Prioritäten« geopfert. Beispiele dafür, dass »Krisen quasi wie von selbst« hier ein höheres »Ambitionsniveau« bewirken, »finden sich jedenfalls nicht« (Loske 2022). Der Corona ablösende Kriegsnotstand fügt sich nahtlos in dieses Muster. Notstandspragmatismus bietet v.a. dankbare Gründe für die Neuvertagung der Klimawende, für Inkonsequenzen bei ihrer Umsetzung oder für ökologische Krisen verschärfende nationale Maßnahmen. Das (bereits am grünen Wahlprogramm und am Koalitionsvertrag absehbare) Verfehlen der Klimaziele kann nun zudem auf exogene Schocks der »Zeitenwende« und die Schuld Putins zugerechnet werden. Das gilt selbstverständlich auch für ökologische Destruktionseffekte deutscher Notstandspolitik: Da diese ja nur auf den Aggressor reagiert, seien etwa auch die durch den LNG Ausbau bedrohten Schweinswale »als Opfer Wladimir Putins« zu zählen (so Ulrich 2022b).

Selbst wenn die Schuldenbremse nicht nur für die Aufrüstung, sondern auch für die sicherheits- und verteidigungspolitisch aufgewertete Klimawende ausgehängt bleiben sollte, sind die Prioritäten im schlichten Kontrast des Bundeswehr-Sondervermögens von 100 Milliarden Euro zu den Ausgaben für die Energiewende deutlich. Zudem bleibt jede Energiewende ohne Reduktion des absoluten Energieverbrauchs (der wiederum eine radikale Transformation der Wirtschaftsform erfordert) in der globalen Ökologiebilanz eine Mogelpackung. So sind Solarzellen ein energie- und rohstoffintensives Produkt, das in Produktionsländern mit niedrigen Umweltstandards hohe ökologische Belastungen verursacht. Wachstumspakete zur Förderung des Kaufs E-mobiler Neuwagen oder effizienter Neugeräte sind klimapolitisch meist kontraproduktiv, da der globale Emissionsaufwand bei der Produktion die Einsparung in der durchschnittlichen Laufzeit übersteigt. Die Akkus zu den 15 Millionen E-Autos, die die Grünen bis 2030 auf deutsche Straßen bringen wollen, setzen die entgrenzte Extraktion begrenzter Ressourcen mit toxischen Methoden voraus, die im »globalen Süden« die Lebensgrundlagen ansässiger Bevölkerungen, aber auch lokale Ökosysteme zerstört. Dies gilt ebenso für die (in deutschen Nachhaltigkeitsszenarien zentrale) Aneignung des in synthetischen Kraftstoffen gespeicherten »Energieüberschuss« Nordafrikas.

Dies sind nur einige Beispiele für das oft verzeichnete Haupthindernis der Verwirklichung des Traums einer durch den Kriegsnotstand beförderten Klimawende: Klimaschutzpolitik wäre nur als globales Programm auf inter- und transnationaler Ebene realisierbar und hätte v.a. eine tiefgreifende Transformation der Wirtschafts- und Lebensformen sowie der globalen Ausbeutungsstrukturen zur Grundbedingung – nach dem Prinzip »alle oder keine:r« bzw. »alles oder nichts«. Eigentlich ist das ein Gemein-



platz, der selbst in den (an Selbstillusionierungen auch nicht armen) Sustainable Development Goals der UN verankert ist. Deren Grundprämissen lauten: »Integration: the Goals are inter-connected in a system. We cannot aim to achieve just one Goal. We must achieve them all«; »Universality: goals apply to every nation and every sector«; »Transformation: achieving these Goals involves making fundamental changes in how we live on Earth.« Das meint konkret, dass Klimapolitik (SDG 13) nur unter den Voraussetzungen sozial- und ökologisch verantwortlicher Produktions- und Konsumketten (SDG 12), des Abbaus von Armut (SDG 1) und Hunger (SDG 2), der Ermöglichung guter Arbeitsbedingungen (SDG 8) in allen Ländern sowie der Sicherung des Zugangs zu Wasser (SDG 7) und Gesundheitsversorgung (SDG 3) für alle Menschen möglich wäre, was neben Frieden (SDG 16) v.a. den Abbau globaler Ungleichheiten (SDG 10) und globale Partnerschaft bei der Umsetzung der Ziele (SDG 17) erfordert. Letzteres hieße etwa, dass Staaten des kapitalistischen Zentrums wenigstens Bruchteile ihrer historischen Klimaschulden bei Ländern der globalen Peripherie begleichen.

Das wäre das exakte Gegenteil des Heroismus nationaler Selbstbehauptung in jüngsten Verschaltungen von Klima und Krieg. Allerdings prägt grüne Politik seit Jahrzehnten der (den SDG gegenläufige) Trend, primär die Vereinbarkeit von Wirtschaftswachstum und Maximalkonsum mit ökologisch sauberen Statistiken für die eigene ›Nationalscholle‹ anzustreben, um ökologisch und sozial schmutzige Produktionsschritte in andere Weltregionen auszulagern – unter strategischer Ausnutzung und Vertiefung globaler Ausbeutungsstrukturen. Gerade die avisierte deutsche Energie- und Mobilitätswende setzt eine ökologisch destruktive Extraktionswirtschaft in anderen Ländern (bevorzugt des ›globalen Südens‹ fallweise

aber auch in der europäischen Semiperipherie) voraus, damit sich der ökologische Krisenexporteur Deutschland dann mit einiger Penetranz zugleich als Klimavorreiter inszenieren kann. Ökologisch begründete Widerstände gegen Kollateralschäden deutscher Klimapolitik in anderen Ländern, gelten dann nicht als Protest gegen die Ausbeutung und Vernichtung von Ressourcen, sie sind als Aufstände ›rückständiger Bauern‹ zu verurteilen, die aus reaktionären, nationalistischen Motiven ›unsere Energiewende‹ ausbremsen.<sup>8</sup>

Zur nachhaltigen Bilanz dieser Politik zählen dabei (neben ökologischen Verwüstungen): die Enteignung, Vertreibung und (wo nötig) Ermordung ansässiger Menschen, als Basis der Landnahme zur grünen Energieproduktion; die Zerstörung von Lebensgrundlagen, Produktionsstrukturen und Gemeinschaften; die Korruption lokaler Eliten, die die nötigen Maßnahmen gegen die Bevölkerung durchsetzen; damit auch die Erosion politischer Legitimität, die Destabilisierung nationaler Regierungen, die Zerstörung lokaler soziopolitischer Strukturen und mit all dem verbunden: die Zunahme inner- und zwischenstaatlicher Gewalt. Die post- und neokoloniale Schlagseite der Klimapolitik des ›globalen Nordens‹ zeigt sich letztlich auch in den alle Verhandlungen der Weltklimakonferenzen prägenden Hegemonieverhältnissen, die sich an den gewählten Orten der nächsten Klimagipfel gleichsam pragmasymbolisch verdichten: abgelegene Luxusresorts in autokratischen Staaten – Scharm el-Scheich für den COP27, Arabische Emirate für den COP28 – erschweren die Teilnahme von Delegationen und Klimaaktivist:innen aus dem ›globalen Süden‹ (die durch das Akkreditierungssystem ohnehin behindert wird) und schließen zivilgesellschaftlichen Protest nahezu aus. In den skizzierten Kontexten fungiert Klimaschutz made in Germany als tragendes Moment des Kampfs

um die Sicherung einer Hegemonieposition in globalen Verteilungskämpfen. In der »Externalisierungsgesellschaft« (S. Lessenich) der Gegenwart ringt die BRD primär um die Abwälzung globaler ökonomischer, sozialer und ökologischer Krisenlasten aus ihrem grünen »Heimatschutzgebiet« (vgl. u.a. Habeck 2018). Dass der Kampf um kriegswirtschaftliche Autarkie die Grünen nun zwingt, die ökologischen Verwüstungen der kapitalistischen Wirtschaftsweise auf die eigene nationale Scholle zurückzuholen und auch dort zu intensivieren, dürfte ihr größter Beitrag zur globalen Klimagerechtigkeit bleiben.

### **Kampf um nationale Selbstbehauptung in globalen Eskalationsspiralen oder globale Übergänge zu anderen sozialökologischen Reproduktionszyklen?**

Im gegenwärtigen geopolitischen Notstand kristallisieren sich an den militärischen Eskalationen in der Ukraine Konturen einer neuen globalen Blockspaltung heraus. Die Bedingungsfaktoren der (im Einzelnen kontingenten) Ereignisverkettungen und Entscheidungen bilden dabei langfristige globale Trends und Kriseneskalationen in den Kopplungen verschiedener gesellschaftlicher Zyklen (siehe J. Links Beitrag). Den strukturell tendenziell dominanten Basiszyklus der Kapitalakkumulation (monetäres Wachstum), an den via Lohnarbeit, Steuern und Staatschuld alle anderen gesellschaftlichen Zyklen gekoppelt sind, prägt dabei seit den 1970er Jahren eine strukturelle Akkumulationskrise. Eine kontinuierliche Überproduktion von nach Absatz suchenden Waren geht mit fortgesetzten Wachstums- und Profitklemmen einher. Bezüglich des Wachstumszyklus wurde dies durch eine Serie globaler Über- und Umschuldungskonstrukte zur Absatz- und Wachstumsstimulation gemanagt: Überschuldung der globalen Peripherie ab den 1970er Jahren; Überschuldung der Staatshaushalte des Zentrums in den 1980er und 90er Jahren (etwa durch militaristisches deficit spending im Wettrüsten); Überschuldung der Privathaushalte ab den 1990er Jahren. Möglich war das nur durch eine Deregulierung des Finanzsektors, die zugleich die Schuldenverschiebung in immer höherstufigen Derivatkonstruktionen erlaubte. Nach dem Kollaps der Spekulationsblasenökonomie folgten ab 2007 eine neue Explosion der Staatsverschuldung zur Wirtschaftsrettung und neuen Spekulationsökonomien. Die Profit-Sicherung und die Schuldendeckung beruht dabei vermehrt auf »ursprünglicher Akkumulation«, also auf der nicht-produktiven An- und Enteignung gesellschaftlicher Ressourcen und ihrer »Inwertsetzung«. Diese globale Bottom-Up-Umverteilung qua Landgrabbing, Sozialabbau, Privatisierung öffentlicher Güter etc., führt zu gravierenden Friktionen und Krisen in den sozialen und politischen Zyklen – Öffnung der sozialen Schere, Erosion des Systemvertrauens, Rechtspopulismus, Renationalisierung der Interessenpolitiken, Desintegration der EU.

Hinsichtlich des Kapitalzyklus markiert dabei die enorm gewachsene und weiter wachsende Arbeitsproduktivität einen innerhalb der Wirtschaftsform unlösbaren Strukturantagonismus: Die Nutzung menschlicher Lohnarbeit zur Warenproduktion ist die Grundlage jeder kapitalistischen Wert(ab)schöpfung. Steigende Arbeitsproduktivität bedeutet aber, dass für die Produktion immer größerer Warenmassen immer weniger gesellschaftliche Arbeit nötig ist. In der Marktkonkurrenz lässt der Güterüberfluss dabei die mit dem Absatz eines gegebenen Warenquantums realisierbaren Preise und Profite fallen. Zur Fortsetzung der Akkumulation qua Arbeitskraftverwertung müssen so immer mehr neue Waren immer schneller produziert werden. Ihr Absatz ist nur durch Verringerung der Le-

bensspanne (geplante Obsoleszenz) und systematische Gütervernichtung zu sichern. So macht die Vernichtung des Großteils der Vorjahreskollektionen zur Absatzsicherung neuer Kollektionen in der Kleidungsindustrie enorme Fortschritte; Abwrackprämien (relativ ineffizient), Kriege (hoch-effektiv) Agrargüterspekulation (stetig steigender Beitrag zur Lebensmitteleliminierung) sind weitere Beispiele.

Die Verwertung von Arbeitskraft bleibt also nur möglich, wenn zugleich der Durchsatz von Naturstoffen und Energie je Arbeitszeiteinheit stetig erhöht wird. Damit ist innerhalb der gesellschaftlichen Naturverhältnisse eine immer höherstufigere Eskalation des Antagonismus des entgrenzten Akkumulationszyklus zu den ökologischen Reproduktionszyklen unvermeidbar (wachsende Emissionen, Desertifikation, Artenvernichtung etc.). Der Motor dieses »destruktiven Wachstums« (A. Gorz) kann staatlich nicht einfach »abgeschaltet« werden, da die Staatshaushalte selbst und alle durch Gesundheits-, Bildungs-, Sozial- oder Umweltausgaben moderierten Reproduktionszyklen qua Steuern und Staatsschuld ebenso untrennbar an den Kapitalzyklus gekoppelt sind wie die Lohnarbeit (als zentrale Schaltstelle der Systemintegration individueller Lebenszyklen). Daher zielt staatliche Politik wesentlich auf die Reanimation alter oder die Implementierung neuer Wachstumskurven, was globale sozialökologische Destruktionsdynamiken weiter anheizt.

In diesen Konstellationen kämpfen nationale Wettbewerbsstaaten in der globalen Konkurrenz zunehmend um die Vermeidung des eigenen Abstiegs und die Krisenexternalisierung. Dabei bedienen sie sich aller Mittel, die ihnen jeweils verfügbar sind (inklusive strategischer Bündnis- und Blockbildungsoptionen). Das ist auch bei den laufenden geostrategischen Ausrichtungskonflikten und militärischen Eskalationen zu berücksichtigen. Jenseits der Medienpsychologien zu »Putins Innenleben«, befindet sich Russland in der prekären Position einer ehemaligen »Supremacht«, die auf den Status einer wirtschaftlich semiperipheren (vom Rohstoffexport abhängigen) Regionalmacht zurück gefallen ist. Angesichts des strukturell ungleichen Tauschs im Zentrum-Semiperipherie-Verhältnis, hat es vom Ausbau der Westbindung seit den 1990ern deutlich weniger profitiert als erwartet und ist vielmehr von weiteren Abstufungen akut bedroht. Zugleich verfügt es über enorme Militärkapazitäten. Eine offene Imperialstrategie zur Annektion neuer Extraktionsquellen (»Kornkammer Europas«) und sowohl handels- als auch militärstrategischer Knotenpunkte (Schwarzmeerhäfen) ist hier eine hochriskante und in nichts legitime, aber doch rationale Option – zumal wo die Nato Osterweiterung auch militärstrategische Interessen bedroht. Die USA befinden sich in der Position einer seit den 1990ern gegen den ökonomischen und geopolitischen Abstieg kämpfenden Hegemonialmacht im Niedergang, die in einer chaotischen multipolaren Welt zumindest die Emergenz einer neuen »Supremacht« zu verhindern sucht (vgl. Wallerstein 2003). Eine neue Blockspaltung (Decoupling von Russland und China) eröffnet hier Chancen zur Festigung prekärer ökonomischer und geostrategischer Bündnisse. Dabei haben die USA ihre ökonomische Hegemonie eingebüßt, können aber dank des nicht überbietbaren militärischen Drohpentials den »Schutzmacht«-Status ausspielen. Deutschland hat als Weltmeister des ökonomischen und sozialökologischen Krisenexports und v.a. ab 2007 als globaler Krisenprofiteur eine ökonomische und im Binnenraum der Germano-Europäischen Union auch politische Führungsposition erlangt – obgleich mit prekärer Legitimitätsbasis (der Umgang mit »Partnern« in der Staatsschuldenkrise hat verstimmt). Seine Optionen zur Wachstumsanreizung

(inklusive grünen Wachstums) sowie zum Eingehen multilateraler geostrategischer und ökonomischer Partnerschaften sind daher (noch) relativ hoch. Die temporäre ökonomische Ablösung von den USA und der Ausbau der Bindung zu Russland und China (gegen erklärte US-Interessen) zeigten das klar. Militärisch bleibt die BRD (vorerst) existentiell auf die US-Bindung innerhalb der Nato angewiesen. Ökonomisch und geostrategisch kann in der Neuvertiefung des ›transatlantischen Bündnisses‹ aber nun mindestens(!) ›Partnerschaft auf Augenhöhe‹ beansprucht werden, während das Decoupling von Russland (trotz sozialer Friktionen) durch andere Rohstoffdealer ausgleichbar ist. Diesen Anspruch zumindest formulierte der SPD Vorsitzende Klingbeil in seiner Grundsatzrede zur Tiergartenkonferenz am 22.6.2022: In der »neuen Weltordnung« die »wir« gestalten, fungiere ein »starkes Europa«, das »seine strategische Autonomie« gegenüber Russland und China »klug und resilient« ausbaut, »als Kern« des neuen westlichen Zusammenstands, auch »im engen Schulterchluss mit den USA« und anderen (inferioren) Partnern. Innerhalb dieses »Kerns« habe »Deutschland den Anspruch einer Führungsmacht«. Nach »80 Jahren der Zurückhaltung« käme »uns« endlich »eine neue Rolle im Internationalen Koordinatensystem« zu: »Deutschland steht immer mehr im Mittelpunkt« der Welt. Die »neue Rolle als Führungsmacht« verlange »harte Entscheidungen« (finanziell, sicherheitspolitisch, militärisch) sowie den Umbau der EU. Neben dem raschen Ausbau, der »europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik« zur neuen »Säule« der Nato, sei generell das »Einstimmigkeitsprinzip« abzuschaffen (wohl nicht zu Lasten der ›Führungsmacht‹), um die EU »schlagfertiger, handlungsschneller« zu machen. Ob der Ex-Exportweltmeister sich dabei nicht ebenso ›verzockt‹ wie es Putin oft zugeschrieben wird, ist freilich eine offene Frage – zumal im Fall des Decoupling vom wichtigen Handelspartner China (siehe C. Knoblochs Beitrag).

Für gegenhegemoniale Bewegungen gibt es keinen Grund, sich in den geostrategischen Ausrichtungskämpfen des neuen Weltordnungskriegs (siehe W. Kastrups Beitrag) auf die Seite eines Staats zu stellen, was Solidarität mit ukrainischen und russischen Zivilbevölkerungen, gegenhegemonialen Bewegungen oder Flüchtenden und Desertierenden nicht ausschließt. Für die Ziele der Klimabewegung bringt der Krieg in jedem Fall nur Rückschläge – egal wer welche Siege und Gewinne einstreicht. Die stets dürftigen Ansätze zu inter- und transnationaler Kooperation (jenseits von Worthülsen) werden durch eine neue Blockspaltung und die parallele Vertiefung multipolarer Spannungen zwischen nationalen Selbstbehauptungspolitiken noch prekärer. Eine globale Klimawende müsste hingegen die größten Emittenten und Rohstoffexporteure (also Russland und China) einbeziehen, was bei weiterer Ost/West-Entkopplung endgültig zur Quadratur des Kreises wird. Sichtbar wird das schon jetzt an den Vorbereitungen zum UN Klimagipfel im November: Im Schatten des Krieges verlaufen diese noch schleppender, verzetteln sich noch mehr in Diskussionen von Details (die eher für Nationalinteressen als für das Klima relevant sind) und blenden globale Zusammenhänge noch weiter aus als ihre Vorgänger (vgl. El Kortbi 2022).

Dennoch bleiben alle Bedingungen des guten Lebens für Alle greifbar vorhanden: Schon vor der Militäreskalation in der global relevanten ›Kornkammer‹ Ukraine wurden 56 % der jährlichen globalen Kalorienproduktion nicht bedürfnisorientiert verteilt, sondern durch Agrarspekulation, Fehlallokation oder zur Preisstabilisierung vernichtet. Jenseits monetärer Verwertungsprinzipien und Nationalinteressen wäre es keine Magie, die-

sen stofflichen Reichtum so zu verteilen, das niemand hungern und frieren oder auf sein (langlebigeres) Smartphone oder Reisen (die Reduktion von Bullshit-Arbeit ließe genug Zeit für Bahn und Schiff) ›verzichten‹ muss. Jenseits der Warenform wäre es ebenso wenig Magie, die Reproduktion des Güterreichtums im Einklang mit nicht mehr wachstumsgetriebenen sozial-ökologischen Reproduktionszyklen zu moderieren. Beides braucht kein ›männliches‹ Verzichts-, Leidens- und Kampffethos, sondern ›weibliche‹ Verständigung, Abstimmung, wechselseitige Empathie und Rücksichtnahme, Konsensfindung. Die globale Verdatung und digitale Vernetzung, die heute für profitgetriebene Algorithmen genutzt wird, könnte die bedürfnisorientierte globale Abstimmung enorm erleichtern.

Die Chancen, solche Potentiale zu nutzen, stehen schlechter denn je und verschlechtern sich weiter (just im Moment, in dem dieser Satz getippt wird). Alle Versuche in diese Richtung werden damit nur umso wichtiger. Auch das braucht keinen Heroismus, sondern geduldige praktische Kooperation und reflexiv-kollektive Lernprozesse. Immerhin reflektieren auch Klimaaktivist:innen, die die Anlehnung an Parteien intensiv suchten, dass Klimapolitik nicht parteigetriebene Notstandspolitik im Kriegsmodus sein kann und transnational vernetzte gegenhegemoniale Bewegungen braucht – so etwa Neubauer (2022) an prominenter Stelle in der ZEIT. Trotz der Trends zum binären Reduktionismus sind insofern komplexe Widerspruchskonstellationen auch im mediopolitischen Interdiskurs noch benennbar. Dass Möglichkeiten differenzierter kritischer Positionierungen (und kritischer Diskursanalysen) gegeben bleiben, spricht für fortbestehende Chancen neuer gegenhegemonialer Assoziationen. Ihr Einfluss muss nicht so gering bleiben, wie es momentan scheint.

#### Literatur:

- Bauchmüller, M. 2022: Robert Habeck und die Grenzen der Schweinswalliebe. In: SZ 5.5.2022.
- Cwiertnia, L./Friederichs, H./Joeres, A. 2022: Die Öko-Truppe. In: ZEIT Nr. 23/2022.
- El Kortbi, I. 2022: Ich nenne den Krieg Klimakrieg. In: Klimareporter 21.6.2022.
- Engel, F./Ulrich, B. 2022: Der verletzte Mensch. In: ZEIT Nr. 25/2022.
- Habeck, R. 2022: Es geht darum, sich nicht mehr so eng an Russland zu binden. In: Deutschlandradio 2.3.2022.
- Habeck, R. 2018: Grünen-Chef Habeck über Heimat. In: T-Online Nachrichten 25.3.2018.
- Heim, T. 2017: Der politische Rechts(d)ruck, die prozessierten Widersprüche des Neoliberalismus und die Strukturkrise kapitalistischer Vergesellschaftung. In: Aigner, I./Paul, J./Wamper, R./ (Hg.): Autoritäre Zuspitzung. Rechtsruck in Europa. Münster.
- Heim, T. 2020: ›Corona‹ als Katalysator der Diskursivierung gesellschaftlicher Antagonismen und als Faktor möglicher transnormalistischer Fluchtlinien? In: kultuRRRevolution Nr. 79.
- Heim, T. 2022: Mit grünen Sedativa und grünem Wachstum gegen ökologische Katastrophen? Denormalisierung sozial-ökologischer Reproduktionszyklen im grünen Kapitalismus. In: kultuRRRevolution Nr. 82.
- Ladurner, U 2022: Umweltprotest in Serbien: Der Bauernaufstand. In: ZEIT Nr. 22/2022.
- Loske, R. 2022: Putins Ukrainekrieg als Katalysator für die Energiewende? In: Klimareporter 28.3.2022.

- Matondi, P.B./Havnevik, K./Beyene, A. 2011: Biofuels, Land Grabbing and Food Security in Africa. London.
- Matzig, G. (2022): Klimawandel und Krieg: Wir sind Helden. In: SZ 27.4.2022.
- Meer, D. 2020: Kommunikation von ökologischer Nachhaltigkeit – Zur Funktion von Analogiebehauptungen im Rahmen der Klima-Corona-Krise. In: kultuRRvolution Nr. 79.
- Neubauer L. 2022: Nur weil die Richtigen regieren, wird nicht gleich richtig regiert. In: ZEIT Nr. 24/2022.
- Pinzler, P./Sauerbrey, A./Schieritz, M. 2022: Ganz bei uns. In: ZEIT Nr. 16/2022.
- Praschl, Wenn der Prepper recht behält. In: Welt 2.5.2022.
- Santos, R. [im Interview mit Grefe, C./Tönnesmann, J.] 2022: Muss der Naturschutz warten? In: ZEIT Nr. 16/2022.
- Schönberg, K. (2022): Artenschutz in Kriegszeiten: Sorry, liebe Schweinswale! In: TAZ 5.5.2022.
- Theurer, M. (2022): Habeck startet Flüssiggas-Offensive. In FAZ 29.1.2022.
- Ulrich, B. 2022a: Energiewende. Die Dämonen besiegen! In: ZEIT Nr. 11/2022.
- Ulrich, B. 2022b: Klimapolitik und Krieg: Sag mir, wo noch Blumen sind. In: ZEIT Nr. 20/2022.
- Wallerstein, I. 2003: The Decline of American Power. The U.S. in a Chaotic World. New York.
- Walsh, A.: Russlands Krieg in der Ukraine als Chance für das Klima. Deutsche Welle 4.4.2022.

## Mehr Krieg, um den Krieg zu beenden?

### Europas grüne Parteien auf bellizistischen Irrwegen

Einen Monat nach Kriegsbeginn hat der IPCC, eine internationale Expert\*innenengruppe der UNO, die sich mit dem Klimawandel befasst, den dritten Teil seines sechsten Berichts veröffentlicht, der sich mit den möglichen Lösungen zur Vermeidung einer planetarischen Katastrophe befasst. Doch nur wenige Politiker\*innen in Europa haben den Bericht zur Kenntnis genommen und sich mit der Dringlichkeit der Situation auseinandergesetzt, die nach Ansicht der Expert\*innen nur drei Jahre Zeit zum Handeln lässt.

Während ihrer fast dreistündigen Debatte widmeten die beiden Anwärter\*innen auf die französische Präsidentschaft, Marine Le Pen und Emmanuel Macron, der Klimafrage nur 18 Minuten. Das zeigt, dass sie eindeutig keine Priorität hat. Man könnte argumentieren, dass dies auf die Invasion in der Ukraine zurückzuführen ist und ihre weitreichenden Folgen. Andere wichtige Themen wurden in den Hintergrund gedrängt und die politische Agenda auf dem gesamten Kontinent veränderte sich.

Ein bisher eher unerwarteter Effekt ist, dass die grünen Parteien die Aufrüstung befürworten und ihr Bekenntnis zum Pazifismus aufgeben, wobei sie vergessen, dass Kriege große Mengen an Treibhausgasen produzieren und katastrophale Auswirkungen auf die Umwelt haben. Dieser Artikel zeichnet die Entwicklung der Grünen in Frankreich, Deutschland und Bulgarien seit dem Beginn des Konflikts nach und untersucht die Veränderungen ihrer Positionen zum Krieg.

#### Die Grünen in Frankreich: Der müde Rahmen der »humanitären Intervention«

Seit ihrer Gründung in den 1980er Jahren stehen die französischen Grünen in der Außenpolitik in der Tradition des Pazifismus und vertreten gewaltfreie, antinukleare und antimilitärische Positionen. Einer ihrer wichtigsten Werte ist die Überzeugung, dass Konflikte durch Diskussion und Transparenz friedlich gelöst werden können. In diesem Sinne stimmte die Partei 1990 fast einstimmig gegen den Einmarsch des Irak in Kuwait.

Einige Jahre später wurde der Pazifismus der Grünen jedoch von einigen Ausnahmen unterbrochen. Im Jahr 1999 unterstützte die Partei die NATO-Militärintervention im Kosovo, 2011 stimmten zwei Abgeordnete für die Fortsetzung der Militäroperationen in Libyen und zwei Jahre später unterstützte die Parteiführung den Angriff auf Syrien. Heute rechtfertigt die Partei die Anwendung von Gewalt mit dem abgedroschenen Begriff der »humanitären Intervention«.

Auch der Parteivorsitzende und Präsidentschaftskandidat Yannick Jadot rief unmittelbar nach Beginn des Krieges in der Ukraine am 24. Februar dazu auf, Waffen zu schicken und Sanktionen gegen Russland zu verhängen, eine Entscheidung, die von den Parteimitgliedern nicht einstimmig unterstützt wurde. Die Abgeordnete Bénédicte Monville argumentierte, dass man zunächst einen Waffenstillstand fordern und die Positionen der Gewaltlosigkeit aufrechterhalten müsse, bevor man Waffen schicke, und sah in Jadots Aktion eine populistische Strategie, um die eher hawkistischen Wähler zu gewinnen. Andere forderten, zuerst den russischen Pazifist\*innen zu helfen. Dies steht in deutlichem Gegensatz zu der 2014 von der Partei nach den Maidan-Ereignissen verabschiedeten Resolution zum Frieden in der Ukraine, in der sie erklärte, dass der Druck der EU auf Russland nur diplomatisch, politisch und wirtschaftlich und niemals militärisch sein kann, und darauf bestand, dass die Aufnahme der Ukraine in die NATO ausdrücklich ausgeschlossen werden muss.

Zusätzlich zu den Waffenlieferungen forderte Jadot massive Sanktionen gegen die Staatsoligarchie des Putin-Regimes und bekräftigte, dass ein Friedensprojekt notwendigerweise ein Gleichgewicht der Kräfte vis-à-vis Putin voraussetzt. Dazu gehöre eindeutig ein Embargo für russisches Öl und Gas, das sich unweigerlich auf die Energiebeschaffungsmöglichkeiten Frankreichs und Europas auswirken würde. Um jeglichen Wettbewerb zwischen den Ländern zu vermeiden, schlug der Parteivorsitzende der Grünen vor, einen einzigen Staat in Europa als Abnehmer des in Russland geförderten Gases zu benennen, um so die EU-Richtlinien zur Liberalisierung der Energiepreise auszusetzen und eine Preisregulierung einzuführen.

ren. Außerdem schlug Jadot vor, auf Supermärkten, Schulen und anderen Flachdächern Fotovoltaikanlagen zu installieren, denn Ökologie bedeute »Frieden, Klima und Kaufkraft zugleich«. Den IPCC-Bericht erwähnte er allerdings nur flüchtig in einem einzigen Tweet.

Inmitten des Kampfes mit den russischen Oligarchen ist Jadot der Meinung, dass das Öl- und Gasembargo auf die französischen Ölgesellschaften ausgedehnt werden muss, und kritisiert sie dafür, dass sie Russland nicht verlassen haben, wie Shell, Exxon Mobil und BP, was impliziert, dass sie an Kriegsverbrechen in der Ukraine beteiligt sind. Es ist ziemlich offensichtlich: not all of them left. Auf dem Höhepunkt des Präsidentschaftswahlkampfes forderte Jadot, Macron solle französische Ölfirmen zwingen, Russland zu verlassen.

In diesem Debakel bezeichnete der andere grün-linke Präsidentschaftskandidat der Union populaire Jean-Luc Melenchon den Vorschlag, Waffen in die Ukraine zu schicken, als »Dummheit« und fügte hinzu, dass die Lage in Europa derzeit unglaublich angespannt sei und man vorsichtig handeln müsse. Für diese Position wurde der Vorsitzende der Linkspartei sofort von den Grünen beschuldigt, sich auf die Seite Putins zu stellen. Im Gegensatz zu Jadot lehnt Melenchon ein Embargo für russische Kohlenwasserstoffe ab, da dies schädliche Auswirkungen auf Europa hätte und dessen Abhängigkeit vom teureren Schiefergas aus den USA verstärken würde. Stattdessen schlug er Preiskontrollen und einen einheitlichen Preis für ganz Europa vor. Während er den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj verteidigte, erklärte er außerdem, dass Frankreich in seinen internationalen Beziehungen bündnisfrei sein und die Möglichkeit haben sollte, seine eigenen Verhandlungen zu führen, und erinnerte an die vergessene Idee, alter-globalistische Allianzen zu schmieden, um Konflikte zu verhindern und gemeinsam gegen den Klimawandel vorzugehen – eine Position, die Jadot als Kapitulation gegenüber Putin bezeichnete.

Am 12. März erreichte der Parteivorsitzende der Grünen in den Umfragen 11,65 Prozent, Melenchon 12 Prozent. Die Kluft vergrößerte sich bis zum ersten Wahlgang am 10. April erheblich, als der erste 4,65 Prozent und der zweite 21,95 Prozent der Stimmen erhielt.

### **Die Grünen in Deutschland: Praktisch ein Aufruf zum Dritten Weltkrieg**

Im Wahlkampf des vergangenen Jahres propagierten die Grünen in Deutschland Abrüstung und eine »wertebasierte Außenpolitik«. Begleitet von einem werbewirksamen Auftritt ihres Co-Vorsitzenden Robert Habeck in der Ukraine, wo er für Waffenlieferungen plädierte und in militärischer Ausrüstung für vielbeachtete Fotos nahe der russisch-ukrainischen Grenze posierte, zeigte dieses Kampagnenelement dem kritischen Auge deutlich, was »wertebasierte Außenpolitik« für die Grünen bedeutet: Sie würden »notfalls für Werte in den Krieg ziehen«, wie sie es schon bei ihrer ersten Regierungsbeteiligung vom 27. Oktober 1998 bis zum 22. Oktober 2002 im ersten Kabinett Schröder taten.

Die Grüne Partei wurde 1980 gegründet und ging aus verschiedenen demokratischen Bewegungen wie Anti-Atomkraft-, Umweltschutz-, Frauenrechts-, Friedensbewegung und Dritte-Welt-Gruppen hervor. Die Partei strebt eine gewaltfreie Gesellschaft an und vertritt die Auffassung, dass kein humanes Ziel mit unmenschlichen Mitteln erreicht werden kann.



Eine zentrale Position war die Auflösung der Militärblöcke, vor allem der NATO und des Warschauer Paktes, einschließlich der deutschen Streitkräfte.

Diese Position wurde erstmals 1999 verraten, als der damalige grüne Außenminister Joschka Fischer eine Kehrtwende vollzog und – während er völkerrechtswidrige Aktionen vorbereitete – erklärte, es sei die »moralische Verpflichtung« Deutschlands als eines der größten NATO-Mitgliedsländer, sich an der US-geführten Militärintervention im Kosovo zu beteiligen. Es war der erste Krieg, an dem sich Deutschland seit 1945 aktiv beteiligte, und er verlief nicht ohne innere Unruhen. Die österreichische Schwesterpartei der Grünen verurteilte die französischen und deutschen grünen Kriegstreiber, was jedoch nicht zu einer Spaltung auf europäischer Ebene führte.

Im Rahmen ihres Wahlprogramms 2021 propagierten die Grünen in Deutschland Abrüstung und Rüstungsexportkontrolle, die sie für zu lax hielten. Obwohl sie die NATO für einen unverzichtbaren Akteur für die gemeinsame Sicherheit Europas hielten, kritisierten sie die NATO-Richtlinien, zwei Prozent des BIP für Verteidigung auszugeben, als »willkürlich« und lehnten den Transport amerikanischer Atomwaffen mit Jets aus Deutschland ab. Andererseits sprachen sie sich dafür aus, mit Russland in Kontakt zu bleiben und den Handel mit der EU zu fördern, ohne jedoch Waffen aus Deutschland in Kriegsgebiete und Diktaturen zu exportieren. Paradoxerweise ergab eine kürzlich durchgeführte Untersuchung, dass Deutschland nach dem Embargo von 2014 mit Ausfuhren im Wert von 122 Millionen Euro der zweitgrößte Waffenexporteur nach Russland war.

Heute jedoch scheinen die Grünen eine Kehrtwende vollzogen und eine kriegerischere Position eingenommen zu haben. Sie glauben, dass eine massive Bewaffnung der Ukraine die einzige Option ist, während sie gleichzeitig nach Wegen suchen, um schnell von Russland energieunabhängig zu werden. Wenige Wochen vor Beginn des Krieges verkündete die derzeitige grüne Außenministerin Annalena Baerbock, dass Deutschland aufgrund seiner »historischen Verantwortung« keine Waffen an die Ukraine liefern könne und betonte, dass Diplomatie der einzig gangbare Weg sei. Ein paar Wochen später schlug Baerbock vor, schwere Artillerie in die Ukraine zu schicken und die Position »nichts, was schießt« durch »alles, was schießt« zu ersetzen, während sie gleichzeitig zusätzliche 100 Milliarden Euro für die deutschen Streitkräfte befürwortete.

Sogenannter »Pragmatismus« und »Realismus« haben den traditionellen »grünen Pazifismus« abgelöst. Oder man könnte auch sagen: Die »wertebasierte Außenpolitik« hat wieder ihr wahres Gesicht gezeigt. So betonte

der grüne Bundestagsabgeordnete Anton Hofreiter, dass man keine andere Wahl habe, als Waffen zu schicken, und dass man, wenn man jetzt nicht handle, den Krieg in die Länge ziehe. Eine weitere Grünen-Politikerin, Marieluise Beck, die vielleicht profilierteste Kritikerin des Putin-Regimes in der Partei, ging sogar noch weiter als Hofreiter, indem sie dazu riet, dass Deutschland trotz seiner Energieabhängigkeit kurzfristig schwere Sanktionen gegen Russland verhängen sollte. Darüber hinaus schlug sie vor, dass Deutschland und Frankreich den Luftraum für russische Flugzeuge sperren sollten, womit sie praktisch einen Dritten Weltkrieg forderte.

Dieser Wandel »traditioneller grüner Positionen« zum Krieg, der sich für kritische Beobachter\*innen seit Jahrzehnten abzeichnet, ist nicht ohne interne Konflikte verlaufen. Timon Dzienus, Bundessprecher der Grünen Jugend, nannte die Aufstockung der Mittel für die Bundeswehr »einen sehr fatalen Schritt«. Die Unabhängige Grüne Linke, eine Basisgruppe innerhalb der Grünen, wandte sich in einem offenen Brief an die Parteispitze gegen Waffenlieferungen an die Ukraine und forderte, sich bei der russischen Regierung für eine sofortige Einstellung aller militärischen Aktivitäten und eine Rückkehr zu Verhandlungen einzusetzen. Die Gruppe erklärte, dass Waffenlieferungen den Menschen in der Ukraine den falschen Glauben vermitteln, dass sie eine militärische Chance gegen Russland haben, und die unverständliche, aber berechtigte Frage aufwerfen, ob sie eine weitere Eskalation und sogar einen Atomkrieg provozieren.

Inmitten des internen Konflikts navigieren die Parteivorsitzenden weiterhin durch die stürmischen Gewässer der Überschreitung anderer ehemaliger »roter Linien«. Obwohl Olaf Scholz und sein Kabinett versprochen, ein Gesetz einzuführen, das bis 2035 einen Anteil von nahezu 100 Prozent erneuerbarer Energien vorschreibt, wird zunächst mehr CO<sub>2</sub> ausgestoßen. Während der Atomausstieg wie geplant fortgesetzt wird, könnten die deutschen Kohlekraftwerke eine Verlängerung um einige Jahre über die von den Grünen ausgehandelte Frist bis 2030 hinaus erhalten. Waffenexporte an ein autoritäres Regime mögen verboten sein, aber der Handel mit Gasgeschäften mit einem anderen wird als akzeptabel angesehen.

Um sich neue Energiequellen zu sichern, reiste Robert Habeck – derzeit grüner Minister für Wirtschaft und Klimaschutz – im März nach Katar, dem Land der Fußballweltmeisterschaft 2022, das viele Grüne zu boykottieren versprochen und in dem Arbeits- und Menschenrechte kaum gelten. Außerdem verhandelte Habeck über Flüssiggaslieferungen, die die Grünen als klimaschädlich brandmarkten und bis vor kurzem strikt ablehnten. Der Krieg zeigt, dass der Übergang zu erneuerbaren Energien von den Grünen ebenso als nationale Sicherheitspolitik wie als Klimapolitik betrachtet wird, wobei die ersteren Grundsätze »pragmatischen«, wenn auch widersprüchlichen Lösungen weichen.

Dieser Bruch mit früheren Prinzipien hat sich für die Grünen als lukrativ erwiesen und ihre beiden Minister Habeck und Baerbock zu den beliebtesten Politiker\*innen in Deutschland gemacht. Dahinter steht Olaf Scholz, der sich lange weigerte, schwere Waffen in die Ukraine zu schicken, was Baerbock mit den Worten kritisiert: »Jetzt ist nicht die Zeit für Ausreden«. Der Co-Vorsitzende der Grünen, Omid Nouripour, betonte, dass die derzeitigen Lieferungen ins Schlachtfeld unzureichend seien und schloss eine Normalisierung der Beziehungen zu Russland ohne einen Wechsel in der Führung des Landes aus. Gleichzeitig argumentierte Verteidigungsministerin Christine Lambrecht, dass Deutschland keine Panzer aus seinen

eigenen Beständen an die Ukraine liefern könne, da es diese sowohl für seine eigene Verteidigung als auch für NATO-Aufgaben benötige. Diese Pattsituation wurde von US-Verteidigungsminister Lloyd Austin während seines Besuchs im April »gelöst«, als die Entscheidung über die Lieferung von Panzern an die Ukraine hinter verschlossenen Türen mit Regierungsvertreter\*innen in Deutschland getroffen wurde, was zeigt, dass nichts, auch nicht die mächtigste Wirtschaft Europas, den außenpolitischen Interessen der USA im Wege stehen darf.

### Die Grünen in Bulgarien: »Alle notwendigen wirksamen Maßnahmen« ergreifen

Die Grüne Partei in Bulgarien wurde 2008 gegründet, nachdem sich zahlreiche ökologische Nichtregierungsorganisationen zusammengeschlossen hatten, und hat eine eher kurze Geschichte. Mit einer liberalen, antikommunistischen politischen Plattform erzielten sie viele Jahre lang kaum nennenswerte Wahlergebnisse, aber 2021 schlossen sie sich einer Koalition aus zwei rechtsliberalen Parteien namens Demokratisches Bulgarien an. Gemeinsam schafften sie es, in die Regierung einzutreten und haben nun sogar das Ministerium für Umwelt und Wasser inne – ihr bisher wichtigster politischer Erfolg. Obwohl ihr Wahlprogramm den Frieden hochhält, ist ihre Position heute alles andere als friedlich und setzt die militärische Unterstützung der Ukraine mit dem Schutz der Demokratie gleich, ähnlich wie ihre Pendants in Frankreich und Deutschland, jedoch mit einer ausgeprägteren antirussischen ideologischen Ausrichtung.



Seit dem Ausbruch des Krieges wird darüber debattiert, ob Waffen in die Ukraine geliefert werden sollen, um das Land bei der Verteidigung gegen den Aggressor zu unterstützen oder nicht. Die regierende Koalition aus vier politischen Parteien hat Schwierigkeiten, zu einer einstimmigen Entscheidung zu gelangen, wobei die bulgarische sozialistische Partei entschieden dagegen ist und sogar die Stabilität der Regierung bedroht. Die gleiche Position – allerdings auf der anderen Seite des politischen Spektrums – vertritt das Demokratische Bulgarien, das versucht, einen Weg zu finden, die Sackgasse zu umgehen und den »moralischen« Krieg zu gewinnen. Am 19. März beschloss die Grüne Partei, der Nationalversammlung eine Anhörung des ukrainischen Präsidenten vorzuschlagen. Am 30. März gab das Demokratische Bulgarien eine Erklärung zur Aufnahme von Konsultationen im Parlament zur militärischen Unterstützung der Ukraine und zur Verteidigung der »Freiheit, Solidarität und Sicherheit in Europa« ab.

Die Grünen zeigten ihre Solidarität auch auf andere Weise, als eines ihrer Parteimitglieder und ehemaliger Kandidat für die Nationalversammlung kurz nach Ausbruch des Krieges dem Bataillon der ausländischen Kämpfer beitrug. Die Partei unterstützte auch lautstark den Friedensmarsch »Wir sind nicht neutral«, der eine Verschärfung des Krieges durch Waffenlieferungen forderte. Paradoxerweise sind die Grünen der Ansicht, dass die Ergreifung »aller notwendigen wirksamen Maßnahmen«, zu denen Friedensverhandlungen offenbar nie gehören, die Zahl der Opfer begrenzen, die Zerstörung von Städten in der Ukraine verhindern, den Aggressor abwehren und letztlich den Krieg beenden wird.

In einem kürzlich geführten Interview sagte der grüne Umweltminister Borislav Sandov sogar, dass ein Verzicht auf militärische Unterstützung für die Ukraine die Selbstisolierung Bulgariens und seine Loslösung von seiner »zivilisatorischen Wahl« – der EU und der NATO – bedeuten würde. Er ging sogar so weit, anzudeuten, dass dies die Position Bulgariens gegenüber Nordmazedonien untergraben würde, gegen das Bulgarien 2019 ein Veto einlegte, als es versuchte den Status eines EU-Kandidatenlandes zu erhalten. Alles, was nicht zu mehr Aufrüstung führt, wird schnell als Abweichen vom »gerechten« Weg der EU-Entwicklung abgetan, ohne eine solche Entwicklung in Frage zu stellen. Ironischerweise erwähnte die grüne Bewegung den neuesten IPCC-Bericht in einem einzigen Facebook-Posting – inmitten all des Waffengefechts.

Es ist keine Überraschung, dass Bulgarien als großer Waffenproduzent seit Kriegsbeginn massiv über Stellvertreter in die Ukraine exportiert hat. Als dies aufgedeckt wurde, folgten Vergeltungsmaßnahmen seitens Russlands. Unter dem Vorwand, Bulgarien weigere sich, für russisches Gas in Rubel zu zahlen, kündigte Gazprom am 26. April an, die Gaslieferungen an Bulgarien mit sofortiger Wirkung einzustellen. In Vorbereitung auf eine solche Wende schlug der Co-Vorsitzende der Grünen Partei, Vladis-

lav Panev, vor, den Markt noch stärker zu liberalisieren, um den Verbraucher\*innen die Möglichkeit zu geben, ihre eigene Energie zu produzieren. Eine Position, die in krassem Widerspruch zu der ihrer Genoss\*innen in Frankreich steht.

Unter dem Strich sind die weitreichenden Folgen des Krieges auch an den grünen Parteien in ganz Europa nicht vorbeigegangen, die sich für mehr Krieg einsetzen, um den Krieg zu beenden. Ihre Vision einer »pragmatischen« Lösung, die sich auf die Entsendung von Waffen und die Verhängung von Sanktionen beschränkt, hat ihren Anspruch auf Gewaltlosigkeit aufgegeben und gezeigt, dass sie sich der Doktrin der »gerechten« Gewalt für humanitäre Zwecke« verschrieben haben. In wirtschaftlicher Hinsicht hat ihre Reaktion die ideologischen Unterschiede innerhalb der grünen Parteien offengelegt. Auf der anderen Seite haben sich die linken und nominell linken Parteien in Frankreich, Deutschland und Bulgarien alle gegen die Lieferung von Waffen in die Ukraine gewehrt. Die Begrenzung der öffentlichen Debatte seit Beginn des Krieges auf die Frage, ob die Ukraine militärisch unterstützt werden soll oder nicht, hat sich nachteilig darauf ausgewirkt, die Dringlichkeit des Klimawandels und die Notwendigkeit von Maßnahmen zu verdeutlichen und in Erinnerung zu rufen. Stattdessen hat sie es ermöglicht, sich ein noch früheres Ende der Welt vorzustellen, als es die langsame Gewalt der Klimakatastrophe mit sich bringen würde.

*Rositsa Kratunkova*

(aus der Textreihe »After Extractivism« der Berliner Gazette.)

<https://berlinergazette.de/gruene-parteien-krieg-in-europa/>

## Und nach dem Krieg?

### Die Aussichten sozialer Kämpfe in der Ukraine, Belarus und Russland

*Die russische Invasion der Ukraine hat Osteuropa ins Chaos gestürzt, und ein ohnehin volatiles Gleichgewicht der Weltordnung zerstört. Aber was wird auf den Krieg folgen? Und welchen Einfluss wird das auf die Chancen von revolutionären Bewegungen in der Region haben?*

Der Krieg hat Nationalist\*innen und Militarist\*innen fruchtbaren Boden für die Rekrutierung in der Ukraine, Russland, Polen und anderswo in Europa bereitet. Die Waffen, welche die NATO in die Ukraine liefert, werden dort und in der Region auf Jahre hin bleiben und zu einer Erhöhung der Totenzahlen in zukünftigen Bürgerkriegen führen, wie anhand der Stellvertreterkriege im Donbas und in Syrien zu beobachten ist. Die Soldat\*innen, die die Kämpfe überleben, werden die Konsequenzen von traumatischen Erfahrungen zurück in ihre Community tragen, oder als Söldner\*innen in andere Gemeinschaften, in zukünftigen Auseinandersetzungen, bringen. Patriarchat und Fundamentalismus verstärken sich normalerweise als Konsequenz von Kriegen, wie wir im Libanon, in Palästina oder im Iran und in Afghanistan gesehen haben –und, wenn auch

in geringerem Ausmaß, in den USA, nach der Invasion von Afghanistan und dem Irak.

Wie der Ukrainische Präsident Volodymyr Zelenskyy feststellte, ist dieser Krieg ein Schritt in Richtung dauerhafter Militarisierung, in der das israelische Modell der Militärpolizei zur Norm wird, und brutaler Zwang zum meistgenutzten Mittel wird, politische Differenzen aufzulösen. Große Flüchtlingsgruppen werden durch Kriege, wirtschaftliche- und ökologische Krisen vertrieben und, hierarchisch aufgeteilt nach nationaler und ethnischer Herkunft, entweder willkommen geheißen im (neuen) Zuhause, in überfüllte Internierungslagern untergebracht oder durch Pushbacks im Grenzgebiet dem Tod ausgeliefert.

Als Antwort hierauf hoffen Anarchist\*innen mit einer anderen Vision für die Zukunft voranzukommen, und Solidarität zwischen Bewegungen gegen den Krieg und anti-nationalen und anti-staatlichen Bewegungen, über alle Grenzen und Unterschiedlichkeiten hinweg, zu etablieren. Mit

Graswurzel-Aktionen versuchen wir – anstatt uns mit irgendwelchem Regierungs- oder Kapitalismus-Klüngel zu identifizieren – darauf hinzuweisen, welche Untaten begangen werden, um die Untaten anderer zu entschuldigen. Wir zielen darauf ab, Kriege und Ausbeutung zu beenden. Bei der Prioritätensetzung hierfür kann es uns helfen, die Herausforderungen für soziale Bewegungen in der Region nach dem Kriegsende zu antizipieren.

Gemeinsam mit unseren russischen Gefährt\*innen haben wir eine Übersetzung des folgenden Artikels von Vladmimir Platonenko vorbereitet, der sich damit beschäftigt, wie die Aussichten für soziale Kämpfe in der Ukraine, Belarus und Russland nach Kriegsende sind. Obwohl Platonenko fest damit rechnet, dass Russland sicher besiegt werden wird – was wir keinesfalls für so sicher halten – finden wir den Text wertvoll, in Hinblick darauf, dass er aufzeigt, welche Gefahren darin liegen, sich mit der Ukrainischen Regierung zu identifizieren, und er die Verantwortung russischer Liberaler für die Situation Russlands heutzutage betont – was man auch für den Fall, dass Putin wie auch immer an Macht verliert, nur wiederholen kann.

## Krieg und soziale Kämpfe in der Ukraine

Das Schlimmste, was Putin in der Ukraine getan hat, ist die Versöhnung der Bevölkerung mit der Regierung herbeizuführen [sic – vermutlich meint der Autor „neben der Ermordung, Verletzung und Vertreibung unzähliger Menschen“]. Der Präsident hat sich von einer Zielscheibe universeller Kritik in einen ukrainischen Charles de Gaulle[1] verwandelt. Der Kopf des ukrainischen Innenministeriums bietet sich der russischen Armee im Austausch für Bürger\*innen einer belagerten Stadt an und wird dadurch zum Volkshelden. Die gesamte Bevölkerung der Ukraine, vom Obdachlosen zur Oligarchin vereint im gemeinsamen Kampf. Genau wie 1941 in der Sowjetunion, als alle an Stalins Aufrichtigkeit glaubten, als er alle als „Brüder und Schwestern“ bezeichnete. Wenn mensch dies als inneren Krieg der Sowjetunion bezeichnen kann, kann mensch die Situation heute als inneren Krieg der Ukraine bezeichnen. Kharkiv und Mariupol werden zu Stalingrad, Leningrad oder zur Brester Festung. Erinnerungst du dich, wie Vysotsky von der Leningrader Blockade sang: „Alle verhungerten, sogar der Staatsanwalt“? Nun, nicht alle hungerten, und keiner der höheren Staatsdiener starb an Mangelernährung. Aber in der Erinnerung der Menschen blieb es, wie vom Dichter besungen. Dasselbe wird von Mariupol oder Kharkiv gesagt und gesungen werden.

Und ist der Krieg vorbei, wird mensch ihn für alle Härten verantwortlich machen. Die Hungrigen und Heimatlosen werden dadurch getröstet werden, dass sie Sieger\*innen sind. Und der „soziale Maidan“, der Aufstand[2], der unter der Oberfläche in der Ukraine gebrodelt hatte, wird auf lange Zeit aufgeschoben.

Das ist auch nach der Annexion der Krim geschehen. 2014 auf dem Maidan hatten viele Menschen gesagt, dass sie sich nach Yanukovich um die Oligarch\*innen kümmern müssten. Nachdem Russland die Krim eingenommen hatte, war das vergessen.[3] „Jetzt nicht. Das Vaterland ist in Gefahr.“ Das passiert nun wieder, in sehr viel harscherem Tonfall.

Um fair zu sein: die Widersprüche zwischen Regierung und Bevölkerung, und die Interessensunterschiede zwischen Ober- und Unterschicht sind

nicht verschwunden. In der Region von Poltava wurden, wenn ich mich nicht irre, elf russische Panzer von der Armee konfisziert, die die Dorfbewölkerung als Pflug oder Traktor nutzen wollte. Aber für den Moment werden solche Widersprüche zu Gunsten der Regierung aufgelöst, im Namen des gemeinsamen Sieges.

Eine Sache konnte die Ukraine immer gut: es war stets normal, die Herrschenden abzusetzen, die der Bevölkerung missfielen. Dies unterschied die Ukraine von Muscovy (dem antiken Russland), wo die Person des Zaren als heilig galt. Die Ausnahme war die Zeit der Wirren, die durch den Kaufmann (Minin) und den Prinzen (Pozharsky) beendet wurde. Aber in der Ukraine galt immer die Regel, dass unpopuläre Führer abgesetzt wurden. Wie viele Kosaken-Anführer mit ihrer Position und manchmal mit ihrem Leben für „unpopuläre Maßnahmen“ gezahlt haben! Diese ukrainische Tradition reicht zurück bis in die Kosakenzeit. Ob diese Tradition nun noch Bestand haben wird, ist schwer zu sagen.

Es besteht die Möglichkeit, dass dies so bleibt. Nicht nur die Ukrainische Armee kämpft gegen Russlands Armee, sondern auch die territorialen Verteidigungseinheiten. Um es anders auszudrücken: gewöhnliche Leute, die jetzt Waffen besitzen. Es könnte sein, dass sie diese behalten. Sie werden das Gefühl haben, am Sieg beteiligt zu sein und dafür Respekt von der Regierung fordern. Diese wird nicht in der Lage sein, sie einfach auf Lager zu verteilen, wie es Stalin mit Veteranen im zweiten Weltkrieg getan hatte.

Aber die Regierung kann die Leute hereinlegen, indem sie deren Ärger vom Staat auf den Außenfeind lenkt. Das wird besonders leicht werden, wenn Russland unterliegt, aber nicht erledigt wird. Nicht zu vergessen, dass all dies nach dem Sieg geschehen wird. Und davor herrscht der heilige Krieg, in dem Bevölkerung und Partei vereint sind. In diesem Fall Bevölkerung und Regierung.

## In Belarus

Während in der Ukraine der Krieg die Machthaber mit der Bevölkerung versöhnt hat, oder eigentlich die Bevölkerung mit den Mächtigen, dann ist in Belarus eher das Gegenteil der Fall. Lukaschenko ist nicht auf Krieg erpicht. Er will auch nicht in diesen Showdown verwickelt werden. Er wird jedoch eine Rolle darin spielen, auch wenn sie nur darin besteht, dass er Putins Armee erlaubt, sein Territorium zu durchqueren. Die Frage, ob die belarussische Armee sich am Krieg beteiligt, bleibt offen.

Die Bevölkerung will keinen Krieg mit der Ukraine. Die Menschen organisieren sogar Sabotageakte auf Bahnschienen. Mehr noch, belarussische Freiwillige kämpfen bereits auf der Seite der Ukraine in einer eigenen Einheit [4]. Es ist klar, dass dies in der Zukunft die Basis einer Anti-Lukaschenko Armee sein wird. Leicht vorstellbar auf wessen Seite die Sympathien der Mehrzahl der belarussischen Menschen liegen wird, wenn es zu einem Krieg zwischen Befürworter\*innen und Gegner\*innen Lukaschenkos kommt. Da der Westen Lukaschenko nicht als legitimen Präsidenten anerkennt, muss angenommen werden, dass die Anti-Lukaschenko-Armee keinen Mangel an Nahrungsmitteln, Ausrüstung oder Waffen haben wird. Und höchstwahrscheinlich wird sie gewinnen. Die Frage ist, was danach in Belarus passieren wird.

Die belarussischen Liberalen haben gezeigt, wie wertlos sie sind, als sie die Proteste im Jahr 2020 ruiniert haben. Das wird sie jedoch vermutlich nicht davon abhalten, einen Teil des Sieges für sich zu reklamieren (Wir haben hart gearbeitet!) und ihren Platz in der Regierung zu fordern. Insbesondere, da der gesamte Westen auf ihrer Seite sein wird.

Es gibt praktisch keine Leninist\*innen in Belarus. Diese Nische hält Lukaschenko selbst besetzt, der versprochen hat, den Wohlfahrtsstaat, im Austausch für die Folgsamkeit der Massen, zu erhalten. Klassische Nationalist\*innen dort sind auch schwach – Lukaschenko unterdrückt alles, was mit belarussischer Kultur zusammenhängt, da er sie als seine Hauptfeinde erachtet. Auf der anderen Seite gibt es „anarcho“-Nationalist\*innen [sic]. [5] Wie dem auch sei, es ist schwierig für mich einzuschätzen, wie stark sie sind.

Zur gleichen Zeit gab es bis zu den Ereignissen von 2020 eine ziemlich starke anarchistische Bewegung in Belarus. Anders als die Liberalen haben die Anarchist\*innen der Bereitschaftspolizei weder Blumen geschenkt, noch andere dazu aufgefordert, dies zu tun. Kein Wunder, dass viele von ihnen hinter Gittern gelandet sind. Aber sogar danach kämpfen, wenn ich das richtig sehe, eine ganze Reihe Anarchist\*innen in der belarussischen Kampftruppe in der Ukraine. Wenn also die ukrainischen Machthaber\*innen oder die belarussische Opposition sie nicht vernichtet haben (und wahrscheinlich brauchen die ukrainischen Behörden das nicht zu tun und die belarussische Opposition wird dazu einfach nicht in der Lage sein, vor dem Sieg), dann könnten die Anarchist\*innen nach dem Sieg über Lukaschenko eine unabhängige Macht werden.

## In Russland

Die schlimmste Situation [im Hinblick auf die Perspektiven] herrscht in der russischen Föderation. Der aktivste, begabteste und am besten ausgebildete Teil der Bevölkerung ist über die Grenze geflohen, oder wird im Krieg in Schutt und Asche zermahlen. Einige der Soldat\*innen die sich der Ukraine ergeben haben, sind übergelaufen und haben vor, auf Seiten der Ukrainer\*innen zu kämpfen. Aber von diesen Menschen gibt es zu wenige, um als Befreier\*innen Russlands nach Moskau zu kommen. Das Einzige, worauf sie hoffen können, ist, dass, für den Fall dass die russische Föderation verliert, ihre Regierung sie zurück ins Land lässt, als normale Bürger, nicht als Fremde und Landesverräter\*innen. Wenn es hoch kommt könnten sie besonders respektierte Bürger\*innen sein, aber nicht mehr als das.

Wenn mensch Yulia Latynina glauben kann, existiert ein Projekt mit dem Ziel, ein Netzwerk russischer Emigrant\*innen zu schaffen, aber was sich dahinter verbirgt, und wohin dies führen wird ist noch nicht absehbar. Die Tatsache, dass Sozial-Darwinistin Latynina ihre Hoffnungen darauf ausrichtet ist eher alarmierend als ermutigend für Unterstützer\*innen sozialer Gerechtigkeit.

Im heutigen Russland, mit seiner monarchistischen Tradition ist jeder Kampf gegen das gegenwärtige Regime mit Navalny und den Liberalen verbunden, auf die Navalny am ehesten setzen wird, ebenso wie es Jelzin getan hat. Dies könnte zu einer Wiederholung der Ära Jelzin führen und dann der Putin Ära. Darf ich daran erinnern, dass es Jelzin und seine liberale Entourage waren, die als erste die russische Bevölkerung ruiniert

und beraubt haben, und die dann Putin einsetzten, um die Plünderung zu überwachen.

Das bedeutet auch, dass es die Liberalen sind, die direkt verantwortlich sind, für die Machtergreifung Putins und für all die Gräueltaten, die er verbrochen hat. Aber sie hängen die Schuld den einfachen Menschen an, und lassen sie die Rechnung zahlen, die der Westen dem besiegten Russland präsentieren wird.



Hinzuzufügen ist, dass wenn in den wilden 1990ern, die russischen Geschäftsleute vor einer neuen Revolution durch Bandenkriege gerettet wurden, die einen bedeutenden Teil der aktiven Bevölkerung auslöschten (und nicht den schlimmsten Teil, weil in solchen Kämpfen die ersten die sterben diejenigen waren, die sich noch einen Hauch von Menschlichkeit erhalten haben, wohingegen die übelsten Schurken überlebten). Nun wird derselbe Teil der Bevölkerung vom Krieg zermahlen (und in ähnlichen Kämpfen danach, wenn die Soldaten, die gewohnt sind, zu rauben und töten, von der Front zurück kehren).

Kurz und gut, wenn nicht ein „schwarzer Schwan“ den Russ\*innen zur Hilfe fliegt, wird Russland die drei Jelzin-Putin Dekaden wiederholen, wonach das Land höchstwahrscheinlich dem Untergang geweiht sein wird, [sic], bis auf Moskau, und wenige andere Regionen, wo eine „aufstrebende Wirtschaft“ entstehen wird, mit 12-Stunden-Tagen für die Bevölkerung und Top-Restaurants und Bordellen für die Oligarchen.

## Die Möglichkeit des Zerfalls

Unter anderem könnte dieser „schwarze Schwan“ der Zerfall des Landes in mehrere Regionen sein. Das wollen weder die russischen Liberalen, noch der Westen, da dann unklar sein wird, von wem man Reparationen fordern soll. Die mangelnde Bereitschaft, für Moskaus Abscheulichkeiten zu zahlen, könnte im übertragenen, wie im wörtlichen Sinne einer der Gründe für die Aufspaltung der Regionen sein. Momentan ist eine solche Trennung unmöglich, da sie von der Armee schnell unterbunden werden würde und die Regionen der Armee nichts entgegen zu setzen haben. Nachdem Russland besiegt wurde, könnte sich die Situation ändern, da die Staatsarmee geschwächt sein wird, und die Regionen ihre eigenen lokalen Militärformationen haben werden.



Bricht das Land zusammen, wird auch der Monolith der vertikalen Macht in sich zusammenfallen, und niemand wird, wie es Russland getan hat, sein Modell der Wirtschaft dem gesamten Land aufzwingen können, vom Baltischen Meer bis zu den Kurilen (mensch sollte sich der Tatsache erinnern, dass einer der Hauptgründe des Tschetschenienkrieges die Ablehnung des Gaidar-Chubais model of privatization) Modells der Privatisierung war). Wir haben bereits über die Möglichkeit, die Begleichung der Reparationsforderungen gesprochen. (Diese wird die Regierung versuchen, den einfachen Leuten aufzudrängen, nicht den korrupten Offiziellen). Und schließlich wird die territoriale Auflösung es Revolutionär\*innen und anderen Widerständigen ermöglichen, der Verfolgung durch die Behörden zu entkommen, indem sie, wenn nötig, einfach in eine Nachbarregion ziehen, und sich im Bedarfsfalle alle in einer Region zu versammeln, wie sich Aktivist\*innen aus verschiedenen Ländern auf dem Maidan versammelt haben.

Aber all dies wird nur geschehen, wenn der Zusammenbruch dem Lateinamerikanischen Modell folgt, nach dem allen Einwohner\*innen der ehemaligen Provinz (deren Grenzen nicht mit den ethnischen Grenzen übereinstimmen) dieselben Rechte behalten, unabhängig von ihrer Sprache und Herkunft, im Gegensatz zum afrikanischen Modell, demzufolge alle Mitglieder einer ethnischen Gruppe das neue Land als ihr eigenes betrachten, in dem die anderen Einwohner\*innen im besten Falle assimiliert, (im schlimmsten) ausgerottet, oder ansonsten zu Bürger\*innen

zweiter Klasse werden. In zweiten Falle werden wir anstatt sozialer Kämpfe inter-ethnische Konflikte bekommen.

Die Abspaltung der Ukraine fand nach dem Lateinamerikanischen Modell statt. In der modernen Ukraine gibt es ebenso viele Menschen mit russischen, jüdischen, oder sogar armenischen Nachnamen, wie es ukrainische Namen unter den Soldat\*innen der russischen Armee gibt, die in die Ukraine einmarschiert ist. Während die Unterscheidung zwischen Ivanovs und Koganovs in der Ukraine nur in der überhitzten Einbildung derer existiert, die auf Solovyov und Simonyan (prominente russische TV Propagandisten) hören. Aber die Abspaltung Tschetscheniens folgte dem zweiten oben beschriebenen Modell: nicht nur Russ\*innen, sondern auch Vertreter\*innen anderer ethnischer Gruppen waren Diskriminierungen durch die Tschetschen\*innen ausgesetzt. Nun gut, es ist schwer zu sagen, welches dieser denkbaren Resultate sich aus dem Zerschlagen der Russischen Föderation ergeben werden. Dies wird von vielen Faktoren abhängen, darunter auch uns selbst – obwohl, leider, nicht nur von uns.

*Crimethinc*

[1] Charles de Gaulle war der Armeeeoffizier, der während des Zweiten Weltkriegs die französische Exilregierung leitete und später den Aufstand vom Mai 1968 niederschlug.

[2] Der Maidan Nezalezhnosti ("Unabhängigkeitsplatz") ist der zentrale Platz von Kyjiw, der Hauptstadt der Ukraine. Er war 2004 Schauplatz massiver Proteste während der so genannten "Orangen Revolution" und erneut 2013 bis 2014 während der Ereignisse, die zur Ukrainischen Revolution von 2014 führten.

[3] Wie wir 2014 schrieben: "Mächtige Regierungen werden nicht tatenlos zusehen, wie einfache Menschen auf den Geschmack kommen, sie zu stürzen. Sie werden zum Eingreifen gedrängt, wie Russland es in der Ukraine getan hat, in der Hoffnung, dass Krieg den Aufstand übertrumpfen kann. Krieg ist eine Möglichkeit, Möglichkeiten auszuschalten - das Thema zu wechseln."

[4] Leider berichten unsere belarussischen Quellen weniger optimistisch über die Abordnung belarussischer Freiwilliger, die in der Ukraine kämpfen, und beschreiben sie als rechtsgerichtete Elemente.

[5] Nach direkter Kommunikation mit dem Autor und einem Genossen aus Belarus haben wir festgestellt, dass die Gruppe, auf die sich der Autor bezog, nicht mehr existiert. In den Jahren 2015 und 2016 bemühten sich ehemalige antifaschistische Hooligans in Russland, Belarus und der Ukraine um eine Verschmelzung von Anarchismus und Nationalismus, doch unseren Quellen zufolge gibt es dort keine Spuren mehr davon.

## [Graz] anti-militaristischer angriff auf mercedes-zulieferer magna

Dokumentation:

Wir haben am 18.08 den mercedes-zulieferer magna in graz sabotiert. Dazu haben wir die kabelschächte neben den zum betriebsgelände führenden gleisen geöffnet und feuer gelegt. Auf dem gelände werden mercedes g-klasse suvs zusammengebaut. Mercedes-benz verkauft seine jeeps an superreiche sowie staatliche armeen. Mercedes ist teil der zi

vil-militärischen industrie und ein profiteur der fortlaufenden zerstörung des ökosystems. Diese aktion soll zu angriffen auf die kriegsindustrie als auch alle die erde zerstörenden firmen und akteure motivieren.

*anonym*

# Jane is still angry!

„Das 6:3-Urteil in der Rechtssache Dobbs gegen Jackson Women's Health Organization ist ab sofort gültig. In mindestens 21 Bundesstaaten mit einer Gesamtbevölkerung von 135 Millionen Menschen ist der Schwangerschaftsabbruch jetzt oder in naher Zukunft illegal. Für die überwiegende Mehrheit der berufstätigen Frauen\* wird es keine Möglichkeit geben, in die meisten Küstenstaaten zu reisen, in denen Abtreibungen weiterhin legal sind.“

## Its Going Down

Es ist also entschieden, Abtreibung ist ab sofort in 21 US-Bundesstaaten illegal. Doch der Kampf für Autonomie ist noch lange nicht vorbei. Die nächsten juristischen Angriffe auf die körperliche Selbstbestimmung stehen schon an:

*„Die Aufhebung von Roe v. Wade ist nur der Anfang. Die Grundlage, auf der sie angegriffen wird, ist das Recht auf Privatsphäre, das auch die Grundlage für viele andere Entscheidungen ist, die der Oberste Gerichtshof jetzt im Visier hat, wie Lawrence gegen Texas (schützt vor der Kriminalisierung von Homosexualität), Griswold gegen Connecticut (schützt den Kauf von Verhütungsmitteln ohne Einmischung der Regierung), Loving gegen Virginia (legalisiert die Ehe zwischen Rassen), Meyer gegen Nebraska (schützt Familien, die ihren Kindern eine andere Sprache als Englisch beibringen), Skinner gegen Oklahoma (schützt vor Zwangssterilisation).“*

pugetsoundanarchists.org

Vor etwas mehr als einem Monat tauchte im Internet das Communiqué von Jane's Revenge auf. Einem diffusen Kollektiv von Aktionsgruppen die gegen die Maschinerie der Abtreibungsgegner\*innen in den USA kämpfen. In ihrem ersten Communiqué kündigt Jane – bzw. die Janes – an, dass weitere Taten folgen werden. Die Aktionen von Jane's Revenge haben seit dem ordentlich Welle gemacht, nicht nur in den USA, wo sie breit wahrgenommen und diskutiert wurden, sondern auch darüber hinaus. Vor kurzem hat sich Jane erneut zurückgemeldet. In ihrem zweiten Communiqué dokumentieren sie eine Vielzahl von Angriffen. Mittlerweile gibt es auch eine Website auf der Texte von Jane's Revenge auf englisch gesammelt und veröffentlicht werden: [janesrevenge.noblogs.org](http://janesrevenge.noblogs.org)

Darüber hinaus multiplizieren und vervielfachen sich die Proteste gegen die Abschaffung von Roe vs Wade. Dem Paragrafen der das Recht auf körperliche Autonomie eingeräumt hat. Die letzten Tage haben eine riesige Mobilisierung in allen größeren Städten der USA gesehen. Oftmals kam es dabei zu Auseinandersetzungen mit Cops und rechten, christlichen Gegenprotesten. In Phoenix haben die Bullen die Protestierenden direkt aus den Fenstern des Capitol Buildings, also des Regierungssitzes mit Tränengasgranaten beschossen. In Portland und Washington gab es große unbewilligte blackbloc-Demos . . . Wo sich das alles hin entwickelt ist unklar, sicher ist aber, diese Bewegungen ist noch lange nicht vorbei.

– Fuck the Church, fuck the state, people must decide their fate! –

## Jane's Revenge: Ein weiteres Communiqué

Ihr habt gesehen, dass es uns wirklich gibt und dass wir nicht nur leere Worte in die Welt setzen. Wie wir schon sagten: Wir sind nicht eine Gruppe, sondern viele. Ihr habt uns unter anderem in Madison WI, Ft. Collins CO, Reisertown MA, Olympia WA, Des Moines IA, Lynwood WA, Washington DC, Asheville NC, Buffalo NY, Hollywood FL, Vancouver WA, Frederick MA, Denton TX, Gresham OR, Eugene OR, Portland OR gesehen, und wir arbeiten an unzähligen Orten unsichtbar. Ihr habt die Mitteilungen der verschiedenen Zellen gelesen, ihr haben die wuchernden Botschaften in Graffiti und anderswo gesehen, und ihr wisst, dass wir es ernst meinen.

Es hat uns nicht überrascht, dass dreißig Tage gekommen und dreißig Tage vergangen sind, ohne ein Zeichen der Einsicht oder auch nur ein Minimum an Selbstreflexion von euch, die ihr euch als Gesundheitsdienstleister ausbeut, um den Schwachen zu schaden. Die Geschichte mag sich zwar nicht wiederholen, aber sie reimt sich, und wir haben bereits erlebt, wie die medizinische Autonomie ausgehöhlt, die Menschlichkeit zunehmend kriminalisiert und das bloße Überleben weitgehend unhaltbar wird.

Eure dreißig Tage sind gestern abgelaufen. Wir haben ihnen einen ehrenvollen Ausweg angeboten. Sie hätten weggehen können. Jetzt sind die Leinen los. Und wir werden es ihnen so schwer wie möglich machen, Ihre Unterdrückungskampagne fortzusetzen. Wir haben im vergangenen Monat bewiesen, wie leicht es ist und wie viel Spaß es macht, anzugreifen. Wir sind vielseitig, wir sind wankelmütig, und wir sind niemandem Rechenschaft schuldig außer uns selbst. Wir haben versprochen, immer drastischere Maßnahmen gegen unterdrückerische Infrastrukturen zu ergreifen. Seid versichert, dass wir das tun werden, und diese Maßnahmen werden vielleicht nicht die Form von so etwas Einfachem wie Feuer und Graffiti haben. Manchmal werden ihe sehen, was wir tun, und ihr werdet wissen, dass wir es sind. Manchmal werdet ihr denken, dass ihr einfach nur Pech habt, weil ihr nicht sehen könnt, wie wir uns in eure Angelegenheiten einmischen. Aber euren sinnlosen Versuchen, andere zu kontrollieren und das Leben zu erschweren, werden wir nicht tatenlos zusehen. Irgendwann werden ihre Versicherungsgesellschaften und ihre Geldgeber erkennen, dass sie eine schlechte Investition sind.

Von nun an wird jede Anti-Choice-Gruppe, die ihre Türen schließt und ihre Tätigkeit einstellt, kein Ziel mehr sein. Aber solange sie das nicht tun, ist die Jagdsaison eröffnet, und wir wissen, wo sich ihre Aktivitäten befinden. Die Infrastruktur der Sklavenhalter wird nicht überleben. Wir werden niemals aufhören, zurückweichen, langsamer werden oder uns zurückziehen. Wir haben das nicht gewollt, aber es hat uns getroffen, und deshalb müssen wir es entsprechend angehen. Wir stehen im Einklang und in Solidarität mit allen anderen, die für die vollständige Befreiung kämpfen. Unsere Zuflucht besteht nun darin, uns zu verteidigen und robuste, fürsorgliche Gemeinschaften der gegenseitigen Hilfe aufzubauen, damit wir uns selbst heilen können, ohne dass wir die medizinische Industrie oder andere Vermittler benötigen. Indem wir angreifen, finden wir Freude und Mut und entfernen den Mantel der Undurchdringlichkeit, den diese gewalttätigen Institutionen tragen.

Und für unsere Verbündeten, die an der Echtheit der Kommunikés und Aktionen zweifeln: Es gibt eine Möglichkeit, unwiderlegbare Beweise für die Echtheit dieser Aktionen zu erhalten. Mach selbst eine. Du bist bereits eine\*r von uns. Alle, die den Drang haben zu malen, zu brennen, zu schneiden, zu klemmen: Jetzt ist die Zeit gekommen. Geht hinaus und manifestiert die Dinge, die ihr sehen wollt. Passt auf euch auf und übt eure Schreibschrift.

*Jane's Revenge*

*\*Das mit der Schreibschrift ist eine Anspielung auf Verschwörungstheorien rund um die Angriffe von Jane's Revenge.*

### **Chronik von Angriffen die seit Juni auf janesrevenge.noblogs.org veröffentlicht wurden:**

**21.6 – Detroit, MI:** die Fenster von zwei Fake-Abtreibungskliniken\* werden von einer „gang of criminal queers“ eingeschmissen

**24.6 – Lynchburg, VA:** Die Fenster des „Blue Ridge Pregnancy Center's headquarters\*“ werden eingeworfen und Parolen hinterlassen

**26.6 – Glendale, Cal:** Ein „crisis pregnancy center“\* wird angegriffen: „Bis hierhin war es nur euer crisis pregnancy center aber morgen schon kann es eure Autos, eure Häuser und sogar eure Leben treffen.“

**27.6 – Burlington, VT:** Glasbruch bei Fake-Abtreibungsklinik\*

**27.6 – Logmont, CO:** Ein „crisis pregnancy center“ wird in Brand gesetzt und ein Tag auf der Hauswand hinterlassen: „if abortions aren't safe neither are you (A)“

**29.6 – Everett, WA:** „pregnancy resource center“ angegriffen – Glasbruch und Mollies: „[...] We've only just begun. – In revolutionary joy, Jane's Revenge“

**03.7 – Southfield, MI:** Die Fenster von „Mother and Unborn Baby Care“ werden eingeworfen, ein weiteres „pregnancy resource center“

**08.7 – Worcester, MA:** Zwei weitere Fake-Kliniken mit Farbe und Steinen angegriffen

*\*„crisis pregnancy center“, „pregnancy resource center“ oder besser „patriarchal rapist collaborators“ sind unter „seriösen“ anschein geführt „Beratungsstellen“ und „Kliniken“; dazu heißt es in einem Communiqué: „Vor einigen Monaten haben wir erfahren, dass es hier in der Stadt eine Anti-Abtreibungsklinik gibt, die sich als sicherer Ort für schwangere Menschen ausgibt, an dem sie Hilfe und Unterstützung erhalten. Ihre Taktik besteht darin, verletzte Menschen mit emotional manipulativen Botschaften über „vorurteilsfreie Unterstützung“ anzulocken, bevor sie den alten Köder auslegen und alles in ihrer Macht Stehende tun, um die Menschen dazu zu bringen, ihre ungeplanten Schwangerschaften zu Ende zu tragen. Der Aufprall von Betonbrocken auf diese alten Fensterrahmen aus der Kolonialzeit war absolut köstlich... Wir schlugen einmal zu und verschwanden in der Dunkelheit, bevor wir aus einer anderen Richtung wieder auftauchten und erneut zuschlugen. Ein wahrer Schwall von krachenden und zerbrechenden Geräuschen erfüllte die Nachbarschaft und unsere fröhlichen Herzen bis zum Rande.“*

## **Radikaler Zweifel**

*Der Zweifel - auch der am eigenen Vorgehen - ist essenzieller Bestandteil einer radikalen linken Praxis. Wir sehen uns genötigt, in eine zunehmend autoritäre Linke zu intervenieren. Autoritär formierte Subjekte verwechseln Entschlossenheit und entschiedenes Handeln mit dem Wegdrücken begründeten Zweifels. Die ‚Ermittlungsarbeit‘, die zum bundesweiten Outing eines ehemaligen Kölner Aktivisten geführt hat, macht uns fassungslos. Geäußerte Zweifel am Vorgehen der Ermittlungsgruppe und an der Sinnhaftigkeit des Outings mit aktivem Täterschutz gleichzusetzen, ist eine gängige, aber wenig überzeugende Abwehrreaktion einer autoritär strukturierten Linken.*

Das antirassistische Grenzcamp 2012 in Köln ist vielen immer noch als unrühmlicher Höhepunkt eines linksradikalen Autoritarismus in Erinnerung. Alle waren geschockt und paralysiert von der missbräuchlich-autoritären Auslegung des berechtigten Konzepts einer *critical whiteness*. Darüber wurden zahlreiche ungläubige (also zweifelnde) Genoss\*innen mit Rassismusvorwürfen belegt und vom Camp ausgeschlossen. Die Vorwürfe durften nicht diskutiert werden, der Ausschluss blieb damit unhinterfragbar. Während des Camps hat die autonome Linke es nicht geschafft, sich erfolgreich und konsequent gegen einen derart machtbewussten Missbrauch einer vorgeblichen Diskurs-‘Awareness‘ zu wehren. Im Nachhinein

habe viele ihre Sprache wiedergefunden und ein solches Vorgehen als autoritär-antilinks, regressiv-inquisitorisch und strukturell rechts bezeichnet. Ein Paradestück in Sachen Selbsterlegung linker Strukturen. Wüssten wir nicht von der offenen Flanke weiter Teile der radikalen Linken gegenüber autoritären Anwandlungen, könnte man eine externe Inszenierung vermuten, die auf Zersetzung in Selbstbeschäftigung zielte.

Dieses Grenzcamp war kein singuläres autoritäres Ereignis. In Italien exerzieren die *Disobedienti* mehrfach die autoritäre Bevormundung ihrer eigenen Mitstreiter\*innen: Ein inoffizielles ‚Zentral Komitee‘ dealt mit den Bullen vorab Aktionsverläufe aus und moderiert die Straßenwut der Vielen in eine handhabbare, respektable, ‚politikfähige‘ Widerstandssimulation herunter. Auch hier braucht es keinen Verfassungsschutz um den Antagonismus der Straße zu bereinigen - der Geltungsdrang und der Autoritarismus einer ganzen linken Strömung reichen aus. In Deutschland eifert(e) die Interventionistische Linke den *Disobedienti* nach - mit der Vorgabe von Aktionsbildern (ehemals nicht-konsensuale Aktionskonsense) bei Großmobilisierungen wie *Castor-Schottem* oder *Ende-Gelände*. Hier bemüht sich die IL insbesondere um die Moderation von Entscheidungsprozessen und die Pressearbeit. So sichert sie ihren Dominanzanspruch

beim Aktionsablauf und dessen medialer Interpretation ab. All dies sind autoritäre Anmaßungen, die in vollständigem Widerspruch zur selbstbestimmten Konzeption von Autonomie und Kollektiv stehen.

Die linksradikale Paralyse mit dem Rückfall in einen staatshörigen Konformismus während des ersten Pandemiejahres 2020 (ohne selbstbewusst Eigenverantwortung zu übernehmen und ohne die absurde Teilung in eine nicht-ansteckende Arbeitswelt und das ansteckende Private demonstrativ zu unterlaufen) hat gezeigt wie anfällig wir gegenüber autoritären Konzepten sind. Besonders in Schockmomenten, in denen die floskelhafte Selbstgewissheit alter linker Rezepte nicht mehr zu tragen scheint. Selbst nach ausreichend langer Zeit für die eigene Meinungsbildung folgt ein Großteil der Linken blind und ideenlos den immer noch absurden Vorgaben einer keineswegs ideologiefreien Regierungsfahrt ‚auf Sicht‘: Wir lassen uns bei einer Inzidenz von 35 eine kraftvolle Demo (mit Abstand und Masken) zum Hanau-Gedenken verbieten, stecken uns aber bei einer Inzidenz von über 1500 unmaskiert zu Tausenden in Fußballstadien und auf Konzerten an - nur weil es wieder erlaubt ist.

Die Binarität eines autoritär aufgenötigten Freund-Feindschemas funktioniert als Schablone auch im Ukraine-Krieg und lähmt weite Teile einer emanzipatorischen, antimilitaristischen Linken. Eine Kritik am Nationalismus in der Ukraine und am Bellizismus der Grünen muss weiter möglich sein, ohne die Verantwortung Russlands für diesen Angriffskrieg damit in Frage zu stellen. Der Feind meines Feindes ist halt nur in einer eindimensionalen Reduktion der Wirklichkeit mein Freund. Unterkomplexe Gewissheiten taugen nicht als Kompass für eine emanzipatorische Weltsicht.

Wir fürchten, die Reihe lässt sich noch weit in die Zukunft fortsetzen - sofern es uns nicht gelingt, den Autoritarismus unserer eigenen politischen (Selbst-)Organisation zu erkennen und zu bekämpfen.

### **Regressiver Autoritarismus in der IL-Ermittlungsgruppe**

Dieser Autoritarismus hat leider auch die mehrmonatige Ermittlungsarbeit der IL zur ‚Aufdeckung‘ einer sexistischen Chatgruppe geprägt, die Nacktbilder und Absprachen zum gezielten ‚Rumkriegen‘ geteilt haben soll. Nachweislich wiederholte Zweifel an der Evidenz der ‚Beweise‘ aus den Reihen der IL und außerhalb wurden autoritär weggedrückt.

Alle, die wir aus sechs verschiedenen Ortsgruppen der IL persönlich und vertraulich konsultiert haben, melden erhebliche Zweifel an dem Outing vom Juli 2022 an. Wir stellen eine gehörige autoritäre Schiefelage fest, wenn nach außen behauptet wird, dass sich die IL bundesweit einig war und ist in der Entscheidung, das Outing von einem der angeblich mindestens drei mutmaßlichen Täter durchzuführen. Die Täterschaft sei eindeutig und zweifelsfrei geklärt. IL-Intern sieht das in einem Statement der Ermittlungsgruppe bereits anders aus:

*„Die Chat Verläufe und Aussagen der Quelle könnten theoretisch gefälscht/manipuliert sein, deswegen sprechen wir von „Hinweisen“. Wir und die Betroffenen kennen die Quelle nicht und haben keinen Kontakt mehr zu ihr. (... )“*

(IL-interner Bericht der IL-Ermittlungsgruppe)

Die „Hinweis“-lage ist tatsächlich alles andere als zweifelsfrei - die nebulöse, einzige Quelle, die keiner kennt / kennen will und die am Rande eines bundesweiten IL-Treffens kurz in Erscheinung getreten sein soll, einen Mailkontakt hinterlassen haben soll und ihre Ansprechbarkeit nach wenigen mails später gelöscht haben soll, hat in der offiziellen IL-Darstellung mehrfach die Gestalt gewechselt. Wann, mit wem und was die Quelle kommuniziert hat – diesbezüglich existieren von Seiten der IL mehrere, sich widersprechende Varianten: Ursprünglich a) ausführlicher, wiederholter Mailkontakt mit der Betroffenen selbst. Neuerdings jedoch b) Mailkontakt nur mit Mitgliedern der IL-Ortsgruppe der Betroffenen (*gemäß IL Köln auf Kölner FLINTA-Treffen*).

Die mangelnde Konkretetheit (sowohl des Chatmediums als auch des über die Zeit mehrfach wechselnden Szenehintergrunds der Chatgruppe) erscheint uns, als solle sie sich einer Belast- und Hinterfragbarkeit entziehen können. Was könnte das Kultivieren eines solchen Rechercheebels rechtfertigen? Eine besonders aufwändige Form des Quellenschutzes? Vielleicht. Das Problem dabei ist, dass die ohnehin ramponierte Glaubwürdigkeit einer Quelle in Form von lediglich abgetippten(!) Chatinhalten so weit abrutscht, dass sie die Nachvollziehbarkeit des gesamten Vorgehens gegen den einen der angeblich drei Täter beschädigt.

Es ist tatsächlich wenig glaubwürdig, wenn das Outing dem dringenden Schutz weiterer Betroffener vor einer misogynen Chatgruppe Rechnung tragen soll, und gleichzeitig lapidar-selbstgefällig gesagt wird: „Es ist nicht unser Interesse, der Quelle weiter nachzuspüren“ (*IL Köln auf Kölner FLINTA-Treffen*). Dabei wäre die Quelle für jede ernsthafte Ermittlung der wichtigste Strohalm, um die immer noch unbelegte Chatgruppe aufzuspüren und darüber tatsächlich weitere potenzielle Betroffene vor den mutmaßlichen Mittätern wirksam zu schützen.

Es mutet überdies extrem autoritär an, wenn auf einer derart wackligen Beweislage dem Beschuldigten vorgehalten wird, dass er „nicht kooperiert und nicht zu einer Aufklärung beigetragen“ habe. Für uns ist es bei den eklatanten Ungereimtheiten der belastenden Quelle mehr als fragwürdig wenn mit dem Verweis auf einen „zugegeben etwas unflexiblen Leitfaden“ (*IL Köln auf Kölner FLINTA-Treffen*) die Anhörung des mutmaßlichen Täters verweigert wird, weil dieser die Tat bestreitet und damit das Kriterium der Einsicht als Voraussetzung für die ‚Täterarbeit‘ nicht erfüllt. Eine sorgfältige ‚Ermittlungsarbeit‘ sollte unserer Meinung nach der Täterarbeit vorangestellt und nicht über deren Umkehr überflüssig gemacht werden. Wie soll denn eine Kooperation des Beschuldigten aussehen, wenn (wie die IL selbst als Möglichkeit konstatiert) die Existenz der Chatgruppe möglicherweise ein Fake ist?

Ist es nicht haarsträubend selbstgerecht und fatalistisch, wenn die IL Köln auf Nachfrage in einer Veranstaltung zur nachträglichen Rechtfertigung des Outings zugesteht, sie finde Vorgehen, Umstände und Zeitpunkt des Outings „unglücklich“ und sehe beim Abarbeiten des IL-Leitfadens durchaus „Verbesserungsbedarf“ (*IL Köln auf Kölner FLINTA-Treffen*)? In Anbetracht der Auswirkung eines bundesweiten Outings mit Namen und Foto müssen wir der IL Köln vorhalten, naiv, unkritisch und absolut unverantwortlich gehandelt zu haben und die persönliche + politische Dimension des eigenen Handelns nicht überblickt zu haben. Fassungslos machen uns ebenfalls die nachfolgenden Veröffentlichungen über das Outing hinaus (inklusive namentlicher Nennung der Partnerin des Beschuldigten).

Selbst, wenn mensch (trotz aller Unstimmigkeiten) von der Schuld des vermeintlichen Täters überzeugt sein sollte – was könnte der emanzipatorische Gehalt einer Sippenhaft sein?

***Das Outing ist unserer Meinung nach nicht zu verantworten. Es ist politisch falsch und erfüllt seine proklamierte Schutzfunktion weiterer Betroffener nicht.***

In zahlreichen, so genannten „EncroChat“-Verfahren geht es exakt um die Glaubwürdigkeit einer nicht verifizierbaren Quelle. Französischen Behörden war es vor zwei Jahren gelungen, Tausende verschlüsselter Chats vermeintlich ‚krimineller Banden‘ zu hacken. Der französische Staat erklärte die Quelle zum Staatsgeheimnis. Europaweit ‚begnügen‘ sich nun Gerichte mit (von Bullen angefertigten) Chat-‘Abschriften‘. Deren Verwertbarkeit steht zu Recht in der Kritik einer kritischen Zivilgesellschaft aber auch von besorgten Rechtswissenschaftler\*innen, weil sich damit einfach alles ‚beweisen‘ ließe und die „Glaubwürdigkeit des rechtsstaatlichen Verfahrens an sich“ auf dem Spiel stehe. Auf dieser Grundlage werden nun die ersten langjährigen Haftstrafen verhängt – ein Skandal, sollte man meinen. [1]

Nicht so für die autoritäre Linke. Sie verfährt exakt gleich und gibt sich mit der (Selbst-)Konsistenz der nicht nachvollziehbaren Quelle mit einer Bestätigung der Betroffenen als nachträglichem Glaubwürdigkeits-Boost zufrieden: Die Betroffene soll bestätigt haben, die von der Quelle zugespilten (nicht-einvernehmlichen) Nacktbilder seien nur von diesem Abend des (einvernehmlichen) Sexdates denkbar. Auch eine Übereinstimmung in Details des Sexdates zwischen anonymer Quelle und vertraulicher Schilderung der Betroffenen gegenüber der Ermittlungsgruppe schließt eine Dritte als Chattende (und auch als Verantwortliche für die Nacktfotos) mitnichten aus!

Darüber verfällt auch die weniger-autoritär strukturierte Restlinke in eine verzagte Ängstlichkeit, in der hinter vorgehaltener Hand zwar gesagt wird „Das geht wirklich gar nicht“, aber öffentlich widersprechen? – lieber nicht. Für manche Genoss\*innen ist das Anzweifeln der Beweislast schon das heiße Eisen, das gar an der Definitionsmacht der Betroffenen rütteln könnte (was natürlich Unsinn ist, denn es geht um den Wahrheitsgehalt einer externen Zeugin). Die Quelle bleibt ALLEN der Beteiligten den Nachweis schuldig, wo diese Bilder aufgetaucht sein sollen, ob sie tatsächlich der Beschuldigte (und keine dritte Person als Falle verdeckt) angefertigt hat und ob tatsächlich der Beschuldigte (und keine dritte Person) in diesem unbekanntem Chat sexistische Statements gepostet hat. Ohne diesen Nachweis können wir den Beschuldigten nicht zum Täter erklären. Liebe Leute, das geht beim besten Willen und auch bei voller Solidarität mit der Betroffenen nicht!

Wären wir in einem anderem Kontext mit einer solchen Anklage staatlicherseits konfrontiert, würden unsere linken Anwälte diese ‚Beweise‘ zu Recht zerpfücken und alle würden der Haltlosigkeit beipflichten. Zweifel

am Vorgehen der Ermittlungsgruppe und an der Sinnhaftigkeit sowie der Legitimation des Outings mit aktivem Täterschutz gleichzusetzen, ist eine (vorhersehbare) autoritäre Abwehrreaktion, die durch keinerlei Schutz Betroffener zu rechtfertigen ist. Die Löschung abweichender Meinungen (vermutlich auch dieses Textes) erscheint einer Linken in der Autoritätsfalle berechtigt und im Sinne einer Abweichter\*innen-Prävention notwendig. Zum Glück gibt es sie noch, die weniger autoritär geführten Zeitschriften und Portale, die eine von progressivem Zweifel und selbstkritischem Widerspruch geprägte Debatte wertschätzen.

Die verbreitete Angst davor, einen tief empfundenen Widerspruch in einer Szene zu äußern, in der die Mehrheit einfach ‚auf-der-vermeintlich-richtigen-Seite-stehen‘ möchte, das konformistische Abnicken einer absolut zweifelhaften Position sind Ausdruck einer unfassbar autoritären Deformation unserer derzeitigen Linken, die uns an die Hochphase des anti-deutschen Unwesens erinnert. Diese Angst reduziert linke Debatten auf das gleichermaßen inhaltsleere wie langweilige Nachsprechen gefälliger Denkhülsen. Widerspruch kann sich allenfalls eine gestandene Genoss\*in leisten, die sich zutraut, den dann entfesselten Shitstorm auszuhalten – was für ein Amtszeugnis.

***Wir fordern die IL auf, sich von diesem Outing zu distanzieren. Bis zur Klärung durch eine unabhängige, externe Recherchegruppe werden wir unsere Zusammenarbeit mit der IL in unseren Städten aussetzen. Wir sehen die Grundlage für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit massiv beschädigt.***

Darüber hinaus fordern wir (innerhalb und außerhalb der IL) auf, sich nicht nur hinter vorgehaltener Hand (und damit konsequenzlos) von autoritären Strukturen zu distanzieren. Kommt raus aus dieser Autoritätsfalle und lasst die traumatische Sprachlosigkeit des Kölner Grenzcamp von 2012 und des Kölner Outing-Skandals von 2022 hinter euch. Lernen wir einige unserer Grundfertigkeiten neu: lautstark zu widersprechen und selbstbewusst zu widerstehen.

*Ein überregionaler Zusammenschluss autonomer und anarchistischer Gruppen*

Kontakt:  
**radikalerzweifel@zeromail.org**  
(pgp-key auf Anfrage)

[1] In Deutschland gab es bislang ein einziges Verfahren (Landgericht Leipzig, Februar 2022), in dem das Gericht den Beschuldigten freigesprochen hat, da die aufbereiteten EncroChat-Daten nicht zweifelsfrei belegten, dass die chattende Person auch tatsächlich identisch mit der angeklagten Person ist.

# Das letzte Zucken der interventionistischen Linken

Wir sind eine kleine Gruppe von Leuten, die ehemals in der iL im nord-deutschen Raum organisiert waren. Wir wollten zu diesem Verein nichts mehr sagen. Nach den jüngsten Entwicklungen sehen wir uns leider gezwungen.

In den letzten Jahren haben in der iL viele Auseinandersetzungen über die Politik der Organisation stattgefunden. Es wurde viel gestritten, viel gelitten, aber zeitweise auch Verkrustungen scheinbar aufgelöst. Als der Ausgang unserer Diskussionen tendenziell offen erschien, haben einzelne Ortsgruppen und Einzelpersonen damit begonnen, ihre politischen Widersacher:innen in dem Streit gezielt und organisiert aus dem Bündnis zu drängen. Besonders hervorgetan haben sich hierbei die Ortsgruppe in Hamburg und, teilweise in Personalunion, mehrere Personen aus dem Führungszirkel der Gesamt iL.

In der Folge, das ist bekannt, sind zahlreiche ganze Gruppen aus der iL ausgetreten. In den verbleibenden Städten und Gruppen, das ist weniger bekannt, sind nicht weniger Einzelpersonen und Fraktionen ebenfalls ausgetreten. Andere, die nun deutlich Minderheitenpositionen vertreten mussten, aber trotzdem innerhalb der Organisation an der weiteren Gestaltung mitwirken wollten, waren von nun an einem Bombardement politischer und persönlicher Grenzüberschreitungen, vor allem aus dem Führungszirkel, ausgesetzt. Eine weitere Gruppe wurde ausgeschlossen, weitere Einzelpersonen wurden rausgeekelt.

Heute sind keine emanzipatorischen Linksradikalen in den Resten der iL verblieben. Die heutige Mehrheit vertritt eine allenfalls sozialdemokratische Realpolitik, für den Rest der angestrebten „Masse“ sorgen orthodox-autoritäre Gruppen aus dem antiimperialistischen und marxistisch-leninistischen Spektrum.

Viele, auch wir, haben die iL am Ende schweigend verlassen, ohne Hoffnung auf Veränderung, aber auch ohne das Bedürfnis nachzutreten. Wenige andere, Einzelpersonen wie Teile früherer Gruppen, haben dagegen weiterhin die Konfrontation gesucht, massive Kritik an den Verfahren der Vergangenheit geübt und der zukünftigen Ausrichtung zwischen Sozialdemokratie und 1980er Nostalgie energisch widersprochen.

Es kam, wie es kommen musste. Bereits heute bekommt die iL in emanzipatorischen Kreisen keinen Fuß mehr auf den Boden. Besonders in den einzelnen Städten sind die Ortsgruppen der iL gegenüber der linksradikalen Szene weitgehend isoliert. Sogar viele Ortsgruppen der bis heute erfolgreichsten Vorfeldorganisation der iL, Ende Gelände, haben sich inzwischen vollständig von der iL emanzipiert. Weitere befinden sich derzeit auf diesem Weg, spätestens nach dem politisch nur konsequenten Gang eines Gesichts der „Bewegung“ und der Kölner iL in den Bundestag, ausgerechnet für die Grünen.

**Zusammengefasst: Die iL ist politisch tot, aber sie zuckt noch.**

Ein letztes oder vorletztes Zucken hat uns indessen bewogen, noch einmal das Wort zu ergreifen. Gemeint ist natürlich das in Verantwortung der Gesamt iL, vollzogen durch den bekannten Führungszirkel, konstruierte

Outing gegen einen Genossen aus Köln. Bei Betrachtung der Gesamtlage handelt es sich offensichtlich um einen, wenn nicht komplett erfundenen, so doch zumindest gezielt konstruierten Vorwurf.

-> <https://gendarstellungouting.wordpress.com/>

Uns wundert dieses Vorgehen aus Kreisen der iL gar nicht. Uns wundert auch das konkrete Ziel dieser Aktion nicht. Der betroffene Genosse war intern wie extern lange einer der erbittertsten Widersacher gegen die beschriebene Entwicklung der iL.

Zum Glück sind die Reste der iL mit emanzipatorischer Bewegung unserer Zeit und somit auch mit deren Szeneregeln nicht sehr vertraut. Das gilt offenbar auch für den Anwendungsbereich der Definitionsmacht in Vorwürfen und Outings. Eine kurze Zusammenfassung für Unkundige: In der ganzen Angelegenheit gibt es nichts zu „definieren“, es geht auch an keiner Stelle darum, welchen Beteiligten zu „glauben“ ist. Da ist neben anderen manipulativen Triggern einzig die Suggestion handfester „Beweise“, ohne davon einen zu nennen.

Die iL hat also knapp vorbeigezielt, müsste jetzt Belege nachreichen, die offensichtlich nicht existieren, und hat damit ihr Ziel, eins ihrer letzten rebellierenden Ex-Mitglieder politisch und persönlich zu isolieren, deutlich verfehlt.

Das führt schon zeitnah zu lächerlichen Reaktionen der Verantwortlichen. Eine direkt am Outing beteiligte Funktionärin der iL unterschreibt in vauseilendem Gehorsam mal lieber eine Unterlassungserklärung, stilisiert sich aber mit diesem offenen Eingeständnis fehlender Beweise gleich auch noch als Opfer des vom Outing Betroffenen. Der Führungszirkel der iL rudert halbherzig zurück, wirft aber einen kindischen Hashtag in die Welt, offenbar in Hoffnung auf den Streisand Effekt, den auch nach Tagen nur das letzte Aufgebot der allertreuesten Anhänger:innen teilt.

Doch was auch tun? Aus der Geschichte kommt die iL nicht mehr raus, ohne Konstrukt, Lüge und Rachemotiv einzugestehen. In wahnhafter Verknennung ihrer eigenen Bedeutung will die iL nun fast die gesamte linksradikale Szene einer Millionenstadt als „Täterschützer“ bezichtigen. Das alles passiert, und das ist mit Abstand das Rüdigste an der ganzen Aktion, über den Kopf und auf dem Rücken einer instrumentalisierten Frau, die man dann auch noch vorgibt, „schützen“ zu wollen, und ohne jedes Schamgefühl als „Genossin“ bezeichnet.

Spätestens jetzt wird wirklich kein ernstzunehmender Linksradikaler noch mit der iL zusammenarbeiten oder auch nur die Räume teilen wollen. Selbst in den noch anvisierten sozialdemokratischen Kreisen wird dieser Vorgang, sofern er dort wahrgenommen wird, den Todesstoß für manche Kooperation bedeuten. Die orthodoxen Kommunist:innen mögen den stalinistisch anmutenden Stil des Führungszirkels zwar bewundern, ihrerseits zur Zielscheibe werden möchten sie aber wohl auch nicht.

Sicher wird es im Todeskampf der Rest iL, vor allem ihrer Machthaber:innen, noch zu weiteren Ausschlüssen und Austritten und Hässlichkeiten

kommen. Wir schließen uns trotzdem den Kölner Genoss:innen an und appellieren nicht dahingehend, jede einzelne verbliebene Ortsgruppe nun noch weiter zu isolieren. Hier und da mag eine punktuelle Zusammenarbeit möglich bleiben. Vor allem aber sind wir sicher, dass immer noch viele Einzelpersonen aus manchen Gruppen für eine politische Resozialisierung außerhalb der iL zugänglich sind. Es muss ja nicht gleich in zentralen Positionen sein.

Das Ende der iL ist uns als Teil der emanzipatorischen Linken gleichgültig. Daran ändert auch unser zeitweiliger Einsatz für eine andere Entwicklung der Organisation nichts. Für den überwältigenden Teil unserer Genoss:innen war die iL sowieso niemals ein Bezugspunkt. Sie war im Kern immer

reformistisch und autoritär. Ihre Hauptaufgabe im politischen Diskurs war die Befriedung linksradikaler Einmischung in gesellschaftliche Spannungsverhältnisse, zu unserer Freude besonders eindrucksvoll gescheitert schon in Heiligendamm, später bei Blockupy und als Anfang ihres Endes zum G20 in Hamburg.

Nichts wird bleiben, wie es ist.

Wir freuen uns darauf.

Rest in pieces, interventionistische Linke.

*„Respekt und Verlässlichkeit in strategischen Bündnissen“*

## Herztöne

von den Herausgeber:innen des Buches „Herzschläge – Gespräch mit Ex-Militanten der Revolutionären Zellen“

Wir, einige „Unsichtbare“ und Herausgeber:innen des Buches „Herzschläge – Gespräch mit Ex-Militanten der Revolutionären Zellen“, melden uns noch einmal zu Wort.

Nicht möglich war es uns, alle an dem Interview beteiligte Menschen zu diesem Beitrag anzufragen und einzubeziehen. Wir bitten dies zu berücksichtigen. Wenn wir auch in ihrem Sinne sprechen würden, würde uns das außerordentlich freuen. Das Buch im „Verlag Assoziation A“ hat mittlerweile in einigen Kreisen Verbreitung gefunden. Die Resonanz darauf war bisher, wie zu erwarten, unterschiedlich.

Wir gehen nicht auf alle Aspekte der uns zugetragenen Kritiken ein. Aber soviel dazu: Das Buch kann als historische Auseinandersetzung gelesen werden. Je nach Position und Standpunkt kann das Interview zum Beispiel Freude oder Wut entfachen. Vielleicht reißt das Buch Wunden und Verletzungen bei den Menschen auf, die den Zellen eng verbunden oder Teil davon waren und sich in Differenzen getrennt haben.

In dem einen Fall kann mensch sich freuen, wenn alte Militante noch einmal zu ihrer Geschichte, zu den Erfolgen, den Niederlagen, den Irrtümern, den Stärken, den Fehlern, den Qualitäten unterschiedlich Stellung beziehen und Verantwortung übernehmen – ohne sich von ihrer Geschichte zu distanzieren. Dass die Geschichte der RZ durch die Ex-Militanten verteidigt und rückblickend reflektiert wird, kann unter solch einer Betrachtungsweise positiv gelesen werden.

In dem anderen Fall kann mensch verärgert reagieren, weil heute von Männern ein anderes Verhältnis und eine andere Klarheit in Bezug zum Patriarchat gewünscht wäre, auch wenn es um einen Rückblick geht. Vielleicht kann uns auch als „Unsichtbare“ nachgetragen werden, warum wir bestimmte Äußerungen stehen gelassen und nicht weitergehend hinterfragt haben. Das ist alles richtig und doch haben wir uns anders entschieden. Der blinde Fleck, die historischen Schwierigkeiten der Militanten zu einer eindeutigen Position zum Patriarchat – all das war im Interview hinreichend sichtbar und benannt. Die Widersprüche lagen offen. Wir hatten

kein Interesse nachzutreten. Den Verweis darauf, dass die antipatriarchal bestimmte Aktion auf die Siegestsäule in Berlin von den Ex-Militanten „abschätzig behandelt“ wurde, teilen wir nicht. Der Verweis auf die „Flammenden Herzen“, die antipatriarchale Aktionen mit dem Bezugspunkt auf die antimilitaristische Bewegung machten, verbunden mit der Frage warum sich die Zellen darauf nicht bezogen, ist zwar richtig, aber wenig hilfreich. Zum einen, weil, wie aus dem Interview hervorgeht, die Zellen aus mehreren Gründen angeschlagen waren. Und zum anderen, weil wir nicht wissen ob die „Flammenden Herzen“ nicht Teil eines Flügels nah an den RZ und der Zora waren.

Wir verstehen den Unmut über einige Äußerungen. Wir haben weder Antworten noch Fragen nennenswert geglättet, weil wir uns mehr davon versprochen, politische Widersprüche transparent zu lassen. Wir konnten einige Fragen nicht pointierter stellen weil uns aus dem vielfältigen Innenleben der Zellen und der Zora die Informationen fehlten. Zum Beispiel, ob die Kampagne in Bezug zu den „Flüchtlings“ nicht eine gemeinsame mit der Zora hätte sein können? Wenn wir vor dem Interview gewusst hätten, dass genau darum mit der Zora gerungen wurde, die eine feministische Kampagne zu dem Thema vorschlug, dann hätten wir kritisch nachfragen können. Wobei wir heute nicht wissen, ob dies den drei Interviewten bekannt war. Denn aus dem Interview geht auch hervor, dass nicht alle Diskussionen immer für alle in gleicher Weise innerhalb der Zellen transparent waren. Aber natürlich hätte uns die Antwort interessiert.

Wir konnten nur mit den Menschen, Frauen wie Männern, das Interview führen, die dafür offen oder in unserer Reichweite waren! Es ist natürlich leichter, den Männern von damals Ignoranz an der Frage des Patriarchats vorzuwerfen und sich an ihrem Unvermögen zu reiben, als zu sehen, dass sich bis heute unter Männer nicht wesentlich etwas verändert hat. Im Gegenteil sehen wir in den Auseinandersetzungen um Vergewaltigung und Sexismus zu heute viele traurige Parallelen. Und dass sich heute Männer hervortun im Kampf gegen das Patriarchat wird ja wohl auch niemand ernstlich behaupten wollen.



Ein Projekt wie die „Flammenden Herzen“ wäre auch heute eine Besonderheit. Die kritischen Fragen, die berechtigterweise an die Vergangenheit hinein gestellt werden, gehören auch in die Zukunft gerichtet.

Wenn wir uns als Revolutionäre ernst nehmen, müssen wir aus den Fehlern der Vergangenheit lernen. Dazu kann das Buch eine Möglichkeit neben vielen anderen bieten. Die Ex-Militanten abzuwatschen, die ihr Scheitern an der Patriarchatsfrage eingestehen und versuchen zu beschreiben, ist wenig zielführend.

Wenn der Verlag eine zweite Auflage machen will, stellen wir uns nicht dagegen. Und wenn weitere ehemalige Militante ihre Sichtweisen auf die Vergangenheit der öffentlichen Auseinandersetzung zur Verfügung stellen, ist dagegen sicher nichts einzuwenden. Zielführend ist es allerdings, Schlüsse für zukünftige Kämpfe im Allgemeinen und der militanten und bewaffneten Praxis im Konkreten abzuleiten. Darum haben wir es in dem Interview auch nicht für unsere vorrangige Aufgabe gehalten, unsere Positionen und Widersprüche mit den Ex-Militanten ausdiskutieren. Das war nicht Ziel des Projektes, zumal wir es nicht mehr mit aktiven Militanten der Zellen zu tun hatten, welche die Diskussionen in ihre Zusammenhänge zurück getragen hätten. Auch die Bedingungen und Zeit ließen das nicht zu.

Wir haben Rückmeldungen bekommen von Menschen, die das Buch in Hinblick auf die aktuelle gesellschaftliche Situation und Praxis lesen. Das ist und war unsere Motivation. Wir drucken unsere gemeinsame Position der „Unsichtbaren“ noch einmal ab, auch mit der dazugehörigen und uns

sehr wichtigen Widmung unseres Vorwortes, die in unserer Überarbeitung verloren gegangen ist. In dem Vorwort „Über unsere Beweggründe“ schlugen wir eine Bresche in die heutige Zeit. Unsere Fragen, unsere Anmerkungen sind uns ernst. Aufhänger muss nicht das Buch „Herzschläge“ sein, es ist eine Angebot. Die globalen Entwicklungen veranlassen uns, unseren Aufruf zur Diskussion zu bekräftigen. Diese muss nicht öffentlich und sollte nicht identifizierbar geführt werden. Aber wir wünschen die Diskussion.

*Mit revolutionären Grüßen an alle die kämpfen  
Unsichtbare irgendwo im Hinterland*

#### **aus dem Vorwort:**

Warum interessiert uns heute die Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora? Wir möchten eine ehemalige militante Gruppe wieder sichtbar machen, damit sie für heutige und zukünftige Generationen von Revolutionär\*innen neu diskutierbar wird. Dazu haben wir unsere Kenntnisse und Kontakte genutzt, weil wir denken, dass die Frage der revolutionären Organisierung aktuell ist und bleibt. Die drei Ex-Militanten der RZ haben wir im Rahmen unserer eigenen Auseinandersetzungen mit dem Thema befragt, und wir hoffen, viele spannende Punkte angerissen zu haben, selbst wenn dabei das ein oder andere Thema außen vor geblieben sein sollte. Die Fragen haben wir aus dem Kontext aktueller revolutionärer Praxis und Kontinuität gestellt. Es ist uns wichtig, mit dem Gespräch das Wissen und die historischen Erfahrungen vergangener Kämpfe an

**Chronik: 01.06.** Mit Bitumen und Dosen wird das Karl-Bröger-Haus in Nürnberg als Zentrale der Kriegstreiber-Partei SPD angegriffen. **01.06.** Im Leipziger Stadtteil Volkamsdorf geht ein Hertz Transporter komplett in Flammen auf. Als Begründung wird genannt, dass Hertz mit der griechischen Polizei zusammen arbeitet. **01.06.** Aus den Reifen von einigen SUVs in Ulm ist die Luft gelassen worden. **02.06.** Beim Kriegsprofiteur Thyssen-Krupp in Hamburg gehen einige Scheiben zu Bruch. **04.06.** Mehrere Glasscheiben der sächsischen Landesvertretung in Berlin werden in Solidarität mit den Angeklagten des Antifa-Ost Verfahrens demoliert. **06.06.** Bei den Rüstungsprofiteuren Philotech und Infineon in München gehen zum wiederholten Male die Scheiben zu Bruch. **06.06.** Das „Schützenhaus“ in Pforzheim, dass seit Jahren als AfD Treffpunkt fungiert, wird mit Farbe und Glasbruch angegriffen. **07.06.** In Leipzig wird das Büro der MIB AG, einem

heutige und zukünftige Militante weiterzugeben. Was diese damit machen, welche theoretischen und praktischen Schlüsse sie daraus ableiten, bleibt selbstverständlich ihnen überlassen. Wie sollte es auch anders sein?

Denn schließlich hat sich der Kontext der Kämpfe verschoben, die Koordinaten, die Ausgangsbedingungen sind heute andere. Der Versuch einer reinen Kopie alter militanter Konzepte würde den heutigen Bedingungen nach unserer Meinung nicht gerecht. Allerdings halten wir es für vordringlich, aus der Geschichte des bewaffneten Kampfes in der BRD, Schlüsse für gegenwärtige und zukünftige Kämpfe zu ziehen. Die rassistischen Morde des NSU und nachfolgender, gut vernetzter »Einzeltäter«, die rassistische Migrationspolitik der EU, die fortdauernden Kriege und Klimakatastrophen, die weltweit zu verzeichnenden Femizide, die Corona-Pandemie als Vorwand und Schub für weitreichende Überwachungsmaßnahmen gegen die Bevölkerungen und der damit verbundene Umbau der bisher bestehende Arbeitsverhältnisse sowie der Angriff auf zwischenmenschliche Beziehungen – all das wirft Fragen nach revolutionären Antworten auf.

Welche Handlungs- und Organisierungsoptionen sehen wir angesichts dieser politischen Lage? Für uns ist keine revolutionäre globale Bewegung in Sicht, die die Zerstörung des Planeten und die Barbarei des Menschen über den Menschen zu stoppen in der Lage sein könnte. Was wir sehen, sind Kämpfe und revolutionäre Funken, die immer wieder schnell erlöschen oder sich zu Faktoren neuer Macht transformieren – und oft genug in Blut ertränkt werden (wie etwa der Arabische Frühling). Gibt es einen Ausweg? Oder mehrere? Als Erwiderung auf diese Zustände könnte der bewaffnete, der militante Widerstand eine Option darstellen, die wir abwägen wollen.

So ungeheuerlich, so weit entfernt diese Frage auch scheinen mag. Eine solche Option kann aus tausend und einem Grund verworfen werden. Aber wir halten es für wichtig, sie zu prüfen. Auch das war ein Beweggrund, ein solches Gespräch zu führen. Wir stellen also die Frage nach der Notwendigkeit eines bewaffneten, feministischen, antipatriarchalen Antifaschismus, der sich nicht an überkommenen Antifa-Konzepten der 1920er oder 1980er Jahre orientiert, der den Femiziden, dem patriarchalen Rollback und dem Faschismus – als Ideologie weißer, patriarchaler Dominanz – eine revolutionäre Antwort entgegenschleudert. Wir stellen uns die Frage, wie in einer 4.0-versmarteten-Gesellschaft eine revolutionäre Antwort aussehen könnte, die Überwachung und totalitäre Beherrschung unterläuft und unkontrollierte digitale und analoge revolutionäre soziale Freiräume schafft. Und wir stellen die Frage nach einem Widerstand, der globale Bezüge herstellt, der Unterschiede respektiert, aber keine neuen Machtkonstellationen herausbildet. Wie kann ein revolutionärer Anarchismus heute aussehen, wie seine verschiedenen Aktions- und Organisationsformen? Welche Ansätze können die herrschenden ökonomischen Ausbeutungsbedingungen effektiv sabotieren? Wie können wir den Wi-

derstand der entrechteten Arbeiter\*innen, die wie Sklaven auf den Feldern, in der Pflege, in den Fabriken, in den nicht nur afrikanischen Minen oder den Versandzentren eingesetzt werden, unterstützen und militant begleiten? Wir suchen Antworten auf die von Menschen gemachte Klimakrise und die Zerstörung der Umwelt, auf Rassismus, Patriarchalismus und Kolonialismus.

Dabei sind wir davon überzeugt, dass revolutionäre Antworten wieder umfassender werden und aus den politischen Teilbereichsbewegungen herauskommen müssen. Dies geht nicht ohne eine Praxis, die eine umfassende Vorstellung davon beinhaltet, wo man eigentlich hin will – nicht als Dogma, sondern als zunächst utopische Vorstellung, als Beschreibung eines breiten Weges von permanenten Veränderungen. Dabei bleibt es wichtig, all die historischen Fehler revolutionärer Bewegungen inklusive ihrer machtpolitischen Ansätze einzubeziehen. Dass wir nicht alle Fragen einer revolutionären Praxis öffentlich bearbeiten und diskutieren können, sondern auch klandestin und geschützt behandeln müssen, ist klar. Fragen inhaltlicher Art möchten wir aber sehr wohl öffentlich diskutieren: Wie begegnen wir einem weltweiten chauvinistischen, einem religiösen Fundamentalismus auf allen Seiten, einem neuen Faschismus. Wie begegnen wir dem Frauenhass, dem Hass auf Queerness, auf Indigene, auf Schwule, wie der Gleichgültigkeit, der Abwehr und zu oft auch dem Hass gegenüber Menschen, die flüchten müssen, die sich zu Tode arbeiten müssen, die in der Sahara verdursten oder in Auffanglagern vergewaltigt und verklavt werden.

Wie begegnen wir einer doppelten Moral liberaler Menschen, die einerseits ihr Mitleid mit den Armen in aller Welt vor sich her tragen, aber deren Mitleid in den Metropolen nur ein Lippenbekenntnis ohne praktische Folgen bleibt? Wie verbinden wir die notwendigen globalen Kämpfe mit dem Widerstand gegen die neoliberalen Ausbeutungsbedingungen der Menschen in den Metropolen, die durch Mehrfachjobs und entgarantierte Arbeitsbedingungen in Depression und Armut gedrängt werden? Wie könnte eine militante und bewaffnete Option aussehen, angesichts einer globalen Zerstörung sämtlicher Naturbedingungen, die zu immer brutaler werdenden Überlebenskämpfen führen wird? Wie können wir die tragenden Säulen der Macht angreifen? Wie sie jenseits symbolischer Handlungen zersetzen und sabotieren (ohne dass darin bereits der eigene Griff nach der Macht angelegt und möglich ist)? Wie können soziale Kommunen geschützt werden, denen es gelingt, Alternativen zum kapitalistischen Wahnsinn zu etablieren? Und können sich mitten im ökologischen und sozialen Niedergang mutige Gruppen im kollektiven Geiste herausbilden, die in der Lage sind, tiefgreifende Veränderungen kämpfend zu verstetigen? Geht das überhaupt noch? Wer aber können die Subjekte künftiger Revolten, Aufstände und Revolutionen sein wenn nicht auch wir?

Wir fragen uns, ob die »Linke« nicht auf den Müllhaufen der Geschichte gehört und wir nochmal bei der Kommune und den Anarchist\*innen

**„Stadtteilentwicklungs-Unternehmen“, demoliert und ein Feuerlöscher in den Büroräumen entleert. 08.06. Das Steintor Varieté in Halle wird mit Farbbomben angegriffen um gegen den geplanten Auftritt des Antisemiten Uwe Steimle zu protestieren. 09.06. Das Rosenheimer Büro der AfD wird mit roter Farbe angegriffen. 10.06. In München wird ein Banner mit der Aufschrift: „Klima retten Imperialismus bekämpfen G7 Stoppen“ von einem Baustellen-Kran gehangen. 12.06. An der geplanten Polizeiwache am Kottbusser Tor hängt ein Transparent mit der Aufschrift: „Mehr Polizei löst keine sozialen Probleme - Kein Polizei-Showroom am Kotti!“. 13.06. Im Rahmen des Aktionswochenendes „Energieversorgung in unsere Hände Imperialismus bekämpfen“ wird in Köln die RWE Zentrale verschönert und es findet ein Bannerdrop statt. 14.06. In Magdeburg werden mehrere Brunnen rot gefärbt um auf die Situation in Kurdistan aufmerksam zu machen.**

des 19. Jahrhunderts losgehen müssen. Allerdings haben wir weder die Zeit noch die Geduld, noch existieren heute noch die materiellen Voraussetzungen noch einmal 100 Jahre abwartend zu diskutieren. Trotzdem müssen wir dies sehr präzise tun, um eine mögliche Basis für zukünftige Kämpfe zu schaffen und diese jetzt auf den Weg zu bringen. Wir wollen nicht missverstanden werden: Der revolutionäre bewaffnete Kampf an sich führt nicht zur Beantwortung all dieser Fragen. Denn der revolutionäre Kampf ist in erster Linie ein sozialer Kampf. Militanz und Bewaffnung sind nur immer wieder neu zu überprüfende Mittel und Taktiken, um eine soziale Revolution zu stärken, sie abzusichern und um (auch) vorwärtstreibende Impulse zu setzen. Die Mittel sind kein Selbstzweck und der Zweck heiligt nicht jedes Mittel. Eine revolutionäre Bewegung, die sich militaristisch aufstellt, ist bezüglich ihrer emanzipativen sozialrevolutionären Vorstellungen wenig glaubwürdig. Sie bewegt sich im Rahmen der Herrschaftslogik.

Genauso wenig glaubwürdig wie eine Bewegung, die glaubt, sie könnte die Frage von Militanz und Bewaffnung ignorieren – wie uns das ein großer Teil der Linken in Deutschland vorgaukeln möchte und die Fragen systematisch ausblendet. Sicher ist aber: Wenn eine revolutionäre Bewegung, die die ökonomischen Ausbeutungsbedingungen kippen will, nicht bereits im Kern antipatriarchal, antirassistisch, antikolonialistisch und antimilitaristisch ist, hat sie bereits verloren. Stehen wir an der Schwelle eines neuen Zeitalters? Stellen wir die richtigen Fragen? Finden wir die richtigen Antworten? Wie viel sind wir alle, jede\*r einzelne\* von uns, be-

reit, in die Waagschale zu werfen für eine freie Gesellschaft, für eine von jeglicher Herrschaft befreiten Welt? So utopisch das auch scheinen mag? Haben wir denn eine Alternative?

Dieses Gespräch kann nur ein kleiner Teil, ein Baustein sein, um aus der Geschichte zu lernen und uns auf einen möglichen Weg zu bringen. Die drei Menschen, die wir interviewt haben, kommen aus unterschiedlichen Gruppen der RZ. Trotzdem können sie weder alle Fraktionen und Strömungen, noch alle Positionen innerhalb der historischen Organisation oder des Zusammenhangs wiedergeben. Sie beanspruchen auch nicht, für die Gesamtheit der Zellen zu sprechen. Wer sich nicht berücksichtigt fühlt, sich wundert, warum er oder sie nicht angefragt wurde, oder sich gar darüber ärgert, der\*die sei hiermit aufgefordert, einen öffentlichen Weg zur eigenen Positionierung, zum Diskussionsbeitrag oder zur Kritik zu suchen und dies als Ergänzung zu verschriftlichen.

Wir teilen nicht jede Position, die die drei Genossen geäußert haben. Wichtig war uns, dass sie aufrichtig und ehrlich den Standpunkt wiedergeben haben, aus dem sie ihre Geschichte rückblickend sehen und einordnen. Dass sie das getan haben, wissen wir zu würdigen und halten es für wertvoll. Wir würden uns sehr freuen, wenn das Buch Auseinandersetzungen stärken und Eingang in eure Diskussionen finden würde.

*Einige Unsichtbare*

## Ein neuer Tag in Freiheit

### Jahr 6, Grusswort aus dem Nirgendwo

10. Juli, 2022  
Meine Liebsten

Mein Herz springt vor Freude, euch diese Zeilen zu schreiben. Endlich! Gut fühlt es sich an mit euch zu „sprechen“. Mit einer Tasche voll neuer Erfahrungen, die mir das Leben überreicht hat, kehre ich nun ein Jahr später an jene Lichtung zurück, von der ich euch das letzte Mal zugerufen habe. So vieles ist passiert, und so wenig ist geschehen . . .

Jeden Morgen, wenn ich aufwache, erscheinen die Bilder meiner nächtlichen Träume nochmals vor meinem geistigen Auge. Und immer (und damit meine ich wirklich immer) kann ich euch dann sehen; in diesen Träumen befinden wir uns meistens in irgendeinem neu besetzten Haus mit sehr primitiver Grundausstattung. Und meistens ist es so, dass ich umher gehe in diesem scheinbar unbegrenzten Gebäude und neue Räu-

me und Stockwerke entdecke. Ihr sitzt währenddessen, in grösseren oder kleineren Gruppen, verteilt in diesem grossen Labyrinth. So kommt es, dass ich immer mal wieder auf mir vertraute Gesichter treffe, die sich freuen, mich endlich, nach all den Jahren, wieder zu sehen. Und dann, nach einer emotionalen Umarmung, bin ich sofort wieder Teil von euch und die Gespräche und Diskussionen gehen angeregt weiter wie zuvor. Leider ist ein solch geistiges Wiedersehen nicht die nächtliche Norm; oftmals verbleibe ich in der Rolle des Beobachters, wandere einem Geist ähnelnd umher und schaue euch beim Leben zu. Ein wunderschönes und zugleich tief schmerzhaftes Gefühl. Zusammen und doch getrennt, im selben Augenblick . . .

Doch dann, wenn ich mir den Schlaf aus den Augen reibe und aufstehe, wartet ein neuer Tag in Freiheit auf mich. Ein Tag in Freiheit, der in Gedanken an euch begann. Ich kann also guten Herzens sagen, dass ich wohl auf

**16.06.** Die Polizeiwache am Treptower Park wird mit Steinen und Farbe angegriffen. **17.06.** Großflächige Adbusting Aktion gegen die A100 in Berlin. **18.06.** Anlässlich des G7-Gipfels wird der Rüstungskonzern MTU in München markiert. **20.06.** Die Flink Filiale im Viktoriapark wird mit Farbe und dem Slogan „Nix als Ausbeutung“ markiert. **20.06.** In Stuttgart wird der Standort des Allianz Versicherungskonzerns als Protest gegen den G7 Gipfel mit Farbe angegriffen. **21.06.** Die Burschenschaft in der Karl-Heine-Strasse in Leipzig wird mit Farbgläsern angegriffen. **21.06.** In der S-Bahn Station Allach in München wird eine Botschaft für den Kriegsprofiteur Krauss-Maffei Wegmann hinterlassen: „Krauss Maffei 87 Mio€ Profit mit Krieg“. **25.06.** Die Zentrale der Münchener Rückversicherung wird im Rahmen des Protests gegen den G7 mit Farbe angegriffen. **25.06.** Aktionsgruppe „Bundeswehr abschaffen“ hängt gefälschte Werbeposter der Bundeswehr in

bin! Meine innere und äussere Lebensrealität ist in ständiger Entwicklung und es gibt noch so vieles zu erlernen und zu entdecken. Und solange dieses bejahende Lebensgefühl, das ich beim Aufstehen verspüre, jenem oft schmerzlichen des Aufwachens überwiegt, ist meine Flucht eine würdevolle Reise.

Ich umarme euch da draussen – ihr die und voller Elan gegen die Grausamkeiten dieser autoritären Ordnung ankämpft, auf eure ganz individuelle Weise. Frei von der Illusion, dass sich hinter dem Dialog mit repressiven Strukturen irgend eine abstruse Vorstellung von Freiheit verbergen könnte.

Ich umarme euch dort drinnen – ihr die jeden Tag der Rache der „ausgleichenden Gerechtigkeit“ inmitten grauen Betons ausgesetzt seid. Eure Würde bewahrend den Blick gen Horizont gerichtet und zugleich tief verwurzelt in euch selbst – haltet durch! Und auch, oder gerade vor

allem hier; frei von der Illusion, dass sich hinter dem Dialog mit repressiven Strukturen irgend eine abstruse Vorstellung von Freiheit verbergen könnte.

Und ich umarme euch dazwischen – ihr die umherzieht oder stillsteht, um den unnachgiebigen Scheinwerfern zu entgehen, die danach trachten eurer wilden Reise ein Ende zu setzen. Jeder Tag in Freiheit ist ein gewonnener Tag!

Ich freue mich auf die nächsten 6 Jahre. Danke, dass ihr da seid. Ich bin es auch.

Erneut und immer wieder  
In Liebe und auf ein Wiedersehen  
euer Freund und Gefährte aus dem Nirgendwo

## Frankreich: Brief von Ivan aus dem Gefängnis „Solidarität bedeutet Angriff“

15.06.2022

Mein Name ist Ivan, ich bin Anarchist.

Ich wurde am Samstag, den 11. Juni, gegen 3.30 Uhr morgens auf dem Heimweg von der SDAT(1) in der Nähe meines Hauses verhaftet. Mir werden sechs Fahrzeugbrände vorgeworfen, die zwischen Januar und Juni in Paris und Montreuil stattgefunden haben, oft aus Solidarität mit anarchistischen Gefangenen (beim letzten Brand, in der Nacht meiner Verhaftung, ein Botschaftsfahrzeug im 17 Arrondissement.)

Monatelang richteten die Bullen Überwachungsschleifen und Abhörgeräte ein, installierten eine Kamera im Eingang meines Hauses, fingen meine Post ab (einschließlich Briefen von inhaftierten Mitstreiter:innen) und überwachten mein Bankkonto. Eine andere Person (wir kennen uns nur vom Sehen, aber ich schätze ihn sehr) wurde verfolgt, abgehört usw., aber nicht beschuldigt. Auch, aber nicht verwickelt. Nur Mut, mein alter Freund!

Die SDAT-Untersuchung begann im Februar 2022 auf Anweisung der Staatsanwältin Laure-Anne Boulanger von der Staatsanwaltschaft Bobigny. Sie zogen auch eine andere, abgeschlossene Untersuchung aus der Schublade, die von anderen Polizisten durchgeführt worden war und sich auf etwa fünfzig Brandstiftungen von Fahrzeugen bezog, die von Anar-

chisten in Paris und Umgebung zwischen Juni 2017 und 2021 verübt worden waren. Die SDAT hat die beiden Ermittlungen „zusammengeführt“, aber die Ermittlungsrichterin (Stéphanie Lahaye vom Gericht in Bobigny) hat nur die letzten sechs Aktionen behalten. Für die anderen bin ich ein „beratender Zeuge“.

Neben der „Zerstörung mit gefährlichen Mitteln“ gibt es auch Anklagen wegen Gefährdung des Lebens anderer, Verweigerung der Identifizierung (Fotos, DNA, Fingerabdrücke, die sie mir trotz Drohungen nicht gewaltsam abgenommen haben), Verweigerung der Herausgabe der Verschlüsselungspasswörter meiner Computer und der Passwörter meiner Telefone.

Zurzeit befinde ich mich in Untersuchungshaft im Gefängnis von Villepinte. Ich bin in guter Verfassung, es geht mir gut, auch wenn ich meine Lieben sehr vermisse.

Das ist normal, es ist ein Gefängnis, und das muss man in Kauf nehmen, wenn man ein Feind dieser Gesellschaft ist.

Die Rückkehr vom Hof ist der schwierigste Moment hier. Das ist der Moment, in dem die Tür bis zum nächsten Tag geschlossen wird. Aber ich drehe mich zum Fenster und schaue hinaus. Da draußen, irgendwo, kämpfen die Mitstreiter:innen noch. Nichts ist vorbei.

die S- und U-Bahnhöfe Berlins. **27.06.** In Solidarität mit Lina E. und gegen Repression wird in Leipzig ein Auto der LVZ Post angezündet. **28.06.** Ein Werbeplakat des DGB in Nürnberg, dass die öffentliche Ordnung propagiert, wird beschädigt. **29.06.** In Duisburg wird die neu eröffnete Nazi Kneipe „Lockdown“ markiert. **30.06.** Das Haus von AfD Politiker Markus Frohnmaier in Weil der Stadt - Schafehausen wird mit Buttersäure und Farbe markiert. **03.07.** In der Nacht greifen Militante eine Polizeistation in Zografou, Athen an. Am Abend des folgenden Tages entschließen sich einige Besucher\*innen des Antirassistischen Festivals auf dem Uni-Campus die nahegelegene Polizeistation der Aufstandsbekämpfungseinheiten anzugreifen. Sie zünden Barrikaden an und liefern sich eine einstündige Straßenschlacht mit den Cops. Niemand wird festgenommen. **05.07.** In Hartmannsdorf wird der Gasthof Elli Kröbner mit Farbbeuteln beworfen. Hier hatten die Freien

Sobald ich mehr Informationen über diesen Fall erhalte, werde ich mehr schreiben (ich habe nicht viel anderes zu tun!).

Meine Gedanken sind bei den Anarchist:innen im Gefängnis, überall auf der Welt: bei Damien (in Draguignan), bei Alfredo, bei Anna, bei Juan, bei Toby, bei Giannis Michailidis im Hungerstreik... und bei euch allen da draußen!

Solidarität bedeutet Angriff!  
Es lebe die Anarchie!  
IVAN

(1) Antiterroristische Unterabteilung der Zentralen Abteilung der Kriminalpolizei

Ivan hat seinen Namen und seine Gefängnisnummer hinterlassen, damit wir ihm aus Solidarität schreiben können:

Ivan Alocco  
n°46355 MA de Villepinte  
Avenue Vauban  
93420 Villepinte,  
Frankreich

## Statement zu den Entwicklungen um J. Domhöver

Johannes Domhöver ist Kronzeuge im Antifa Ost Prozess. Hat er sich selbst dafür entschieden? Wurde er von den Bullen unter Druck gesetzt? Wie dieser Prozess genau abgelaufen ist, werden wir nie erfahren. Ob er diesen Weg widerwillig gegangen ist, weil er keine andere Variante gesehen hat oder ob er einfach wirklich nur das Arschloch ist, für das wir ihn halten, werden wir nicht raus bekommen. Gehen wir also vom Schlimmsten aus: Domhöver wird vollumfänglich zu allem, was er weiß, aussagen. Er wird Leute verraten, er wird Leute beschuldigen, er wird jede Variante, die die Bullen und Staatsanwaltschaft ihm hinlegen, unterschreiben.

Eine der Fragen, um die wir kreisen, ist, wie sind wir – als Bewegung oder Szene – hierher gekommen? Wie konnte uns die Situation so sehr entgleiten, dass nun ein ehemaliger Genosse – einige haben ihn lange genug dafür gehalten – gegen uns aussagt? Zweifel daran, ob wir seit dem Outcall nicht hätten anders handeln sollen. Zweifel, ob nicht doch die Stimmen recht hatten, die meinten, dass die Auseinandersetzung mit Domhöver jetzt und so öffentlich nicht hätte stattfinden sollen. Vielleicht gibt es eine Antwort auf unsere Fragen, wenn wir zurück zum Anfang der Auseinandersetzung gehen.

Am 21. Oktober 2021 kam der Outcall über Domhöver. Die Betroffene schreibt von wiederkehrender sexualisierter Gewalt, Drohungen, Lügen, Manipulation. Sie schreibt von Todesangst, die sie hat und die jetzt stärker ist, weil sie sich öffentlich äußert. Trotzdem hat sie den Mut sich zu äußern. Sie fordert:

Ich erwarte von seinem Umfeld, dass sie es sich jetzt nicht einfach machen, indem sie sagen, sie hätten von nichts gewusst und Johannes als den einzigen Täter darstellen. Ich weiß, dass einige von euch von der Gewaltbeziehung wussten. Ich gebe euch eine Mitschuld daran, dass Johannes so viele Jahre mit seinem Frauenhass durchgekommen ist. Warum

habt ihr nicht einmal versucht mich zu kontaktieren? Es wäre so einfach gewesen.

Kurz darauf veröffentlichte die Antifa Friedrichshain den Umstand, dass Domhöver von Repression betroffen ist. Die Criminals for Freedom präzisierten dann, er sei Beschuldigter im Antifa Ost Verfahren. Wieder einige Tage später erschien ein zweites Outing, nun von einer Unterstützungsgruppe aus Nürnberg. Erneut geht es um sexualisierte Gewalt und Übergriffe. Diese Texte noch einmal zu lesen, zerstreut die Zweifel um die öffentliche Auseinandersetzung mit Domhöver und seinen Taten bereits weitgehend. Immer noch denken wir, dass eine öffentliche Kommunikation nicht in einen Distanzierungswettbewerb ausufern muss. Kollektive Prozesse brauchen Zeit, erst recht braucht es Zeit sie anderen zu vermitteln. Aber eine schnelle Reaktion auf den Outcall, Unterstützung für die Betroffenen und Anerkennung ihrer Situation durch andere bleiben wichtig.

### Den Schaden hat Domhöver und sein Umfeld angerichtet

Immer wieder kam in der Debatte um den Outcall und die Repressionsgefahr, die daraus entsteht, das Argument auf, der Zeitpunkt sei der Falsche gewesen. In der Tat können wir an dieser Stelle sagen, dass es einen besseren Zeitpunkt für eine Auseinandersetzung gegeben hätte – viel früher! Spätestens 2020, so das Solidaritätsbündnis, wussten Leute zum Teil von Domhövers Taten und hätten Rückschlüsse ziehen können, wozu er in der Lage ist. In jedem Fall hätte er mit so einem Vorwurf aus allen Strukturen ausgeschlossen werden müssen, für die Vertrauen und Konsens wichtig sind. Eine Auseinandersetzung mit ihm, patriarchaler Gewalt und wie sie sich in unseren Strukturen fortsetzt, wäre ja trotz seines Szeneauschlusses und trotz seiner fehlenden Bereitschaft zur Reflexion möglich gewesen. Aus allem was wir wissen, ahnen wir, dass damals nicht mit der nötigen Konsequenz vorgegangen wurde.

Sachsen die Möglichkeit ihren Gründungsparteitag abzuhalten. 07.07. Nachdem Aktivist\*innen einer Autobahnblockade zu langen Bewährungsstrafen verurteilt wurden, prangt nun der Schriftzug: Burn All Prisons! Climate Justice! Auf dem Frankfurter Amtsgericht. 08.07. In Hay les Roses (F) brennt ein Fahrzeug der (Gefängnis-)Baufirma Vinci. Als Akt der Solidarität mit dem seit kurzem inhaftierten Anarchisten Yvan. 08.07. In Frankfurt am Main wird in Solidarität mit dem hungerstreikenden Anarchisten Giannis Michailidis in Griechenland, das griechische Konsulat mit Sprüchen versehen. 12.07. Carola Wolle sitzt im Landtag Baden-Württemberg für die AfD. In Der Nacht wurde ihre Wohn- und Geschäftsadresse in Beilstein als Nazibude nach außen kenntlich gemacht. 14.07. Die rechte Burschenschaft Danubia in München kassiert Farbe an die Fassade. 19.07. In Stuttgart zünden Revolutionär\*innen das Auto des türkischen Konsuls an. Acht weitere

Wenn Menschen immer noch nach einem besseren Moment der Veröffentlichung des Outcalls Domhövers suchen, dann sollten sie sich damit nicht an die Betroffenen seiner Gewalt wenden. Stattdessen müssen wir diese Frage weiterhin allen stellen, die ihn kannten, die etwas wussten, mutmaßten, Gerüchte hörten, diese weiter verbreiteten und sich nicht ernsthaft damit befassten. Die Rote Hilfe Leipzig konstatierte ganz richtig: anscheinend hat niemand etwas gewusst, niemand gesteht die eigene Unzulänglichkeit, Überforderung und Passivität ein. Alle distanzieren sich.

Es ist wichtig und richtig klar zu stellen, dass sich Domhöver selbst für seine Aussagen bei den Bullen entschieden hat. Vielleicht war er in einer beschissenen Lage, aber diese Scheiße hat er selbst angerichtet, indem er mit allen Werten gebrochen hat, die er sich als Teil der radikalen Linken selbst mal auf die Fahnen geschrieben hat. Und trotzdem: Domhövers Umfeld trägt die Verantwortung sich damit auseinanderzusetzen, welchen Anteil sie an seinen Aussagen haben. Was wolltet ihr nicht sehen? Was hättet ihr verhindern können? Welche Anzeichen und Zweifel habt ihr ignoriert?

Und dann gibt es auch noch solche wie uns: Den Typen zum Glück nie gesehen und jetzt den erhobenen Zeigefinger ausstrecken und andere zur Selbstkritik zwingen. Für uns gilt die Frage, was hätten wir denn besser gemacht? Haben wir auch permanent mit Menschen zu tun, die daherkommen, wie Superheld\*innen und genau deswegen einknicken werden? Welche sexistischen oder einfach nur Selbstdarsteller\*innen tolerieren wir denn tagtäglich?

## Verrat

Die Zusammenarbeit zwischen Domhöver und den Bullen basiert auf dem Paragraphen 46b (<https://dejure.org/gesetze/StGB/46b.html>) des Strafgesetzbuchs. Dieser verspricht eine erhebliche Strafmilderung für den Fall, dass Leute Aussagen zu Straftaten machen, die im Absatz 2 des § 100a StGB (<https://dejure.org/gesetze/StPO/100a.html>) benannt sind: darunter die kriminelle Vereinigung. Der Strafnachlass wird wiederum im § 49 StGB (<https://dejure.org/gesetze/StGB/49.html>) angegeben. Ausschlaggebend ist, dass Domhöver seine Aussagen gemacht hat, bevor der Prozess in Gera begonnen hat, in welchem er angeklagt worden wäre bzw. noch wird. Der aktuelle Prozess in Dresden spielt für seine Strafbemessung keine Rolle. Domhöver dürfte nach seinen Aussagen mit wenigen Monaten Haftzeit, die ja auch auf Bewährung ausgesetzt werden können, raus sein und ein neues Leben anfangen können.

Zugegebenermaßen haben auch wir die Möglichkeit, dass Domhöver aussagen würde, eher ignoriert. Warnende Stimmen konnten sich nicht durchsetzen, um eine vorausschauende Auseinandersetzung mit dem Szenario zu erzwingen. Das sollten wir jetzt nachholen. Nicht, indem wir öffentlich darüber spekulieren, was Domhöver aussagt. Wir scheißen auf

ihn und den gequirrten Mist, den er und die Bullen zusammen einrühren. Wir waren zunächst geneigt ihn an dieser Stelle mit anderen historischen Fällen von Leuten, die sich den Bullen angedient haben, zu vergleichen, Tarek Mousli zum Beispiel.<sup>1</sup> Das lassen wir mal weg. Offensichtlich gibt sich die Soko LinX reichlich Mühe, die Daumenschrauben anzuziehen. Aber was hatte Domhöver denn zu erwarten? Im Vergleich zu den Angeklagten der Stadtguerilla recht wenig. Wir haben keinen Bock, ihn in diese Reihe zu stellen.

Aber natürlich müssen wir uns mit der Frage auseinandersetzen, was jetzt kommt. Es wird weitere Hausdurchsuchungen geben. Weitere Menschen werden in das Visier der Bullen kommen, zum Beispiel diejenigen, die sich aktiv für eine Auseinandersetzung mit Domhöver eingesetzt haben – solche Racheaktionen können wir uns zumindest vorstellen. Wahrscheinlich ist auch, dass Leute nicht als Beschuldigte ins Visier geraten, sondern als Zeug\*innen. Mit solchen Szenarien sollten wir uns auseinandersetzen. Nicht aus Sensationsgier, sondern um den Schaden zu erahnen, den seine Aussagen anrichten werden. Weiterhin sollten alle, die von Repression aufgrund seiner Aussagen betroffen sind, ebendies veröffentlichen. Wir müssen wissen, was er alles ausgesagt hat. Denn für andere, die ebenfalls in seinem Verrat vorkommen könnten, ist das enorm wichtig. Und wiederum hat das auch nichts damit zu tun, ob wir auch nur einen Deut auf diese Aussagen geben. Was er zum Besten gibt, wird den Bullen reichen um daraufhin aktiv zu werden.

Wir wünschen uns einen offensiven Umgang: ja – für die Angeklagten in Dresden und alle diejenigen, die die Bullen gerne durch Domhöver erwischen wollen, sieht es gerade mies aus. Und ja – es ist möglich, dass die Bullen uns in den Lebenslauf pfuschen: Haft, Verurteilungen, Berufsverbote, öffentliche Stigmatisierung können uns erwischen, selbst wenn wir »nur« Solidaritätsarbeit machen. Aber ja – es ist umso richtiger, daß wir deswegen nicht klein bei geben. Wir müssen füreinander stark sein.

Betroffene von Repression erleben häufig, dass sich Personen und Zusammenhänge aus der Szene wegen der Ermittlungen von ihnen distanzieren. Gerade der § 129 StGB legt es mit seinen Konstruktionsmöglichkeiten auf so etwas an. Natürlich kann es sein, dass wir über eine »Kontaktschuld« in solche Verfahren geraten. Doch die Schuld tragen die Bullen und der »ehemalige Genosse«, nicht die Betroffenen der Repression. Darum gilt für uns: keine Distanzierung, kein Rückzug bei staatlicher Drangsalierung.

Wir wollen aber zum Anfang der Debatte zurückkehren. Noch einmal: alles, was bis hierher passiert ist, darf nicht unter den Tisch gekehrt werden. Domhöver darf auf gar keinen Fall wieder in linke Strukturen und Zusammenhänge hinein kommen. Dafür müssen wir sorgen, auch europaweit und international. Seine Personenbeschreibung aus dem Outcall und Informationen über seine Aussagen sollten wir darum auch über die

**Fahrzeuge werden in Mitleidenschaft gezogen. Für die Verteidigung der Revolution in Kurdistan! 23.07. Kurdische Farben zieren nun die Fassade des Prestige-Standortes von Mercedes in München. Ein Großkunde von Mercedes sind die türkische Polizei und das Militär. 31.07. An mehreren Stellen im Lausitzer Braunkohlrevier, werden die Oberleitungen der Kohlebahn mit Hakenkrallen sabotiert. „Es braucht uns auf der Straße, ob festgeklebt oder Parolen rufend, es braucht uns auf den Baggern und Baustellen, es braucht uns streikend vor Krankenhäusern und in den Betrieben, es braucht uns an den Schienen und an den SUV-Reifen, es braucht uns in der Nachbar\*innenschaft – ob sichtbar oder unsichtbar, es braucht vielfältigen Widerstand für eine radikale Transformation und ein gutes Leben für alle!“**

deutsche Grenze hinaus verbreiten, Artikel dazu übersetzen und weitläufig teilen.

Zweifelsohne ist der Vertrauensbruch durch eine\*n Kronzeug\*in unfassbar schmerzhaft. Zweifelsfrei gehört dieses Verhalten auch von allen geächtet. Der eigentliche Bruch ist aber schon Monate und Jahre her. Jede Vergewaltigung, jeder Versuch dazu, die Morddrohungen gegen die Genoss\*innen, Lügen, Manipulation, all dieses Verhalten war schon Verrat. Wir hoffen, dass dieses Verständnis von Verrat auch in Zukunft so verhandelt wird.

Die Auseinandersetzung muss erneut in Schwung kommen. Zuletzt ist es wieder ganz ruhig geworden. Und das, obwohl noch so einige erhobene Forderungen nach Auseinandersetzung und Stellungnahmen offen sind.

Verantwortungsübernahme bedeutet nicht, jetzt einen auf „wir wussten von nichts“ zu machen und sich jetzt, wo es eh schon viel zu spät ist, von Johannes abzuwenden, um ja nicht mit ihm in eine Schublade gesteckt zu

werden. Verantwortungsübernahme bedeutet, dass ihr eure Rolle in dem Ganzen reflektiert, aus euren Fehlern lernt und zu eurem Versagen steht.<sup>3</sup>

*ermittlungsausschuss dresden, Juli 2022*

<sup>1</sup> Alle Veröffentlichungen zur Debatte um Domhöver (die wir finden konnten) findet ihr unter: [www.https://ea-dresden.site36.net/verfahren-antifa-ost](http://www.https://ea-dresden.site36.net/verfahren-antifa-ost)

<sup>2</sup> Mousli hat viele Jahre nach seinem Ausstieg aus den Revolutionären Zellen vor Gericht gegen seine ehemaligen Freund\*innen und Genoss\*innen ausgesagt und sie in den Knast gebracht. (<http://www.freilassung.de/prozess/mousli/mousli.htm>) Den Verrat Mouslis wollen wir nicht schön reden. Doch immerhin ging es in seinem Fall um wesentlich mehr: Sprengstoffanschläge, Attentate, und vieles anderes. Mousli wäre für viele Jahre im Knast verschwunden. Ob er das hätte auf sich nehmen können, hätte er natürlich genauso wie Domhöver früher entscheiden müssen.

Ein Überblicksartikel zu Mousli findet sich unter: <http://www.freilassung.de/presse/mousli/ak446.htm>

<sup>3</sup> aus dem ersten Outing zu Johannes Domhöver (<https://de.indymedia.org/node/156448>)

## Hausdurchsuchungen in München

Die Repression setzt sich fort.

Nachdem die Bullen vor etwas mehr als einem Monat im Rahmen eines 129er-Verfahrens mehrere Wohnungen von Anarchist:innen in München gerazt haben, wie auch die anarchistische Bibliothek Frevel und eine Druckerei, führen sie jetzt ihre repressiven Bestrebungen fort.

Offenbar war ihnen der Diebstahl einer ganzen Druckerei noch nicht genug: indem sie nun den Vermieter der Bibliothek unterdrucksetzten und einschüchterten, gelang es ihnen, diesen zur Kündigung des Vertrages zu

bewegen, sodass die Bibliothek ihren Raum nach Ende der Kündigungsfrist, also Anfang Dezember, verlieren wird.

Wie es weitergeht, ist noch ungewiss, wer die Bibliothek allerdings besuchen will, um sich zu verabschieden oder uns noch kennenzulernen, ist hiermit herzlich eingeladen.

Kackapolizei!

## Brief aus dem Knast.

*[Der Brief wurde uns zugeschickt. Wir haben ihn abgetippt und leicht berichtigt]*

Liebe Genossinnen,

hinter Gittern am Sonntag will ich euch schreiben. Ich befinde mich hier in einer Kanstwelt, genannt forensische Psychiatrie. Ich werde mit Psy-

chodrogen behandelt. Hier bin ich 12 Jahre. Hinter Knastmauern bin ich seit 1986, 37 Jahre non stop. Ich habe das Autonome Blättchen jetzt öfter gelesen und ich finde darin vieles wieder, so wie ich als Freidenker und Anarchist auch denke. Jetzt habe ich herausgefunden, dass man an euch schreiben kann. Ich finde es scheiße, dass Menschen im Mittelmeer ertrin-

**03.08.** In Portland, Oregon wird ein Fahrzeug des Car-Sharing Unternehmens free2move angezündet. Der Mutterkonzern Stellantis, stellt auch Autos für die griechischen Bullen. Die Anarchist\*innen solidarisieren sich mit dem hungerstreikenden Gefangenen Giannis Michailidis. **03.08.** In Hamburg wird in einer Polizeiwache Buttersäure verteilt. Ein Akt der Rache für den Angriff auf die 1. Mai Demonstration durch die Cops. **04.08.** Fünf Jahre nach dem G20 Gipfel in Hamburg, bekommt der ehemalige Richter Johann kriegten nächtlichen Besuch. Seine Terrasse wird großzügig mit Farbe und Buttersäure eingesaut. **05.08.** In Stuttgart wird das Rekrutierungszentrum der Bundeswehr mit Farbe angegriffen. „Engagiert euch gegen die Rüstungsindustrie, die Bundeswehr und die Parteien aller Couleur die Militarisierung und Aufrüstung vorantreiben und die nächsten Kriege vorbereiten. Beteiligt euch an Antimilitaristischen Aktionen, Camps und Treffen. Lasst

ken. Ich finde es nicht gut, dass Frontex die Flüchtlinge fängt und zurück nach Libyen bringt, in unsichere Häfen.

Ich kenne viele refugees und habe schon mehrere Abschiebungen mit ansehen müssen. In Lippstadt Eickelborn wurde Hassan Akkurd geholt. Als sie zuerst da waren hat er gesagt, er geht nicht mit. Dann kamen die Häscher ein zweites mal und er wurde ins Kurdengebiet abgeschoben. Hassan war Kumpel von mir und kam auch aus Bielefeld. Nach Grenoble wurde ein Algerier abgeschoben und mein Freund Nabi wurde zurück in den Iran abgeschoben. Er packte vieles ein und schenkte mir zum Abschied ein T-Shirt von sich. Natürlich durchlocht...

Ich schreibe euch das, weil ich weiß, dass ich im Herzen der Bestie bin. Anarchist - das schlimmste, was es es für einen Staat gibt.

Schon Immanuel Kant hat in seiner Schrift zum ewigen Frieden geschrieben, dass der Mensch von Natur her ein Gastrecht hat. Und da wohnt und ist, wo er will.

Diese geschilderten Abschiebungen waren in Eickelborn, wo ich 20 Jahre im Knast saß. Jetzt bin ich 37 Jahre im Knast und in NRW in Bedburg Hau.

Der Staat versucht, die medizinische Versorgung nicht zu beachten. Ich werde bis zum Tod verwahrt aber ich gebe nicht auf.

Da ich das Autonome Blättchen kenne, weiß ich, was der neue Anarchismus ist. Kropotkin und Bakunin habe ich studiert und ich weiß über unabhängigen Sozialismus Bescheid. Ich schreibe auf einer alten Olympia-Maschine. Ich bin mittlerweile verstümmelt. Das heißt, linkes Ohr taub und linker Arm teilweise gelähmt, Bluthochdruck und chronischer Tinnitus, der mich am meisten quält.

Macht weiter mit dem Autonomen Blättchen und ich lese es. Ich lese auch das Gefangeneninfo und bin 60 Jahre alt. Wer mir schreibt, bitte Briefmarken beilegen. Ich hoffe dieser brief erreicht euch. Ich muss alle Briefe vor dem Beamten öffnen und er guckt, was drin ist. Briefmarken sind erlaubt. Ich hoffe, ihr schickt mir das nächste Autonome Blättchen gratis zu.

Anarchie in germany, Rainer Löhnert Devis, 3.7.2022

Rainer Löhnert Devis  
Forensik  
Bahnstraße 6  
47551 Bedburg Hau

## **Erklärung der Teilnehmer\*innen der 14. Anarchistischen Buchmesse des Balkans (ABB)**

Vom 24. bis 26. Juni 2022 haben sich nach zwei Jahren coronabedingter Pause zahlreiche Kollektive, Initiativen und Einzelpersonen aus der anarchistischen und antiautoritären Bewegung auf der 14. Anarchistischen Buchmesse des Balkans in Cluj/Kolozsvár getroffen. Wir kamen aus verschiedenen Ecken des Balkans und darüber hinaus: aus dem so genannten Bulgarien, Slowenien, Rumänien, Griechenland, Türkei, Kroatien, Ungarn, Serbien und auch aus dem so genannten Litauen, Österreich, Deutschland, Schweiz, Frankreich und Brasilien. Wir sind zusammengekommen, um Ideen und Neuigkeiten aus vergangenen und laufenden Kämpfen auszutauschen und um die Beziehungen, das Vertrauen und die Solidarität untereinander als Genoss\*innen zu stärken.

Wir haben viele Themen diskutiert, ein paar Schlüsse gezogen aber auch viele Fragen offen gelassen.

Wir haben die Buchmesse mit Diskussionen über Internationalismus und gegenseitige Hilfe eröffnet. Wir haben uns daran erinnert, dass die Anarchistische Buchmesse des Balkans Teil einer Tradition grenzüberschreitender internationaler Organisierungsbemühungen ist, die die anarchistische

Bewegung von ihrer Entstehung an auszeichnet. Es wurden Parallelen zwischen den Unterdrückungssystemen in Lateinamerika und im Balkan gezogen. Beide Regionen gehören der Peripherie des globalen kapitalistischen Systems an und sind von einer Geschichte der Ausbeutung gezeichnet. Wir haben wieder einmal festgestellt, dass eine gemeinsame Analyse und Praxis nicht möglich ist, wenn sie nicht auf direkten persönlichen Beziehungen fußt, für die es wiederum gemeinsame physische Orte braucht. Einer dieser Orte ist die Anarchistische Buchmesse des Balkans. Wir sind weiterhin der Auffassung, dass eine wirkungsvolle internationale Solidarität darauf abzielen muss, die Zentren der kapitalistischen und staatlichen Herrschaft in den verschiedenen Regionen herauszufordern und zu bekämpfen, und sich nicht nur auf einige wenige globale Supermächte konzentrieren sollte.

Der Krieg wirft seine Schatten auf den Kontinent. Der Balkan ist noch immer von den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien geprägt. Anknüpfend an diese schmerzhaften Erfahrungen müssen wir feststellen, dass die aktuelle Eskalation des Kriegs in der Ukraine wieder einmal zeigt, dass die staatliche und kapitalistische Herrschaft weltweit dazu bereit ist, organi-

**uns zusammen die imperialistische Agenda sabotieren bevor wir am Ende die Scheiße ausbaden müssen.“ 05.08. In Wülfrath verbiegen Militante die Versorgungsschienen des Kalkwerks von Lhoist Germany Rheinkalk GmbH. Diese versorgt vor allem Thyssenkrupp und RWE mit ihrem Kalk. „Wir fordern daher den Rest der radikalen Linken und der Klimagerechtigkeitsbewegung zur Nachahmung auf! Egal ob in größer werdenden Kleingruppenaktionen oder in Massenaktionen, zum Beispiel diese Woche bei Ende Gelände in Hamburg: Lasst uns aus unseren etablierten, oft zahnlosen Protestformen ausbrechen und Neues sowie Vergessenes wagen und uns der Zerstörung in den Weg stellen! Lasst uns die von uns gewählten Mittel immer kritisch prüfen und in den Austausch miteinander gehen! Lasst uns in Zeiten von Krieg, Krise und Zerstörung das richtige, das Notwendige tun!“ 06.08. In Frankfurt a. M. Wird ein Vonovia Auto mit dem Schriftzug „Stadt**

siert und unter Einsatz aller zur Verfügung stehender Technologien Gewalt auszuüben, Massenmorde zu begehen und ganze Regionen systematisch zu zerstören. Der Krieg in der Ukraine ist kein Einzelfall, sondern der aktuellste in einer Serie von Kriegen, die im Wettkampf um globale Vorherrschaft geführt werden. Diese Kriege sind Mittel, um die kapitalistische Herrschaft über Menschen, Ressourcen und Territorien aufrechtzuerhalten und auszuweiten. Als Anarchist\*innen und Antiautoritäre opponieren wir gegen alle Kriege und militärischen Projekte. Wir plädieren für den aktiven Widerstand gegen den Krieg und gegen alles, was ihn befördert, von Nationalismus und religiösem Extremismus bis hin zum Patriarchat und zur Vorstellung, dass unbegrenztes Wirtschaftswachstum der Zweck gesellschaftlichen Lebens sein müsse.

Wir erklären unsere ungeteilte Solidarität mit all denen, die unter den Zerstörungskräften des Kriegs zu leiden haben. Wir erkennen die außerordentlich schwierige Lage unserer Gesinnungsfreund\*innen in der Ukraine an, die um ihr Überleben kämpfen, sowie derer in Russland und in Belarus, die aufgrund ihres Widerstands gegen den Krieg extremen Repressalien ausgesetzt sind. In unseren Diskussionen kamen wir immer wieder auf eine Reihe von Fragen, auf die viele verschiedene praktische Antworten zu finden sind: Wie können wir uns Krieg und Militarisierung in unseren eigenen Kontexten widersetzen? Wie kann gegenseitige Hilfe und Solidarität für Betroffene von Krieg aussehen? Wie können wir es vermeiden, dass unsere Bemühungen benutzt werden, um die Fortsetzung des Kriegs und die Durchsetzung kapitalistischer Interessen zu legitimieren? Vor allem müssen wir dem Spektakel des Kriegs widerstehen, in dem komplexe Zusammenhänge vereinfacht werden, um unsere Zustimmung zu den Entscheidungen der Eliten zu gewinnen, die ganze Staaten, Armeen und Rüstungsindustrien lenken. Stattdessen sollten wir uns bemühen, die Funktion von Krieg im kapitalistischen System und die Gründe für jeden einzelnen Krieg zu begreifen, um nicht Gefahr zu laufen, uns der Kriegsmaschinerie zu unterwerfen. In diesem Kontext ist der Aufbau sozialer Bewegungen von unten unerlässlich.

Eine weitere Reihe von Diskussionen widmete sich der politischen Ebene von Queerness als einer anti-normativen und antiautoritären Praxis. Wir haben dabei die Wichtigkeit einer fortlaufenden Entwicklung anarcha-feministischer und queerer Praktiken auf dem Balkan betont und einige konkrete Handlungsfelder bestimmt:

1. Wir müssen in unserer politischen Arbeit über repressive Strukturen hinwegkommen und uns bewusst dem Angriff auf das Patriarchat widmen, auch wenn wir in unseren eigenen anarchistischen und antiautoritären Bewegungen darauf stoßen. Dafür müssen wir ehrlich miteinander umgehen, Bewusstsein für geschlechtsspezifische Unterdrückung schaffen, die unser Leben weiterhin prägt, und uns gleichzeitig bemühen, Gemeinschaft und Respekt jenseits der gesellschaftlich auferlegten oder selbstauferlegten Rollenbilder herzustellen. Es wurde betont, dass gegen-

seitige Fürsorge unerlässlich ist, um diese Ziele zu erreichen. Wir freuen uns, dass die ABB dahingehend ein positives Beispiel darstellt.

2. Wir erkennen an, dass es einen Mangel an queer anarcha-feministischer Literatur auf dem Balkan gibt und begreifen es als ein Problem das unser unmittelbares Engagement verlangt.

3. Wir möchten betonen, dass in vielen Gegenden die Coronakrise, der aktuelle Krieg und der Aufstieg neuer faschistischer Kräfte im Zusammenhang mit der Einführung repressiver Gesetze zu sehen sind, die besonders Frauen und queere Menschen treffen. Es ist abzusehen, dass der umfangreiche Angriff auf die Autonomie der Frauen und die Kontrolle über ihre Körper weitergehen wird.

Wir können beobachten, wie stärker werdende autoritärere Kräfte in Gesellschaft und Politik eine Männlichkeit neu erfinden, die den Erfordernissen der Kriegsmaschinerie entspricht. Der Kampf gegen das Patriarchat ist deshalb auch ein Kampf gegen Krieg und Militarisierung. Der neue Krieg ist jedoch nicht die einzige Krise, die der Repatriarchalisierung unserer Gesellschaften Vorschub leistet. Deshalb muss der Kampf gegen die Angriffe auf unsere Körper und unsere Reproduktionsfähigkeit einen zentralen Platz in unserer politischen Arbeit einnehmen. Wir sind überzeugt, dass die Werkzeuge und Ansätze, die unsere anarcha-feministischen Genoss\*innen entwickelt haben, für alle anarchistischen und anti-autoritären Strömungen nützlich und wertvoll sind. Es bedarf weiterer Ressourcen zur Stärkung der anarcha-feministischen und queeren Perspektive auf dem Balkan und der fortlaufenden Reflektion darüber, was es bedeutet, sichere Räume für alle zu schaffen.

Die Corona-Pandemie hat bestehende Klassenunterschiede zum Vorschein gebracht und weiter verstärkt. Sie hat unsere Bewegung in eine sehr herausfordernde Situation gebracht. Es wurde notwendig, neue Wege des Widerstandes zu finden. Uns ist klar, dass wir das nicht immer geschafft haben. Viele kennen die Gefühle der Überforderung und Orientierungslosigkeit sowie interne Konflikte, dennoch gab es viele positive Lösungen, die als Inspiration für die Zukunft dienen können. Der Ausnahmezustand hat sich normalisiert und daher ist es notwendig, sich dem zu widersetzen, was dieser konkret bedeutet: das Monopol des Staates über den öffentlichen Diskurs und politisches Handeln sowie extremer Individualismus. Uns wurde deutlich, dass wir die Deutung des Geschehens nicht allein Spezialist\*innen und Expert\*innen überlassen dürfen. Stattdessen wollen wir auch in unvorhersehbaren Situationen die Verantwortung für unsere eigenen Entscheidungen selbst tragen und uns auf politische Art und Weise, in Echtzeit und gemeinsam, Wissen erarbeiten.

Weitere Diskussionen drehten sich um die anhaltende Vertreibung von Menschen aus Regionen, die von der Festung Europa mitzerstört werden. Wir wollen unsere Solidaritätsnetzwerke erweitern, um Menschen

für alle!“ verschönert. Außerdem werden alle Reifen zersto- chen. 07.08. In wird eine Karre von Cosmote abgefackelt. „For example COSMOTTE, as a part of OTE, owned by 40% by Deutsche Telekom. Together they are a multinational surveillance agency, giving repression forces full access to their data, helping them in spying on people through their communication habits.“ Die Bekennenden erklären sich solidarisch mit dem Streik von Giannis und rufen zu weiteren Akten der Sabotage gegen die Knast und Überwachungsgesellschaft auf. 11.08. In Hamburg werden bei einem kurzen Riot in der Osterstr. Die Filialen von Vattenfall, o2 und der Deutschen Bank entglast. Es werden Flyer hinterlassen, die dazu Aufrufen alle Profiteure der Klimakrise zu sabotieren und anzugreifen. „Werden wir unregierbar!“ 12.08. In Kassel werden zwei zivile Fahrzeuge der Bundeswehr, in der Nähe der BW-Fachhochschule, in Brand gesetzt. Ein kleiner Beitrag zur Minderung

auf ihren Wegen und der Flucht zu unterstützen und um ein Gegengewicht zu den rassistischen und kolonialen Einstellungen und Praktiken herzustellen, die in all unseren Kontexten vorherrschen. Mit der ständig zunehmenden Kontrolle und Überwachungen der Grenzen sind Geflüchtete gewaltsamen Pushbacks, Inhaftierung, Leiden und Tod ausgesetzt. Gleichzeitig wird solidarische Unterstützung kriminalisiert. Wir lehnen alle Grenzen ab und sprechen uns für eine Welt aus, in der sich alle Menschen frei bewegen können. Unter dem Deckmantel diplomatischer Kritik und von Verordnungen wie den Dublin-Bestimmungen wird in der breiten Gesellschaft das Gefühl erzeugt, das etwas getan würde. Tatsächlich werden so nur die unmenschlichen Maßnahmen der Staaten weiter legitimiert, mit denen Menschen aus bestimmten Regionen die Entscheidung darüber genommen wird, wohin sie gehen möchten. Außerdem verurteilen wir zutiefst die Ausnutzung menschliches Leids für die Bereitstellung billiger Arbeitskräfte für die kapitalistische Maschine deren integraler Bestandteil das brutale rassistische Grenzregime ist.

Es gab darüber hinaus Diskussionen über die Prozesse der neoliberalen Transformation, Privatisierung, Gentrifizierung und Touristifizierung des ländlichen Raums. Diese Prozesse sehen wir als Teil der kapitalistischen Landnahme im ländlichen Raum und als eine weitere Strategie der Profit-erzeugung durch die Ausbeutung von Mensch, Tier und Natur. Wir lehnen die romantischen Diskurse und eskapistischen Fantasien der urbanen oberen und mittleren Schichten ab und wollen uns stattdessen mit den Kämpfen im ländlichen Raum vernetzen und uns in diese einbringen. Dies eröffnet uns neue praktische Experimentiermöglichkeiten in Sachen Nahrungsmittelproduktion, wirkt der Entfremdung in der kapitalistischen Gesellschaft entgegen und kann dazu beitragen, eine Bewegung aufzubauen, die nicht auf den städtischen Raum begrenzt ist. Dieses Vorhaben beinhaltet die Zurückgewinnung des Zugangs zu Land, nicht im Sinne einer weiteren kapitalistischen Landnahme, sondern darüber, Gemeingüter zu schaffen und eine nachhaltige Bewegung zu gestalten in der Respekt gegenüber Umwelt und allen Spezies gelebt wird. Uns ist bewusst, dass diese Arbeit gleichzeitig reproduktive Arbeit ist und unsere Kämpfe gegen Patriarchat, Rassismus und andere Unterdrückungsformen integrale Be-

standteile sein müssen. Der Klimawandel verschlechtert unsere (Über-) Lebensbedingungen und uns ist klar, dass im aktuellen kapitalistischen System gerade diejenigen am meisten unter dessen Auswirkungen zu leiden haben, die bereits jetzt in vielfacher Hinsicht ausgebeutet werden.

Wir haben am Ende der Buchmesse beschlossen, die nächste Anarchistische Buchmesse des Balkans Ende Juni 2023 in Ljubljana, Slowenien, auszutragen.

Über drei Tage haben wir mit der Anarchistischen Buchmesse des Balkans einen Ort des Zuhörens, des Respekts und der gegenseitigen Hilfe geschaffen. Das war nur durch die großen Bemühungen der Orga-Gruppe vor Ort in Cluj möglich. Wir möchten ihr von ganzem Herzen danken! Angesichts immer neuer kapitalistischer Krisen sind wir überzeugt, dass die Vertrauensbeziehungen innerhalb der breiten anarchistischen und anti-autoritären Bewegungen im Zentrum unserer politischen Arbeit stehen muss. In den schwierigen Kämpfen, die uns noch bevorstehen, ist das, was uns zusammenbringt, wichtiger als das, was uns trennt.

- *Keine Nation kann uns einen, kein Krieg kann uns spalten!*
- *Gegen jede Regierung und jeden Staat!*
- *Der Kampf gegen das Patriarchat ist ein Kampf gegen Krieg und Militarismus!*
- *Machen wir die Krise des Kapitals zu einer Krise für die Herrschenden!*
- *Wir sind unendlich wütend über die Ermordung von weiteren 27 Menschen durch die Polizei in Melilla!*

*Die Teilnehmer\*innen der 14. Anarchistischen Buchmesse des Balkans in Cluj/Kolozsvár*

*26th June 2022*

## **Rom: 10 Autos sind nicht genug ...**

### **Dokumentation:**

In den frühen Morgenstunden des 27. Mai haben wir einen Brandanschlag auf die Enjoy car sharing-Fahrzeuge des multinationalen Unternehmens ENI s.p.a. (nationale Kohlenwasserstoffgesellschaft) im Gebiet Tuscolana-Cinecittà in Rom verübt. Lokalen Zeitungen zufolge wurden 10

Fahrzeuge vollständig zerstört, während vier weitere schwer beschädigt wurden.

ENI war immer eine der Säulen des italienischen Kapitalismus, und seine Interessen decken sich mit denen des Staates und folglich auch mit denen der Regierungen, die ihn nacheinander verwalten, unabhängig davon, ob es sich um rechte oder linke Regierungen handelt, denn seine Gewinne

des riesigen, derzeitigen Rüstungsetats. „Seit von allen NATO-Mitgliedstaaten gefordert wird, mindestens 2% des Bruttoinlandsproduktes für Kriegsvorbereitungen auszugeben, steigen die Ausgaben für Militär und Rüstungsprodukte in Europa rasant. Geschickt wird uns die Bundeswehr seitdem als „kaputtgesparte, marode Truppe“ präsentiert, die nicht „wehrfähig“ sei, um die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, der immense Geldfluß in den militärisch-industriellen Komplex sei gerechtfertigt und diene der Sicherheit in Europa. Als dann zu Beginn dieses Jahres der Ukraine-Krieg weiter eskalierte und die herrschende Klasse Russlands die Armee schickte, um sich die seit Jahren umkämpften Gebiete der Ost-Ukraine schließlich einzuverleiben, traf das Geheule von der nötigen Aufrüstung Europas endlich auf offene Ohren. [...] Von der weiteren Aufrüstung und Kriegsvorbereitung in Europa profitieren vor allem die Rüstungskonzerne. Die Welt

und Infrastrukturen sind insofern strategisch, als sie den Staat, in dem sie angesiedelt sind, stärken, da sie in der gegenwärtigen Konfiguration des kapitalistischen Produktionssystems von grundlegender Bedeutung für die Erhaltung der wirtschaftlichen Macht sind.

ENI ist in vielen Ländern vertreten, in denen lokale und internationale Konflikte um die Kontrolle der Energieressourcen ausgetragen werden: Libyen, Mali, Nigeria, Kasachstan (man beachte, dass kein Wort gegen den Oligarchen Putin zu hören war, als er seine Truppen schickte, um die Aufstände in diesem Land niederzuschlagen), um nur einige zu nennen. An diesen Orten wurde jahrzehntelang Energie in Form von fossilen Brennstoffen aus der Erde geholt, um den Energiebedarf der westlichen Industrie zu decken, und zwar nach einem Muster, das die Form eines echten Neokolonialismus annimmt.

Diese Fördertätigkeiten bergen große Risiken für die Umwelt und die einheimische Bevölkerung, vor allem in Ländern, in denen Kontrollen und Sicherheitssysteme bewusst minimiert werden, um die Gewinne zu maximieren, wie im Falle des Nigerdeltas, einem Gebiet, das durch ständige Erdölunfälle und die Verbreitung von Gasen und Verbrennungsrückständen aus der Förderung in die Luft schwer verwüstet wurde.

Diese Situation hat im Laufe der Zeit zu verschiedenen Formen des Widerstands geführt, darunter die Entführung von Technikern, Sabotageakte und direkte Angriffe auf Ölplattformen. Diese Angriffe haben die Staaten gezwungen, ihre Interessen in der Region und in anderen Regionen, in denen sich Ölinfrastrukturen und Arbeiter befinden, militärisch zu verteidigen. Dies ist der Fall bei den Einsätzen der italienischen Armee in Libyen (seit 2015), Angola, Ghana, Nigeria, Irak oder steckt hinter der Absicht, sich der internationalen Mission in Mosambik anzuschließen, das von gewalttätigen Unruhen erschüttert wird, um einen Teil der angeblichen Präsenz fossiler Brennstoffe in der Region zu erobern.

Hinter den humanitären Missionen verbirgt sich eine inzwischen zur Routine gewordene Methode der Ressourcenausbeutung in fremden Entwicklungsländern, ebenso wie sich der „Export von Demokratie“ als leere Rhetorik entpuppt, um Staaten in die westliche Einflussosphäre einzugliedern. Es gibt zahllose Fälle von Korruption lokaler Politiker und Verwaltungsbeamter, in vielen dieser Länder gibt es private, von westlichen Staaten finanzierte Söldnertruppen, es gab Fälle von ethnischen Konflikten, die von ausländischen Kräften geschürt wurden, mit der Verteilung von Waffen und der Verbreitung von Falschnachrichten, um ganze Gebiete zu destabilisieren und die lokale Bevölkerung zur Abwanderung zu bewegen.

Seit mindestens zwei Jahrzehnten führen westliche Staaten Kriege und schüren Konflikte mit dem einzigen Ziel, die Kontrolle über lokale Ressourcen zu erlangen, ein strategisches Gebiet zu destabilisieren und die Interessen rivalisierender Staaten zu beeinträchtigen. In diesem Sinne



kann man die Invasionskriege im Irak, in Afghanistan oder die jüngeren Konflikte in der Ukraine, in Libyen, Syrien und im Jemen interpretieren, wo der Westen mit seinen Truppen oder durch speziell finanzierte Milizen um die Ausplünderung von Ressourcen und letztlich um seine eigene globale Vorherrschaft gekämpft hat.

Die Politik und die internationale Justiz haben sich bei diesen Vorgängen stets als nutzlos erwiesen, weil es keinen wirklichen Willen gibt, diesen Zustand zu ändern. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die jüngsten Freisprüche für die Spitzenmanager von ENI, die in einen internationalen Korruptionsfall um Explorationsrechte in Nigeria verwickelt waren, oder an den Fall SAIPEM in Algerien.

Die von diesem Unternehmen verursachte Verwüstung und Verschmutzung betrifft nicht nur ferne Gebiete, sondern findet auch hier, hinter unseren Häusern, statt. In der italienischen Region Basilikata zum Beispiel wird seit Jahren vor Schadstoffen in der Umgebung der Erdölwerke gewarnt. Das Gleiche gilt überall dort, wo es Förder- oder Raffinerieanlagen gibt, in der Gegend von Ravenna ebenso wie in der Nähe von Cagliari. Eine ständige Gefahr für die Ökosysteme und die örtliche Bevölkerung, die durch die Tatsache verstärkt wird, dass diese Infrastrukturen häufig Störungen und Unfällen ausgesetzt sind, die, wie im Falle des Brandes in der Raffinerie in Gela im Januar dieses Jahres und in Livorno am 30. November 2021, eine massive Verbreitung von Schadstoffen verursachen.

All dies geschieht in völliger Gleichgültigkeit der lokalen oder nicht lokalen Institutionen, die entweder aktiv (indem sie beispielsweise ein und dasselbe Unternehmen mit der Überwachung des Verschmutzungsgrads in dem Gebiet betrauen) oder passiv (indem sie die Warnungen der Umweltverbände und der Bevölkerung ignorieren, die notwendigen Kontrollen nicht durchführen usw.) ihre Interessen und ihr Image schützen.

ENI steht aufgrund seiner beherrschenden Stellung auf dem Kohlenwasserstoffmarkt an vorderster Front bei der Neuordnung des globalen geopolitischen Gleichgewichts. In dieser Phase der Umstrukturierung des Kapitalismus geht es vor allem um die Versorgungsketten von Rohstoffen und Energie, die immer mehr zu einem Druckmittel in den verschiedenen

wird dadurch nicht sicherer, im Gegenteil. Darum gilt es, die Militarisierung, Aufrüstung und Kriegsvorbereitung in Deutschland mit aller Entschlossenheit zu bekämpfen. Deshalb haben wir uns entschieden, den Bundeswehrfuhrpark in Kassel zumindest ein bisschen zu verkleinern.“ 12.08. In Frankfurt a. M. Wird das Krieger-Ehrenmal des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge mit Farbe und Bitumen geschändet. Geschichtsrevisionistische Sprüche wurden korrigiert und die Gräber von SS-Offizieren geschändet. Nachtrag 14.05.22.: In Rom werden zehn Fahrzeuge des nationalen Kohlenwasserstoff Unternehmens ENI angezündet und vollständig zerstört. Die Anarchist\*innen betonen die wichtige Rolle von ENI im italienischen Kapitalismus und in weltweiten Netzwerken der Ausbeutung. Sie erklären sich solidarisch mit den revolutionären Gefangenen in Italien und Griechenland: Alfredo, Anna, Juan, Claudio Lavazza und Giannis Michailidis. Außerdem



Konfliktszenarien zwischen Staaten werden. Zu diesem Zweck begleitet der Vorstandsvorsitzende Claudio Descalzi die Minister Di Maio und Cingolani auf ihren Auslandsreisen auf der Suche nach neuen Erdöl- und Gaslieferanten, um Italien aus der Abhängigkeit von russischem Gas zu befreien, ein Ziel, das Europa durch den Druck der Vereinigten Staaten in ihrem permanenten Krieg um die Aufteilung globaler Einflussgebiete am Beginn einer neuen Krise des Kapitalismus als notwendig auferlegt wurde.

Diese Reisen haben die italienische Führung und den italienischen Staat dazu veranlasst, Abkommen mit den Regierungen des Kongo, Algeriens und der Türkei zu schließen, was die Scheinheiligkeit der westlichen Anprangerung des diktatorischen Regimes von Putin zeigt. Der Mangel an Demokratie ist, wie gesagt, nur ein Vorwand, den der Westen benutzt, um eine Regierung zu stürzen, wenn er es für nötig hält, der aber kein Problem darstellt, wenn er seinen Interessen dient, wie im Fall der genannten Länder oder Saudi-Arabiens und Ägyptens.

Gerade jetzt treten wir in eine neue Phase dieses Prozesses der Aufteilung der Welt ein, da die Nachfrage nach Energie, insbesondere nach Strom, die der Westen aufgrund der exponentiellen Ausbreitung immer neuer technologischer Geräte benötigt, ständig zunimmt - eine Nachfrage, die heute zum Krieg in der Ukraine geführt hat. Damit wollen die Vereinigten Staaten Russland den europäischen Markt entreißen und ihre Verbündeten auf dem Kontinent unter Druck setzen, nachdem sie ihnen erlaubt haben, Geschäfte mit ihrem historischen Gegner zu machen, der die Region schon zu lange dominiert hat.

In diesem Szenario spielen die Ölkonzerne eine wichtige Rolle, denn sie sind diejenigen, die das Recht haben, Energieprodukte auf nationaler Ebene zu kaufen und zu verteilen. ENI hier und jetzt anzugreifen, bedeutet daher, dazu beizutragen, den Krieg in seinen lokalen Verästelungen anzugreifen und unseren eigenen Kapitalismus zu treffen, der ebenfalls an dieser x-ten Konfrontation zwischen gegnerischen Machtblöcken um die Ausweitung ihrer Einflusszonen beteiligt ist.

In diesem Rahmen, der uns seine Rolle bei der Ausplünderung der Ressourcen, der Zerstörung der Umwelt und der damit verbundenen Ausbeutung des Menschen sowie in dem komplizierten Spiel der geopolitischen Interessen, von dem die Ukraine nur die jüngste und sichtbarste Episode ist, ausreichend zu beschreiben scheint, stellt sich die Frage nach dem ökologischen Übergang, den sich die politischen Eliten ausgedacht haben, um sich von der Verantwortung für die sich anbahnende ökologische und klimatische Katastrophe zu befreien. Dies soll durch vorgebliche Investitionen in technologische Innovationen und so genannte „grüne“ Energien geschehen, oder auch durch ebenso absurde wie sinnbildliche Maßnahmen wie die Aufnahme von Atomkraft und Gas in die grüne Taxonomie durch die Europäische Union im vergangenen Februar.

Die institutionellen Vorstöße zur Ausweitung der Projekte zur Förderung und Versorgung mit fossilen Brennstoffen sowie die wirtschaftlichen Beiträge, die für den „Übergang“ zur Industrie bereitgestellt werden, zeigen deutlich die Bereitschaft der Institutionen, die Unternehmen zu schützen, mit denen sie untrennbar verbunden sind (es gibt unzählige Fälle von italienischen Politikern, die Verwaltungsposten in Unternehmen erhalten haben, die mit staatlichen Interessen verbunden sind, und umgekehrt), und ihre Weigerung, wirksame Maßnahmen zur Verringerung der Auswirkungen der Industrie auf das Klima zu ergreifen.

Es handelt sich vielmehr um ein ungeheuerliches Werk des „Greenwashing“ seitens der Institutionen und multinationalen Unternehmen, die, nachdem sie jahrelang die Ausplünderung und Verwüstung von Gebieten aus Profitgründen gefördert, organisiert und unterstützt haben, mit den daraus resultierenden Schäden für die Umwelt und die Gesundheit der Menschen, nun versuchen, die von ihnen selbst geschaffene Situation zu verbessern, indem sie die falsche Absicht verbreiten, sie zu beheben. In letzter Zeit gibt es kein Unternehmen mehr, das sich nicht öffentlich als umweltbewusst präsentiert. Deshalb versucht auch ENI, sich durch irreführende Werbung und die Förderung falscher ökologischer Projekte ein „grünes“ Image zu geben.

Für uns ist klar, dass die ökologische Wende ein Schwindel ist, dessen einziger Zweck darin besteht, das wachsende Bewusstsein der Bevölkerung für die Klimafrage einzudämmen. Wir erkennen als Hauptursache für die Verschmutzung, die das Klima und die Ökosysteme untergräbt, dieses energieintensive industrielle Produktionssystem, das niemand in Frage zu stellen gedenkt, sondern das im Gegenteil zur Erneuerung gedrängt wird, was sein Wachstum durch die Produktion neuer Technologien und neuer Produktionszweige bedeutet, die die Gewinnung neuer Rohstoffe erfordern und zu einem höheren Energieverbrauch führen werden.

Die positivistische Logik, die den technischen Fortschritt und die kapitalistische Entwicklung als den einzig möglichen Weg für die menschliche Gesellschaft ansieht, setzt sich also fort. Der ökologische Wandel wie auch

**fordern sie Rache für die 13 Toten der Gefängnisaufstände 2020. 16.08. „Zeitgleich mit dem SystemChangeCamp und der Massenaktion von Ende Gelände, wurden in der Lausitzer Braunkohleregion erneut Hakenkrallen an Zugoberleitungen gehangen [...] Wir freuen uns über die rege Diskussion, die die Notwendigkeit von Sabotage weiter verdeutlicht. Wir sehen uns hiermit auch in dieser Debatte verortet. Für uns gilt es, das Gesagte auch in Taten umzusetzen. Das haben wir nun getan und hoffen, dass auch andere Gruppen die Dynamik, die in den letzten Monaten entstanden ist, weiterführen. Wir richten uns gegen den Konzern LEAG und hoffen den Betrieb nicht unerheblich zu beeinträchtigen und Schaden anzurichten.“ 17.08. In Leipzig werden bei einem Grünen-Büro die Scheiben eingeschlagen. „Spätestens jetzt wird deutlich, wofür die Partei im Kern steht: Aufrüstung, innerparteiliche Machtambitionen und inkonsequente Klimapolitik. Wir hassen**

der Krieg sind nur große Gelegenheiten, um die Profite zu steigern und die geopolitischen Modalitäten und die Verteilung der Rohstoffe neu zu definieren. Es ist zum Beispiel allgemein bekannt, dass die multinationalen Konzerne für fossile Brennstoffe ihre Profite durch die Finanzspekulationen nach dem Krieg maximiert haben, während sie im Gegenteil seit der Pandemie einen Rückgang ihrer Profite zu verzeichnen hatten.

Aus diesen Gründen und trotz der institutionellen Unterstützung und der Berichterstattung, die sie genießt, steht die ENI oft im Mittelpunkt heftiger Kritik, Skandale und mehr oder weniger unabhängiger Untersuchungen, die verschiedene Teile der Gesellschaft, darunter auch Anarchist\*Innen, dazu veranlasst haben, sich offen gegen ihre Arbeit auszusprechen, indem sie Kundgebungen, Demonstrationen sowie direkte Aktionen und Sabotageakte organisierten. Diese Aktivitäten haben die Aufmerksamkeit der repressiven Institutionen, die für den Schutz ihrer Interessen zuständig sind, auf sich gezogen. Der jüngste Fall ist die Operation Bialystok, bei der ein Anarchist beschuldigt wurde, drei Enjoy-Fahrzeuge des genannten multinationalen Unternehmens in Brand gesetzt zu haben.

Im Antrag der Staatsanwaltschaft auf Verurteilung wurden besonders hohe Strafen gefordert: acht Jahre und Hunderttausende von Euro an zu zahlenden Sach- und Imageschäden. Außerdem wurde der erschwerende Umstand des Terrorismus beantragt, ein Novum für diese Art von Verfahren, indem die Anschläge in den Rahmen einer „Einschüchterungskampagne“ gestellt wurden. Damit soll das Strafmaß im Falle einer Verurteilung erhöht und ein gefährlicher Präzedenzfall für die Einschüchterung direkter Aktionspraktiken geschaffen werden. Darüber hinaus soll eine Einzelperson für die Welle von Angriffen gegen ENI in Italien in den letzten Jahren büßen.

Wir werden nicht tatenlos zusehen, wie ein weiteres repressives Manöver zur Einschüchterung durchgeführt wird. Wir lassen uns nicht einschüchtern von der Verschärfung der Strafen, der repressiven Maßnahmen und auch nicht von der Drohung mit 41bis, einem berüchtigten Vernichtungsregime, in das unser anarchistischer Genosse Alfredo Cospito kürzlich verlegt wurde und das durch den permanenten Ausnahmezustand legalisiert wird, den die italienischen Institutionen kunstvoll geschaffen haben. Und das nicht, weil uns dieses Gefühl fremd wäre, sondern weil uns die passive Akzeptanz dieser Normalität aus Umweltzerstörung, endemischer Ausplünderung der Ressourcen, massiver Ausbeutung von Ökosystemen und Lebewesen, Kriegen, sozialer Kontrolle, massiven Migrationen und den daraus resultierenden Tausenden von Toten an den Grenzen des Westens Angst macht.

In diesem Zustand des Terrors sind wir aufgewachsen, und durch ihn wird die Angst in den Willen zum Handeln und die Entschlossenheit zum Angriff umgewandelt. In jüngster Zeit hat der italienische Staat seine Repression gegen die anarchistische Bewegung in beispielloser Weise verschärft, indem er Anklagen erhob, die in der Geschichte dieses Landes noch nie verwendet wurden (die Anklage des politischen Massakers, die im Fall von Anna und Alfredo im Scripta Manent eine lebenslange Haftstrafe fordert) und extrem hohe Strafen verhängte (wie im Fall der 28-jäh-

rigen Haftstrafe für Juan). Aber der Staat weiß vielleicht nicht, dass wir jetzt gegen die Angst geimpft sind, die er uns auferlegen möchte, und dass seine Repression nichts ausrichten kann.

Mit dieser Aktion wollen wir vor allem unsere Solidarität mit dem Genossen zum Ausdruck bringen, der mit der Operation Bialystok beschuldigt wird, Autos der ENI verbrannt zu haben, denn wir glauben, dass Solidarität vor allem darin besteht, die Praktiken des Angriffs fortzusetzen, die der Staat mit seiner repressiven Arbeit verhindern möchte. Der Kampf gegen ENI darf nicht aufhören, insbesondere jetzt, da die Widersprüche, die der Kapitalismus durch die Erzeugung des Klimawandels geschaffen hat, diesen Konzern dazu auffordern, seine Verantwortung vor der Bevölkerung zu übernehmen, und da er ein Akteur ist, der die Interessen des dreifarbigem Kapitalismus im Konflikt in der Ukraine und bei der Neudefinition der Strukturen der globalen Macht fördert. ENI heute anzugreifen, bedeutet, den laufenden Krieg zu sabotieren und konkret zu handeln, um diejenigen direkt für die klimatische und ökologische Instabilität verantwortlich zu machen, die wir erleben.

- Für die Genoss\*Innen, die wegen der Operation Bialystok vor Gericht stehen und im September verurteilt werden sollen.
- Für Alfredo, Anna und Juan, gegen die die Rache des Staates entfesselt worden ist. Diese Verschärfung der Repression darf nicht durchgehen! Die Interessen des italienischen Staates müssen überall zerschlagen werden!
- Für Giannis Michailidis, in Griechenland inhaftierter Anarchist, der sich seit dem 23. Mai im Hungerstreik bis zum Tod befindet, um Zugang zu den vom griechischen Gesetz vorgesehenen Bewährungsmöglichkeiten zu erhalten. Nur Mut, Genosse!
- Für die Freiheit von Claudio Lavazza und allen Langzeitgefangenen.
- Für alle anarchistischen und rebellischen Gefangenen in der Welt.
- Für die 13 Toten in den italienischen Gefängnissen während der Revolten im März 2020. Rache!

SOZIALER KRIEG GEGEN DIE KRIEGE DES KAPITALS  
TOD DEM STAAT  
ES LEBE DIE ANARCHIE

*Rebell\*Innen für die Auslöschung von Staat und Kapital*

**euch!“ 17.08. Kurdische Farben prangen an diesem Morgen auf der Fassade des Lokals der Grauen Wölfe Tarnorganisation Almanya Türk Federasyon (ATF) in Augsburg. 23.08. Freiheit für Jo und Dy! Wird in der Nacht an das Amtsgericht Ludwigsburg gesprüht. 24.08. Dieselbe Nachricht wird in Tübingen an einer Bullenwache angebracht.**

# COOL CATS

# NEVER TALK

# TO COPS

Schützt dich und andere:  
konsequente  
Aussageverweigerung!

